



# HESSISCHER LANDTAG

25. 01. 2005

## 58. Sitzung

Wiesbaden, den 25. Januar 2005

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	3957	Frage 325 – Abg. Judith Lannert . . . . .	3965
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	3960	<b>Umschichtung von ERP-Mitteln</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3957	Judith Lannert . . . . .	3965
Frank Gotthardt . . . . .	3959	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3965
Reinhard Kahl . . . . .	3960	Frage 326 – Abg. Frank Williges . . . . .	3965
13. Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend		<b>Freihändige Vergabe von Bauaufträgen</b>	
<b>Maßregelvollzug in Hessen</b>		Frank Williges . . . . .	3965
– Drucks. 16/3246 zu Drucks. 16/2439 – . . . . .	3957	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3965, 3966
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3957	Sabine Waschke . . . . .	3966
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3957	Frage 327– Abg. Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	3966
1. <b>Fragestunde</b>		<b>Qualität hessischer Innenstädte</b>	
– Drucks. 16/3465 – . . . . .	3960	Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	3966
<i>Abgehalten</i> . . . . .	3971	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3966
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3971	Frage 328 – Abg. Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3966
Frage 320 – Abg. Martin Häusling . . . . .	3960	<b>Ermittlungsverfahren gegen Direktkandidaten</b>	
<b>Bekämpfung von Maikäferengerlingen</b>		Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3966, 3967
Martin Häusling . . . . .	3960	Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	3966, 3967
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3960	Frage 329 – Abg. Heinrich Heidel . . . . .	3967
Frage 321 – Abg. Christoph René Holler . . . . .	3960	<b>Gebäude des aufgegebenen Amtsgerichts Witzenhausen</b>	
<b>Programm „ENTIMON“</b>		Heinrich Heidel . . . . .	3967
Christoph René Holler . . . . .	3960	Minister Karlheinz Weimar . . . . .	3967
Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	3961	Frage 330 – Abg. Dirk Landau . . . . .	3967
Frage 322 – Abg. Martin Häusling . . . . .	3961	<b>Kompetenzzentrum Hessen-Rohstoffe</b>	
<b>Heizen mit Getreide</b>		Dirk Landau . . . . .	3967
Martin Häusling . . . . .	3961, 3962	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3968
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3961, 3962	Martin Häusling . . . . .	3968
Tarek Al-Wazir . . . . .	3961	Lothar Quanz . . . . .	3968
Heinrich Heidel . . . . .	3962	Frage 331 – Abg. Horst Klee . . . . .	3968
Frage 323 – Abg. Kordula Schulz-Asche . . . . .	3962	<b>Internetauftritt der „Hessen-Vinothek“</b>	
<b>Werbung für einen Ionen-Armreif</b>		Horst Klee . . . . .	3968, 3969
Kordula Schulz-Asche . . . . .	3962, 3963	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3968, 3969
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	3962, 3963	Michael Denzin . . . . .	3969
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	3962	Frage 332 – Abg. Judith Lannert . . . . .	3969
Dr. Thomas Spies . . . . .	3963	<b>Scrapie-Resistenz</b>	
Frage 324 – Abg. Sarah Sorge . . . . .	3963	Judith Lannert . . . . .	3969
<b>Nachlaufende Studiengebühren und Studienkredite</b>		Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3969
Sarah Sorge . . . . .	3963, 3964	Frage 333 – Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	3969
Minister Udo Corts . . . . .	3963, 3964, 3965	<b>Ausgestaltung des Dosenpfands</b>	
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	3964	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	3969, 3970
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	3964, 3965	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3969, 3970
		Ursula Hammann . . . . .	3970
		Tarek Al-Wazir . . . . .	3970

	Seite		Seite
Frage 334 – Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller	3970		
<b>Dioxinrückstände in Eiern</b>			
Margaretha Hölldobler-Heumüller	3970, 3971		
Minister Wilhelm Dietzel	3971		
45. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Hessens Stärken für eine neue Wirtschaftspolitik nutzen</b>		4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Siebentes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz</b>	
– Drucks. 16/3496 –	3971	– Drucks. 16/3469 –	3987
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	3987	Hierzu:	
		Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
54. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Hessens Wirtschaft entwickelt sich überdurchschnittlich</b>		– Drucks. 16/3554 –	3987
– Drucks. 16/3521 –	3971	<i>Nach erster Lesung dem Rechtsausschuss überwiesen</i>	3990
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	3987	Minister Dr. Christean Wagner	3987
Uwe Frankenberger	3971, 3986	Hugo Klein (Freigericht)	3988
Michael Boddenberg	3974	Dr. Andreas Jürgens	3988
Bernd Riege	3977	Heike Hofmann	3989
Michael Denzin	3977	Nicola Beer	3989
Evelin Schönhut-Keil	3980	Vizepräsident Lothar Quanz	3990
Minister Dr. Alois Rhiel	3983, 3986	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein <b>Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes (HFeiertagsG)</b>	
Gernot Grumbach	3985	– Drucks. 16/3494 –	3990
Frank-Peter Kaufmann	3986	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	3996
Vizepräsident Lothar Quanz	3987	Jörg-Uwe Hahn	3990
3. <b>Nachwahl</b> eines Mitglieds der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk nach § 49 Abs. 1 Satz 2 Nr. 26 HPRG		Brigitte Kölsch	3991
Hierzu:		Tarek Al-Wazir	3993
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP		Günter Rudolph	3994
– Drucks. 16/3499 –	3987	Minister Volker Bouffier	3995
<i>Gewählt:</i>		Vizepräsident Frank Lortz	3996
Abg. Dieter Posch	3987		
Vizepräsident Lothar Quanz	3987		

#### Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Jochen Riebel  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
 Kultusministerin Karin Wolff  
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Sozialministerin Silke Lautenschläger  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
 Staatssekretär Harald Lemke  
 Staatssekretär Herbert Landau  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
 Staatssekretär Bernd Abeln  
 Staatssekretär Gerd Krämer

(Beginn: 14.00 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sehr geehrte Exzellenzen, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren der Landesregierung, verehrte Abgeordnete des Hessischen Landtags, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 26. Dezember letzten Jahres erhielt die Welt die Nachricht von der größten Naturkatastrophe seit Menschengedenken. In diesem Augenblick konnte noch niemand ermes- sen, welche schreckliche Katastrophe die Küsten des In- dischen Ozeans heimgesucht hatte. Nur langsam wurde klar, welches schlimme Schicksal diese Region ereilt hatte. Von Stunde zu Stunde umspann die ganze Welt mehr und mehr Entsetzen und Trauer.

Heute wissen wir, dass 226.000 Menschen vor allem in Indonesien, in Sri Lanka, in Thailand, in Indien und in wei- teren Ländern der Region dieser Naturkatastrophe in we- nigen Minuten zum Opfer fielen. Zudem löste dieses Er- eignis in vielen Ländern der Welt durch die Tatsache, dass unter den Opfern viele Urlauber zu beklagen sind, un- mittelbare Betroffenheit aus – so auch in unserem Land. Zahlreiche deutsche Urlauber werden bis heute vermisst, aus Hessen allein 50. In einzelnen Fällen besteht aber schon traurige Gewissheit über ihr Schicksal. So wurden auch bereits zwei hessische Flutopfer identifiziert.

Wir gedenken heute der Opfer, deren Angehörigen der Hessische Landtag seine tief empfundene Anteilnahme bekundet. Unser Mitgefühl gilt den zahlreichen Verletz- ten und Obdachlosen, die nun dringend auf internationale Hilfe angewiesen sind. Diese Katastrophe hat weltweit eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Die Bürgerin- nen und Bürger unseres Landes haben mit ihrer großzü- gigen Spendenbereitschaft ihrer Betroffenheit Ausdruck gegeben, und der Hessische Landtag zollt dieser großarti- gen Hilfsbereitschaft seinen Respekt. Allein bei der Ak- tion „Hessen hilft den Flutopfern“, die von der Hessi- schen Landesregierung gemeinsam mit dem Verband der hessischen Zeitungsverleger ins Leben gerufen wurde, gingen bisher fast 600.000 € ein. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes haben aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer Tätigkeit in verschie- denen Hilfsorganisationen vor Ort im Katastrophenge- biet bereits Hilfe leisten können, spontan und selbstlos. Der Hessische Landtag dankt allen Beteiligten für diese vorbildliche Hilfsbereitschaft.

Im Angesicht dieses Schreckens werden wir nicht so ein- fach zur Tagesordnung übergehen können, auch wenn wir unseren Tagespflichten nachkommen müssen. Wir sind mit der Gewalt der Natur konfrontiert worden, die wir nicht beeinflussen können, gegenüber der wir bestenfalls zusätzliche und neue Schutzmechanismen aufbauen kön- nen. Uns ist aber auch klar, dass es Naturkatastrophen gibt, deren Ursachen von der Menschheit beeinflusst sind und gegenüber denen wir eine Chance haben, sie einzu- dämmen und im Rahmen der menschlichen Möglichkei- ten zu kontrollieren. Wir werden in diesen Tagen auch daran erinnert, dass es auf unserer Erde Regionen gibt, in denen sich tagtäglich – schleichend wie auch konkret sichtbar – menschliche Tragödien abspielen, ausgelöst durch Armut, Hunger und Krankheiten.

Der berechtigte Hinweis darauf darf nicht dazu führen, die Katastrophe in Südostasien zu relativieren. Hier muss die zugesagte Hilfe kurz- und mittelfristig eingehalten werden. Sicher aber ist, dass uns deutlich wird, dass wir

weltweite Hilfe zukünftig stärker und nachhaltiger zu ge- stalten aufgerufen sind. Insofern ist es richtig, im Zu- sammenhang mit der Flutkatastrophe, der jetzt unsere Aufmerksamkeit gelten muss, an die Katastrophen in vie- len Teilen dieser Welt zu erinnern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Geden- ken gilt den Opfern in den betroffenen Ländern Südost- asiens. Wir sprechen auch den Regierungen und über die Regierungen den Menschen dort unsere Anteilnahme aus. Ich danke dem Generalkonsul der Republik Indone- sien, Herrn Dalimunthe, dem Honorarkonsul der Repu- blik Malediven, Herrn Mücke, sowie dem Konsul des Kö- nigreichs Thailand, Herrn Jivasakapimas, für ihre Teil- nahme an der Andacht in der Marktkirche und zu Beginn der heutigen Sitzung. Ich bitte Sie, unsere Anteilnahme und unsere Zeichen der Solidarität Ihren Regierungen und Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu übermit- teln. Dem Generalkonsul der Republik Indien, Herrn Ku- mar, werde ich das mitteilen. Er hatte leider keine Gele- genheit, heute hier teilzunehmen.

Mein Dank gilt auch und besonders Herrn Dekan Hans Martin Heinemann von der evangelischen Kirche, Herrn Stadtdekan Ernst Ewald Roth von der katholischen Kir- che und dem Kantor Hans Uwe Hielscher für die Gestal- tung der Andacht, die wir eben gemeinsam erlebt haben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nun, sich zu einem Gedenken der Stille von Ihren Plätzen zu erheben.

(Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegin- nen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur ersten Sitzung des Hessischen Landtags im Jahr 2005. Ich möchte zunächst, und das aus tiefer Überzeugung und von ganzem Herzen, Ihnen allen, den Abgeordneten, aber auch allen Mitarbei- terinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und der Landesregierung, allen, die uns in der Öffentlichkeit begleiten, der Presse, den Bürgerinnen und Bürgern, wie auch den hier Anwesenden, für dieses Jahr alles Gute wünschen, gute Gesundheit und eine zufriedene berufli- che Tätigkeit. Uns gemeinsam wünsche ich, dass wir er- folgreich sind, jeder auf seinem Platz, auf den er berufen ist, und jeder in dem Sinne, wie er seine Ziele gesteckt hat.

Ich begrüße Sie gleichzeitig zum ersten Mal hier im Stadt- verordnetenensitzungssaal der Landeshauptstadt Wiesba- den. Es ist nun so weit: Wir sind hier. Wir haben lange da- rüber gesprochen, nun endlich sind wir hier.

(Heiterkeit)

Aber ich will natürlich auch jetzt zu Beginn den Verant- wortlichen unserer Landeshauptstadt, Frau Stadtverord- netenvorsteherin Thiels und Herrn Oberbürgermeister Hildebrand Diehl, und den Körperschaften dieser Stadt ganz herzlich danken, dass wir hier zwei Jahre lang zu Gast sein dürfen. Ich bedanke mich jetzt schon – das werde ich morgen noch einmal tun –, dass Frau Stadtver- ordnetenvorsteherin Thiels uns morgen in der Mittags- pause zu einem Begrüßungsumtrunk einladen wird. Dies verstehen wir als ein Zeichen der besonderen Freude, dass wir hier sein können.

Meine Damen und Herren, zur Vorbereitung dessen, dass wir hier die Übergangsphase gestalten können, bedurfte es vieler Menschen, die mit Kopf und Muskeln an dieser Stelle tätig waren. Ich möchte mich bei allen Mitarbei- terinnen und Mitarbeitern sowohl der Landtagsverwaltung

wie auch der städtischen Verwaltung bedanken, dass dies so möglich geworden ist – bei allen Schwierigkeiten, die wir hatten.

(Allgemeiner Beifall)

In den letzten Wochen bin ich dankenswerterweise in Vertretung von Ihnen allen von vielen Kolleginnen und Kollegen der schreibenden, filmenden und tonaufnehmenden Zunft gefragt worden, wie sich das nun gestalten werde, wenn wir so eng zusammensitzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fragen wir uns auch!)

Offensichtlich ist die Fragestellung daraus entstanden, dass man eine Erfahrung aus dem Hessischen Landtag hat, wo man es als günstig empfunden hat, dass wir etwas weiter auseinander sitzen, hinsichtlich der Reibungsflächen. Meine Antwort war: Je enger wir zusammensitzen, desto mehr empfinden wir etwas Gemeinsames für dieses Land. Das ist der Auftrag, den wir alle haben, egal auf welcher Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deswegen: Wir werden enger zusammensitzen. Wir werden uns im Interesse des Landes kräftigst über die Ziele streiten. Wir werden kontrovers sein und friedlich vereint jeden Abend diesen Saal verlassen.

Meine Damen und Herren, es sind einige Anpassungen notwendig, die wir üben müssen. Aber wir sind erwachsene Menschen – ich bitte das zu Protokoll zu nehmen.

(Heiterkeit)

Deswegen werden wir es mit Sicherheit leisten können. Zwei Jahre sind eine lange und trotzdem kurze Zeit. Ich hoffe, dass das gelingt.

Wir haben eine Sitzordnung hinbekommen. Ein paar Plätze sind vielleicht nicht so ausgestattet, wie man es sich vorstellt – wobei die Erinnerung an das Vergangene schon so weit weg ist, dass wir gar nicht mehr wissen, wie der alte Tisch aussah.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Kaputt!)

Wir haben weniger Mikrofone. Wir werden im Laufe der Zeit üben, wie das läuft. Manche Zwischenfrage wird man im Stehen stellen müssen, was ich gar nicht für schlecht halte. Im Bundestag ist das üblich. All dies gehört zum Prozedere.

Wir haben den Journalistinnen und -kollegen die Möglichkeiten, die wir haben, eingeräumt. Mehr haben wir nicht. Auch hier bitte ich um Verständnis für ein wenig mehr Enge und für etwas weniger Möglichkeiten, sich hier unten in diesem Bereich des Plenarsaals zu bewegen.

Wir haben hier eine Lobby, aber wir haben ein Stück geteilte Lobby, was die Räumlichkeiten betrifft. Selbstverständlich steht der Musiksaal zur Verfügung, auch dann, wenn man Gespräche im Rahmen der Tätigkeit hat, die wir hier leisten.

Wir haben hier viele Besucher, tagtäglich. Das sind ja keine Kaffeestündchen, was wir hier leisten.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Vorsicht, ich sage das nicht umsonst.

Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern und denen, die Verantwortung tragen, Gelegenheit gegeben, wenn wir

hier zusammen sind, uns oft zu besuchen, um mit uns Probleme des Landes zu bereden, und zwar hier wie auch drüben im Hause. Die Besucherabläufe sind etwas anders, weil das Erlebnis, hier drinnen zu sein, nicht gegeben ist. Deswegen werden wir die Möglichkeit bieten, zumindest einige Minuten oder auch 30 Minuten, wenn Debatten inhaltlich verfolgt werden sollen, dies übers Fernsehen zu tun. Ansonsten haben wir außer unserem alten Plenarsaal das ganze Haus zur Verfügung; denn, wie gesagt, das Schloss bleibt Schloss und bleibt bestehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das ist immer überraschend: Je weiter man von Wiesbaden wegkommt, desto mehr Menschen meinen, wir wollten das Schloss abreißen. Das ist halt etwas schwierig.

Meine Damen und Herren, dies nur als Vorwort zu dem, was sich im Laufe der Stunden und Tage zeigen wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, der Löwe fehlt!)

– Gehen Sie davon aus, ich sei es. Wenn es Ihnen nicht genügt, dass ich der Löwe bin, müssen Sie einen anderen dahin setzen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zwei Jahre hält das Ganze.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Unter den Schwingen des preußischen Adlers!)

– Liebe Frau Kollegin, ich kann nicht beides sein, nicht Löwe und gleichzeitig preußischer Adler. Das ist schwierig.

Ich möchte Sie bitten: Wenn Probleme auftauchen, wenden Sie sich an die Landtagsverwaltung oder an mich, und dann versuchen wir, die Dinge, die zu lösen sind, ohne größere Debatte zu lösen. Anders als beim Fußballspiel schlage ich vor, dass wir die Bälle in den nächsten zwei Jahren in der Frage immer flach halten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir warten auf die Eigentore!)

Meine Damen und Herren, ich eröffne hiermit also die 58. Plenarsitzung des Hessischen Landtags. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Am 29. Dezember 2004 verstarb im Alter von 86 Jahren die ehemalige Landtagsabgeordnete Lotte Philippi. Frau Philippi wurde am 17. September 1918 in Innsbruck geboren. 1938 zog die Familie nach Fritzlar. Ein Jahr später wurde Frau Philippi am örtlichen Fliegerhorst kriegsdienstverpflichtet.

Nach dem Krieg absolvierte sie eine landwirtschaftliche Lehre und übernahm 1946 einen Bauernhof in Obbornhofen. Seit 1952 wohnte Frau Philippi in Laubach. Dort heiratete sie auch 1964 Herrn Erich Philippi.

Im gleichen Jahr war sie an der Gründung der örtlichen CDU beteiligt. Ihr kommunales Engagement führte sie in die Stadtverordnetenversammlung und den Kreistag. Seit 1977 war sie Mitglied der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes.

Als Landesvorstandsmitglied der CDU Hessen und der Frauenvereinigung der hessischen CDU nahm sie an entscheidender Stelle an der Gestaltung der Landespolitik

Anteil. Von 1974 bis 1982 war Lotte Philippi Mitglied des Hessischen Landtags. Sie gehörte dem Präsidium und dem Ältestenrat an. Von 1978 bis 1982 war sie Alterspräsidentin des Hessischen Landtags.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und ganz besonders ihren Kindern. Im Rahmen der Trauerfeier habe ich die Beileidswünsche am 12. Januar überbracht. Frau Philippi hat sich um unser Land verdient gemacht. Der Hessische Landtag wird ihr ein ehrendes Angedenken bewahren. – Vielen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung: Am 18. Januar 2005 wurde sie Ihnen zugeleitet. Mit einem Nachtrag vom heutigen Tag liegt Ihnen das gesamte Werk dieser drei Tage mit insgesamt 86 Punkten vor. Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung in den Tagesordnungspunkten 82, 83 und 84 entnehmen können, sind drei Anträge auf Aktuelle Stunden eingegangen. Wie gewöhnlich, haben wir uns interfraktionell auf fünf Minuten Redezeit verständigt. Wir haben dies auch geschäftsordnungsmäßig zu beschließen. Gibt es andere Vorstellungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden diese Aktuellen Stunden am Donnerstag um 9 Uhr, wie gerade besprochen, abgehalten.

Tagesordnungspunkt 49, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/3511, und Tagesordnungspunkt 58, Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 16/3525, sollen direkt nach Tagesordnungspunkt 84, Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde zum Thema „Antidiskriminierungsgesetz“, aufgerufen und abgestimmt werden.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich dahingehend geeinigt, **Tagesordnungspunkt 13:**

**Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Maßregelvollzug in Hessen – Drucks. 16/3246 zu Drucks. 16/2439 –**

von der Tagesordnung abzusetzen und erst in den Plenarsitzungen im Februar 2005 zu behandeln. – Ich stelle fest, dass damit der Tagesordnungspunkt 13 von der Tagesordnung abgesetzt ist.

Meine Damen und Herren, noch eingegangen sind acht Dringliche Anträge bzw. Dringliche Entschließungsanträge. Dies sind die Drucks. 16/3545, 16/3548 bis 16/3553 sowie 16/3555. Sie alle liegen Ihnen vor. Ich frage Sie: Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann werden diese Dringlichen Anträge und Dringlichen Entschließungsanträge die Tagesordnungspunkte 87 bis 94.

Der Tagesordnungspunkt 87 ist noch auf dem Ausdruck „Nachtrag“ aufgeführt. Drucks. 16/3548 wird Punkt 88, 16/3549 wird Punkt 89, 16/3550 wird Punkt 90, Drucks. 16/3551 wird Punkt 91, 16/3552 wird Punkt 92, 16/3553 wird Punkt 93, und 16/3555 wird Punkt 94.

Ferner ist noch eingegangen, ebenfalls auf Ihren Plätzen verteilt, ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Siebentes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz, Drucks. 16/3554. Dieser wird heute mit Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.

Dann frage ich: Wird die Tagesordnung so genehmigt? – Herr Kollege Gotthardt.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident! Das ist aus unserer Sicht so in Ordnung. Ich wollte nur die Anträge, die jetzt neu eingegangen sind, den entsprechenden Tagesordnungspunkten zuzuordnen versuchen, damit wir uns in der Debatte darauf einstellen können.

Vorschlag wäre, den Dringlichen Entschließungsantrag der SPD-Fraktion – das ist die Drucks. 16/3548, DNA – mit Punkt 57 aufzurufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Dann müsste der Punkt „Internationalisierung der Hochschule“ – das ist Drucks. 16/3549 – mit Punkt 44 aufgerufen werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Konsens.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Dann müsste das Finanzplatzmanagement – das ist Drucks. 16/3550 – mit Tagesordnungspunkt 59 aufgerufen werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Konsens.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Die Föderalismusdebatte – Drucks. 16/3551 – mit Punkt 33, 35, 47 und 52.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ebenfalls Konsens.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Der ÖPNV gibt einen neuen Punkt, und dann ist der Antrag „Innovationen nicht behindern“ – Drucks. 16/3553 – mit Punkt 50, der Getreideverbrennung, zu behandeln.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Kein Widerspruch.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Das war es auch schon.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. Diese Änderungen oder Vermerke sind damit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zum Ablauf der Sitzung will ich Ihnen mitteilen – – Herr Kollege Kahl.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Wir bitten, die Drucks. 16/3555, unseren Dringlichen Antrag betreffend gemeinsame Regelungen für den mittleren Bildungsabschluss, mit Punkt 60 aufzurufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Widerspruch besteht keiner. Dann rufen wir das mit Tagesordnungspunkt 60 auf.

Damit ist die Tagesordnung so zu genehmigen. Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie genehmigt.

Wir tagen heute bis 18 Uhr. Wir beginnen überraschenderweise mit Punkt 1, Fragestunde, Drucks. 16/3465, danach Punkt 45 mit Punkt 54 und danach die Tagesordnungspunkte 3 und 4. Das ist die Reihenfolge des heutigen Tages.

Heute findet im Anschluss an die Plenarsitzung, und zwar ca. 15 Minuten danach – das kommt jetzt durch die räumliche Lücke –, im Landtagsgebäude im Sitzungssaal 119 M die 23. Sitzung des Rechtsausschusses statt. Die Einladung ist ergangen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns ein paar Tage nicht gesehen und wollen schon einen Kollegen in das nächste Jahrzehnt seines Lebens begleiten. Ich gratuliere dem Kollegen Rudi Haselbach zu seinem 60. Geburtstag am 23. Dezember 2004. Lieber Herr Kollege Haselbach, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatssekretär Seif ist heute zu einer B-Länder-Besprechung und lässt sich entschuldigen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde – Drucks. 16/3465 –**

Meine Damen und Herren, ich habe eines festgestellt: Sie sind mir alle viel näher als im alten Plenargebäude. Das heißt, ich höre Sie noch besser als vorher. Damit stören Sie mich auch noch mehr als vorher.

(Heiterkeit – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätten Sie gern! Der Präsident meint, ohne Abgeordnete läuft alles besser! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– So ist es. Ich darf es aber nicht so laut sagen. – Herr Kollege Hahn, bleiben Sie, aber schweigen Sie, wenn Sie nicht dran sind.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Dann stelle ich fest, dass man in die Mikrofone fast hineinbeißen muss. Wir müssen gucken, wie das jetzt gesteuert wird. Wenn jetzt also ein Abgeordneter sein Fragerecht ausüben will und die Antwortpflicht der Landesregierung ausgeübt werden soll, dann bitte ich entsprechend um Ruhe.

Ich rufe **Frage 320** auf. Herr Abg. Häusling von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Möglichkeiten sieht sie, aus Mitteln der Entschädigungszahlungen für den Westwald Darmstadt ein Forschungsprojekt der Biologischen Bundesanstalt in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Hessen-Forst zu unterstützen, welches die Bekämpfung von Maikäfererenglingen durch ein spezielles, in Deutschland noch nicht zugelassenes biologisches Verfahren (Pilz) zum Ziel hat?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Antwort, Herr Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, bei dem angesprochenen Forschungsprojekt handelt es sich um ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Biologischen Bundesanstalt Darmstadt in Zusammenarbeit – –

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, darf ich Sie bitten, dass Sie in das Mikrofon fast hineinbeißen?

(Minister Wilhelm Dietzel: Das ist ein bisschen schwierig!)

– Sie sind doch Ernährungsminister.

(Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie in das Würstchen bei der Grünen Woche!)

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, bei dem angesprochenen Forschungsprojekt handelt es sich um ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Biologischen Bundesanstalt Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Hessen-Forst – Forsteinrichtung, Information, Versuchswesen – in Hann. Münden. Forschungsgegenstand ist die Bekämpfung des Waldmaikäfers mit Produkten des Pilzes *Beauveria brongniartii*. Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt läuft seit 2002 und ist mittelfristig bis etwa 2008/10 angelegt. Jährlich wurden und werden Mittel in Höhe von 10.000 € benötigt, die aus dem laufenden Budget des Landesbetriebes unabhängig von Entschädigungsleistungen finanziert werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine Zusatzfrage. – Dann rufe ich **Frage 321** auf. Herr Abg. Holler, CDU.

**Christoph René Holler (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*In welchem Umfang wird das Medienforschungsprojekt der Universität Kassel mit jugendlichen Strafgefangenen im Rahmen des Programms „ENTIMON“ fortgesetzt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Justiz.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 2005 wird das Medienforschungsprojekt der Gesamthochschule Kassel in einem Umfang von bis zu 33.000 € fortgesetzt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine Zusatzfrage. – Ich rufe **Frage 322** auf. Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die ökologischen und ökonomischen Aussagen in dem Infoblatt des Centralen Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerks (C.A.R.M.E.N.) vom 13. September 2004 zum Thema „Heizen mit Getreide“ vor dem Hintergrund, dass sie eine Bundesratsinitiative starten will, um das Verheizen von Getreide zukünftig in Kleinfeuerungsanlagen zu ermöglichen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, im Informationsblatt von C.A.R.M.E.N. wird das unterschiedliche Emissionsverhalten beim Verbrennen von naturbelassenem Holz und Getreide vergleichend gegenübergestellt. Da die Verbrennungstechnik für Getreide derzeit noch nicht dem hohen Entwicklungsstand von Holzfeuerungsanlagen entspricht, sieht die Landesregierung ein großes Entwicklungspotenzial für die Optimierung der Getreideverbrennung. Die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Erweiterung des Brennstoffkatalogs in der 1. BImSchV um Getreide zielt folglich darauf ab, die Hersteller von Verbrennungsanlagen zu motivieren, die notwendigen Entwicklungsarbeiten zeitnah anzugehen.

Das Informationsblatt C.A.R.M.E.N. zeigt auf, dass es aus landwirtschaftlicher Sicht sinnvoller ist, Energiepflanzen, z. B. Energiegetreide, auf Stilllegungsflächen anzubauen. Diese Lösung stellt insoweit für die Landwirtschaft und damit auch für die ländlichen Räume eine Chance dar, sich positiv weiterzuentwickeln.

Die ethischen Bedenken beziehen sich danach allein auf die Nahrungsmittelgetreide, nicht auf so genanntes spezielles Energiegetreide, das extra für diesen Zweck gezüchtet wurde. Das Infoblatt weist zusätzlich auf diesen Sachverhalt hin.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, gibt es einen einzigen Ofen, der die Anforderungen der BImSchV einhält? Meines Wissens gibt es derzeit keine Feuerungstechnik, die die Grenzwerte einhält. Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn Sie ein Stück Holz anzünden oder Ihr Müsli anzünden.

(Zurufe von der CDU: Frage!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, Sie wissen wie ich, dass zugelassen ist, in Anlagen über 100 kW Getreide zu verbrennen. Das ist in den letzten Jahren bei Problemgetreide auch geschehen. Mir ist eine Unterlage zugeleitet worden von einem Hersteller aus Nordrhein-Westfalen, der bei einer 40-kW-Anlage die Abgaswerte inzwischen einhält. Andere Hersteller sind mir nicht bekannt. Aber vor dem Hintergrund wollen wir diesen Antrag im Bundesrat stellen, dass wir nämlich große oder vielleicht auch mittelständische Unternehmen gewinnen wollen, sich mit dieser Technik zu beschäftigen und sie weiterzuentwickeln.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, interpretiere ich Ihre Antwort auf die erste Frage dahin gehend, dass Sie von der Idee, auch als Nahrungsmittel nutzbares Getreide als Brennstoff zu benutzen, Abstand nehmen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Al-Wazir, ich denke, wir sollten uns insgesamt über diese Frage unterhalten. Wir sollten uns auch über Weizen unterhalten. Aber in erster Linie geht es mir darum, dass wir z. B. im Jahr 2002 Probleme hatten, das Pilzgetreide unterzubringen, das als Sondermüll entsorgt werden musste, dass wir darüber hinaus Bruchgetreide, Kornkäfer, Mutterkorn usw. entsorgen können.

Ich denke, dass man viel aus dieser Diskussion um die ethischen Fragen der Getreideverbrennung herausnehmen kann, wenn wir z. B. Triticale einsetzen – das ist eine Kreuzung aus Roggen und Weizen, die zur menschlichen Ernährung nur schwer eingesetzt werden kann – und wenn wir in der Lage sind, diese Pflanze so weiterzuzüchten, dass sie sich zur Getreideverbrennung rechnet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Häusling, Ihre letzte Frage.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, bis jetzt haben Sie nur davon geredet, dass es Ihnen darum ging, Parteien zu entsorgen, die nicht zu verwerten sind. Zielt Ihre Bundesratsinitiative darauf ab, dass Sie jetzt Getreide anbauen lassen wollen, um es zu verheizen?

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, ich denke, auf die Frage Ihres Fraktionsvorsitzenden habe ich entsprechend geantwortet. Es geht zum einen um das Problemgetreide, das mit hohen Kosten als Sondermüll entsorgt werden muss. Zum anderen müssen wir uns über Energiepflanzen unterhalten. Dazu gehört die Frage, ob man Triticale zu einer Energiepflanze weiterentwickeln kann.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Letzte Frage in dieser Runde, Herr Abg. Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Staatsminister, ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass Getreideverbrennung zum einen eine alternative Art der Flächenstilllegung ist und zum anderen nur das fortsetzt, was in früheren Jahren der Hafer als Energieträger in der Landwirtschaft war? Ist Ihnen drittens bekannt, dass die derzeitigen Nahrungsmittelpreise es rein rechnerisch hergeben, Getreide als Energieträger einzusetzen und nicht als Nahrungsmittel? Muss man sich da nicht Gedanken um die Nahrungsmittelpreise machen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dann ist das Getreide zu billig und nicht das Öl zu teuer!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Heidel, ich unterstütze Sie bei Ihrer Ansicht.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man einen Preisvergleich herbeiführt, dann kann man im Augenblick davon ausgehen, dass 1 l Heizöl etwa 45 bis 50 Cent kostet, in größeren Mengen vielleicht etwas weniger. Bei Holzpellets liegen wir bei 35 Cent umgerechnet auf 1 l Heizöl, und bei Getreide bei 25 Cent. Von daher würde es sich schon rechnen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Genau!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 323** auf. Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Werbung für einen Ionen-Armreif aus Edelstahl mit Goldüberzug für 39 € der Firma Vitalform, der angeblich über schmerzlindernde Kräfte gegen Kreuzschmerzen, Hüftschmerzen, Migräne, Rheuma, Kopfschmerzen und andere Schmerzen verfügt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abgeordnete, grundsätzlich sind solche Produkte bekannt. Häufig wird ihnen eine günstige Wirkung auf das allgemeine Wohlbefinden sowie auf das Immunsystem zugeschrieben. Grundsätzlich ist es natürlich immer die persönliche Entscheidung eines Bürgers, solche Armreifen zu erwerben.

Produkte, denen eine Linderung von Schmerzen zugeschrieben wird, sind als Medizinprodukte einzustufen. Hier ist der Hersteller bzw. sein Bevollmächtigter verpflichtet, ein Konformitätsbewertungsverfahren nach den entsprechenden EU-Richtlinien durchzuführen, das neben einer Reihe anderer Aspekte auch eine klinische Bewertung erfordert. Der erfolgreiche Abschluss eines solchen Verfahrens wird durch die CE-Kennzeichnung des Produktes dokumentiert.

Soweit der Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Inverkehrbringer oder Hersteller entsprechender Produkte, die als Medizinprodukte einzustufen sind, bekannt werden, überprüft sie regelmäßig das Inverkehrbringen. Im vorliegenden Fall liegen uns keine detaillierten Angaben zum Inverkehrbringen oder zum Hersteller, noch eine genaue Produktbeschreibung vor. Insofern kann das konkrete Produkt nicht bewertet werden. Falls wir noch weitere Informationen haben, können sie Ihnen gerne zur Verfügung gestellt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist der Hessischen Landesregierung bekannt, dass die Berliner Verbraucherzentrale bereits Klage gegen die Firma Vitalform wegen irreführender Werbung eingereicht hat?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Das ist meines Wissens nicht bekannt. Wir haben Recherchen in einer Datenbank vorgenommen, in der kein ent-



sprechender Eintrag zu finden war. Wir sind gerne bereit, weiteren Hinweisen nachzugehen, wenn Sie die entsprechenden Informationen zur Verfügung stellen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Lautenschläger, anknüpfend an das, was Sie gesagt haben, möchte ich Sie fragen, wie es kommt, dass in der Ausgabe 74 vom März 2004 der „Hessischen Seniorenblätter“, herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium, eine ganzseitige Anzeige dieser Firma geschaltet ist, in der sie für dieses Produkt wirbt. Presserechtlich dafür verantwortlich ist Frau Petra Müller-Klepper.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Schulz-Asche, ich habe eben darauf hingewiesen, dass wir geprüft haben, ob etwas Spezielles im Zusammenhang mit diesem Produkt vorliegt. Sie wissen, dass Werbeanzeigen grundsätzlich so aufgegeben werden. Es kommt jeweils darauf an, ob es sich um ein Medizinprodukt handelt oder nicht. Wenn es kein Medizinprodukt ist, kommt es allein darauf an, ob es, aufgrund seiner vom Hersteller beigelegten Produktbeschreibung, gegebenenfalls auch aufgrund seiner Bewerbung, unter das Medizinproduktegesetz fällt oder unter ein anderes.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Frau Ministerin, können wir davon ausgehen, dass die Landesregierung, da in von ihr mitverantwortenden Druckerzeugnissen für ein solches Produkt geworben wird, über hinreichende Voraussetzungen verfügt, um dieses Produkt einer Überprüfung zuzuführen und uns gelegentlich davon in Kenntnis zu setzen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abg. Spies, möglicherweise wurde eine Anzeige des Herstellers veröffentlicht. Das nehme ich gern zur Kenntnis. Aber grundsätzlich können wir so etwas aufgrund der Herstellerangaben überprüfen. Das werden wir machen – wie immer in solchen Fällen. Wenn es Möglichkeiten gibt, dagegen vorzugehen, werden wir uns das, wie immer bei Medizinprodukten, vornehmen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie uns nicht schon im Vorfeld darauf hinweisen. Dann kann unsere Fachabteilung sofort prüfen, ob es möglich ist, dagegen vorzugehen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Letzte Zusatzfrage, Frau Kollegin Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Lautenschläger, angesichts der Tatsache, dass dies die größte und umfassendste Anzeige in den „Hessischen Seniorenblättern“ ist, frage ich Sie noch einmal: Wie können Sie sich erklären, dass Ihre Fachabteilungen offensichtlich nicht in der Lage waren, sich diese Information zu beschaffen? Uns hat eine einfache Internetrecherche im März 2004, also vor dem Einbringen dieser mündlichen Frage, gereicht, um zumindest den schwer wiegenden Bedenken der Verbraucherzentrale auf den Grund gehen zu können.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wenn so etwas an uns herangetragen wird, recherchieren wir das in der Datenbank für Medizinprodukte. In der Datenbank für Medizinprodukte waren keine Angaben über dieses Produkt vorhanden. Daher konnten dort auch keine Hinweise gefunden werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätten Sie die Anzeige nicht zulassen dürfen!)

– Herr Abgeordneter, auf diesen Zwischenruf – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Lautenschläger, Sie haben jetzt leider nicht die Möglichkeit, auf Zwischenrufe von Abgeordneten zu antworten. – Ich rufe **Frage 324** auf. Frau Abg. Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann plant sie, nachlaufende Studiengebühren und Studienkredite nach einem Einheitsmodell in Hessen einzuführen, auf das sich laut Presseberichten alle unionsregierten Länder bereits vor der Verkündung der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zum gebührenfreien Erststudium festgelegt haben sollen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Abg. Sorge, wenn Sie die Frage schriftlich so eingereicht haben, wie Sie sie eben verlesen haben – ich habe Sie nicht genau verstanden, daher gehe ich davon aus, dass es so war –, halte ich Folgendes fest: Liebe Frau Sorge, für Sie scheint heute festzustehen, dass die Bundesregierung morgen beim Bundesverfassungsgericht unterliegen wird. Für diese Einschätzung spricht zwar vieles. Die Hessische Landesregierung wird jedoch aus Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht diesem Urteil, das voraussichtlich auch hinsichtlich seiner Details von großer Bedeutung sein wird, nicht mit öffentlichen Erklärungen, Spekulationen und Willensbekundungen vorgreifen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Die Landesregierung nimmt die in die öffentliche Diskussion einfließenden Vorschläge zur Studien- und Bildungsfinanzierung zur Kenntnis, beteiligt sich selbstverständlich auch an dem Dialog mit den B-Ländern und schenkt dabei den Vorstellungen der Länder, die als Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht auftreten, besondere Aufmerksamkeit.

Falls die gegenwärtige Regelung des HRG aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts tatsächlich keinen Bestand hat, wird die Landesregierung zunächst untersuchen, welcher Regelungsspielraum auf der Grundlage der Gerichtsentscheidung und der Hessischen Verfassung besteht.

Sie wird auch die Entwicklung in anderen Bundesländern in ihre Erwägung einbeziehen bzw. einbeziehen müssen. Daraus folgt auch, dass Hessen keine forcierende Haltung bei der Einführung allgemeiner Studiengebühren einnehmen wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Wagner, FDP.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Minister, ist Ihnen die Haltung der bisherigen Justizminister des Landes Hessen – die verschiedenen Regierungen angehörten – bekannt, wonach die Bestimmung der Hessischen Verfassung, die die Schulgeldfreiheit festlegt, nicht nur für die Schulen, sondern auch für die Hochschulen gilt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Ja, sie ist mir bekannt. Es gibt auch andere Auffassungen. Aber über all das sollte man sprechen und nachdenken, wenn die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gefallen ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Corts, ich frage Sie noch einmal: Presseberichten war zu entnehmen, dass sich bereits in der letzten Woche alle unionsregierten Länder auf ein Einheitsmodell für Studiengebühren bzw. nachlaufende Studiengebühren geeinigt haben. Da es laut diesen Presseberichten in der letzten Woche verabschiedet werden sollte, frage ich Sie:

Plant die Hessische Landesregierung, dieses Einheitsmodell auch in Hessen einzuführen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

In der vergangenen Woche lag ein Papier vor. Das sollte am vergangenen Montag diskutiert – nicht beschlossen – werden. Aufgrund ungünstiger Wetterbedingungen – Nebel – fiel diese Sitzung sozusagen ins Wasser. Um es deutlich zu machen: Die Sitzung hat ohne hessische Beteiligung stattgefunden. Deswegen konnte dieses Papier auch nicht mit den Stimmen der Hessen verabschiedet werden. Aber das wäre auch nicht geschehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Regierung im Nebel! – Heiterkeit)

Das Papier ist eine Diskussionsgrundlage. Ich wiederhole: Wir werden das nach der Bekanntgabe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zunächst überprüfen und es uns insbesondere unter den spezifisch hessischen Gesichtspunkten anschauen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Jürgens.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, ich möchte nachfragen, ob sich der Respekt der Landesregierung vor den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nur auf künftige Entscheidungen bezieht oder auch auf bereits vorliegende Entscheidungen, z. B. zur DNA-Analyse?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Es tut mir Leid, ich habe Ihre Frage akustisch nicht verstanden. Sie ist nicht angekommen.

(Minister Karlheinz Weimar: Inhaltlich war das bedeutungslos! – Gegenruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ha, ha, ha! – Weitere Zurufe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Weimar, ich darf Sie bitten.

(Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

– Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sollten erst dazwischenrufen, wenn Sie den Sachverhalt kennen. Zu Ihrer Information: Anders als im alten Plenarsaal hat der Minister den Vorteil, dass er hier zugleich als Minister und als Abgeordneter sitzt. Das ist ein Problem der Sitzordnung, das gebe ich gern zu. Wenn er sich äußert, ruft er als Abgeordneter dazwischen.

(Fortgesetzte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber er hat mir signalisiert, dass er sich zwei Jahre lang diszipliniert verhalten möchte.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das steht im Protokoll!)

– Das habe ich nur gesagt; das ist nicht bestätigt. – Herr Dr. Jürgens, bitte schön.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich hoffe, dass ich jetzt zu verstehen bin. – Herr Staatsminister, Sie haben Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht geäußert. Ich wollte nachfragen, ob sich der Respekt der Landesregierung nur auf künftige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts oder auch auf solche bezieht, die es bereits in der Vergangenheit gefällt hat. Dabei geht es z. B. um die Entscheidung zur DNA-Analyse, aber auch um andere.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. Dr. Jürgens, Ihre Kollegin Frau Sorge hat mich hier und heute zu dem Thema Studiengebühren gefragt. Zu diesem Thema habe ich mich zu äußern, und dazu habe ich mich auch geäußert.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 325**, Frau Abg. Lannert, CDU.

**Judith Lannert (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Auswirkungen könnte die von Hans Eichel geplante Umschichtung von ERP-Mitteln in die Bundeskasse auf den hessischen Mittelstand haben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Abgeordnete, die Hessische Landesregierung sieht die von Bundesfinanzminister Eichel geplante Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau unter Einbehaltung einer so genannten Effizienzdividende von 2 Milliarden € zur Haushaltsfinanzierung des Bundes wegen der Auswirkungen auf die Förderung des hessischen Mittelstands, insbesondere des Handwerks, mit Sorge.

Ich habe deshalb auf der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder im Dezember 2004 eine Initiative eingebracht, die zum Ziel hatte, einen einstimmigen Beschluss gegen diese Pläne herbeizuführen. Ausschlaggebend für die einhellige Ablehnung dieser Vorschläge war neben den un-

geklärten völker- und verfassungsrechtlichen Aspekten der Übertragung die Sorge, dass die bisherigen ERP-Programme eine wesentlich höhere Förderintensität und eine wesentlich stärkere Fokussierung auf Mittelstand und Handwerk aufweisen als die von der KfW refinanzierten Programme. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat deshalb Verständnis für die Befürchtung der Wirtschaftsverbände, dass nach einer Übertragung des ERP-Sondervermögens auf die KfW auch die dort herrschende Förderphilosophie über kurz oder lang übernommen wird.

Die Auswirkungen auf den hessischen Mittelstand liegen auf der Hand. Mit 2 Milliarden € weniger ERP-Vermögen sind auch unter Berücksichtigung der bisher nicht belegten so genannten Effizienzdividende die Erträge tendenziell geringer. Dadurch ist das damit mobilisierbare Fördervolumen oder die Förderintensität, also der Vorteil für die geförderten Unternehmen, geringer. Hiervon wäre gerade das hessische Handwerk betroffen, da es in besonderem Maße durch ERP-Kredite statt durch normale KfW-Darlehen gefördert wird.

Die Quote liegt bei 16 % im Unterschied zu 6 %. Die Bewertung für 2003 ist sehr interessant – die Zahlen für 2004 liegen noch nicht vor –: Es wurden 697 ERP-Kredite mit einem Kreditvolumen von 104,6 Millionen € für 191,5 Millionen € Investitionen ausgelegt, 640 Kredite mit 44,4 Millionen € Kreditvolumen für 143,8 Millionen € Investitionen entfielen davon auf Existenzgründungsfinanzierungen.

Zwischenzeitlich hat unser Beschluss zu einem Teilerfolg geführt. Die Bundesregierung verfolgt nicht mehr ihre ursprünglich geplante Übertragung des ERP-Vermögens an die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Sie möchte aber dabei bleiben, 2 Milliarden € Effizienzvorteil für die Finanzierung des Bundeshaushalts abzuwickeln. Auch das verdient unsere Kritik. Wir werden weiterhin dagegen Widerstand leisten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich rufe die **Frage 326** auf. Herr Abg. Williges.

**Frank Williges (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Effekte erwartet sie aus der Anhebung der Grenze für die freihändige Vergabe von Bauaufträgen von bisher 10.000 € auf nunmehr 25.000 €?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abgeordneter, diese Regelung entspricht auch einem starken Bedürfnis des hessischen Handwerks. Es erwartet, dass künftig die Vergabegeschäfte bei öffentlichen Beschaffungsstellen in Hessen vereinfacht und beschleunigt werden und vor allem wirtschaftlicher gestaltet werden können. Die festgelegte Freigrenze gibt der Vergabe-

stelle Sicherheit, bis zu welchem Auftragswert ein formloses Verfahren möglich ist, ohne dass eine der Voraussetzungen nach dem Vergaberecht weitergehend nachgewiesen werden muss. Dadurch können auch Impulse für eine Verbesserung der Chancen für regionale Auftragsvergaben ungeschadet regulärer Vergabeverfahren gegeben werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Frau Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

Herr Minister, auf wessen Initiative erfolgte diese Erhöhung der Grenze für die freihändige Vergabe?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich kann dazu wiederholen, was ich gerade gesagt habe: Zum einen war es eine Initiative des hessischen Handwerks, es liegen auch schriftliche Vorschläge vor. Zum Zweiten handelt es sich um eine Erkenntnis aus meinem Haus. Die Umsetzung ist aus unserer Sicht sinnvoll und wird voll unterstützt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Dann rufe ich die **Frage 327** auf. Abg. Milde.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was unternimmt sie, um die Qualität der hessischen Innenstädte nachhaltig zu verbessern?*

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fragen wir uns auch!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abgeordneter, das Land unterstützt die Städte und Gemeinden bei der qualitativen Verbesserung der Innenstädte durch folgende Programme: zum einen die Förderung der Stadterneuerung in Innenstädten im Rahmen des Programms „Stadtsanierung“, dem Landesprogramm „Einfache Stadterneuerung“ und nunmehr auch im Programm „Stadtumbau West“, einem Gemeinschaftsprogramm von Bund und Ländern.

Im Rahmen des Programms „Stadtsanierung“ haben wir die Mittel im Jahr 2004 auf 14,9 Millionen € nahezu verdoppelt – und das in diesen schwierigen Haushaltszeiten. Insgesamt konnten mit diesen Mitteln 44 Städten und Ge-

meinden Zuwendungsbescheide über 50 Maßnahmen übermittelt werden.

Mit dem Programm „Einfache Stadterneuerung“, das dankenswerterweise weitergeführt werden kann, weil Sie es hier im Landtag so beschlossen haben, fördern wir die städtebauliche Erneuerung von Wohngebieten und Stadtkernen. Hier konnten im Jahr 2004 2,5 Millionen € bewilligt werden. Wir wissen, dass gerade aus diesem Programm ein hoher Schneeball- oder Multiplikatoreffekt entsteht.

Für das neue Programm „Stadtumbau West“ stehen jährlich 6 Millionen € zur Verfügung. Wir haben dieses Programm in drei Modellstädten, nämlich in Kassel, in Bensheim und in Eschwege, gestartet. Zuvor waren fünf hessische Gemeinden beteiligt, nämlich im Schwalm-Eder-Kreis bei einem Modellprojekt, das diesem Programm vorausgelaufen ist, dem Zweckverband Schwalm-Eder West. Involviert waren die Städte Borken, Neuental, Wabern, Jesberg und Bad Zwesten. Mit diesen Mitteln sollen die Städte in die Lage versetzt werden, sich schon frühzeitig auf Strukturveränderungen einzustellen, vor allem auf solche Veränderungen, die aus den demographischen Daten resultieren.

Weiterhin übernehmen wir, das ist der vierte Punkt, die Moderation des Stadtmarketings im Rahmen der Initiative „Ab in die Mitte! Die Innenstadtoffensive Hessen“, die im Jahr 2005 zum dritten Mal durchgeführt wird.

Schließlich begleiten wir neuerdings auch, in diesem Jahr modellhaft beginnend, Business Improvement Districts, BID. Dabei geht es vor allem darum, privates Engagement in der Stadtentwicklung zu gewinnen und Standortgemeinschaften zu schaffen, in denen vor allem in den Innenstädten nicht nur die Geschäftsbetreiber, sondern auch die Immobilieneigentümer in dieses Konzept eingebunden werden. Wir glauben, dass dies ein wichtiges Modell ist, das wir im Landtag auch noch weiter begleiten werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine Zusatzfrage – Dann rufe ich die **Frage 328** des Kollegen Kaufmann auf.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist ihr bekannt, ob und gegen welche der folgenden Direktkandidaten in Landrats-, Ober- und Bürgermeisterwahlkämpfen, die der CDU angehören, Kassekert, Lewandowski, Grimm, Heer, von der Malsburg, Röttger, Benne-mann sowie Mock, Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften laufen?*

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Justiz.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte diese Frage wie folgt: Dem Hessischen Ministerium der Justiz liegen keine Erkenntnisse

über laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften gegen die genannten Personen vor.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, kann ich daraus schließen, weil es sich bei solchen Verfahren um Berichtssachen handeln würde, dass Sie damit aussagen, dass keine Verfahren durchgeführt werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Wagner.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Ich finde, das will ich hier am Rande einmal sagen, diese Zusatzfrage etwas ungewöhnlich.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen klar und deutlich gesagt, dass es keine Ermittlungsverfahren gibt. Ich habe selbstverständlich, wie bei allen Bürgern dieses Staates, auch bei dem Abg. Kaufmann keine seherischen Fähigkeiten, ob es künftig Ermittlungsverfahren gegen irgendeinen Bürger dieses Staates geben wird.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Ich rufe die **Frage 329** auf. Herr Abg. Heidel.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hier ist noch eine Zusatzfrage!)

– Es ist jetzt die Frage 329 aufgerufen. Frau Kollegin Hofmann, weder die Schriftführer noch ich haben vor Beendigung der Frage eine Wortmeldung gesehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist aber unangenehm!  
– Gerhard Becker (Nidda) (SPD): Sie müssen auch einmal zu uns hier herüber gucken!)

– Herr Kollege Becker, ich sehe auch alle, aber ich habe die Wortmeldung nicht gesehen. Ich hatte die Frage 329 schon längst aufgerufen. Ich führe es jetzt fort. – Herr Kollege Heidel, Sie haben das Wort.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist aber unangenehm!)

**Heinrich Heidel (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Gibt es Möglichkeiten, das Gebäude des aufgegebenen Amtsgerichts Witzenhausen bis zu einer endgültigen neuen Nutzung für Zwecke der Jugendförderung der Stadt Witzenhausen mietfrei zur Verfügung zu stellen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Finanzen.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, das ehemalige Dienstgebäude des Amtsgerichts Witzenhausen wird voraussichtlich zum 01.03.2005 zum Hessischen Immobilienmanagement übergehen bzw. von ihm übernommen werden. Grundsätzlich streben wir an, dieses Gebäude zu verkaufen. Für eine Übergangszeit und mit einer bestimmten Regelung mit der Stadt ist es natürlich auch denkbar, dass wir es vermieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eines hinweisen, weil es zunehmend zu einem Problem wird, und ich wäre dankbar, wenn wir gemeinsam darüber nachdenken. Laut Landeshaushaltsordnung ist es das Recht der Abgeordneten, festzulegen, zu welchen Bedingungen Immobilien im Einzelnen vermietet werden können. Das bedeutet üblicherweise, dass wir den Marktpreis annehmen. Das wiederum bedeutet, wenn eine Mietminderung vereinbart werden soll, dass ein Haushaltsvermerk des Hessischen Landtags für das spezielle Objekt vorliegen muss. Da für das Amtsgericht Witzenhausen für das Haushaltsjahr 2005 kein Haushaltsvermerk vorliegt, kann ich als Finanzminister keinen Mietvertrag abschließen lassen, der nicht im Korridor des Marktpreises liegt.

Das ist einer der vielen Punkte, über die man sich gelegentlich einmal unterhalten muss. Ich werde vielfach von Abgeordneten gefragt, ob es nicht solche Möglichkeiten gibt, die dann, wenn die Alternative Leerstand wäre, auch sinnvoll wären. Auf der anderen Seite ist aber unsere haushaltsrechtliche Betrachtung, dass wir im Jahr 2005 eine solche Mietminderung möglich machen könnten, wie Sie sie anstreben. Ich habe persönlich nichts dagegen. Wir müssen verhandeln, wie wir dieses Problem lösen können. Wenn nicht ad hoc ein Käufer gefunden wird, ist es selbstverständlich. Wir haben es aufgenommen und werden uns darum bemühen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich will noch einmal zur letzten Frage zurückkommen. Ich möchte Frau Fuhrmann bitten, dem Präsidium nicht zu unterstellen, es sei in der Verhandlungsführung parteiisch. Frau Kollegin, das geht so nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie weitere Zweifel haben, haben Sie die Möglichkeit, über Ihren Fraktionsvorsitzenden das Präsidium einzuberufen.

Die nächste Frage ist die **Frage 330** des Abg. Landau.

**Dirk Landau (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Fortschritte hat das Kompetenzzentrum Hessen-Rohstoffe in Witzenhausen seit seiner Geschäftsaufnahme im letzten Jahr bisher aufzuweisen, bzw. welche Fortschritte sind dort in absehbarer Zeit zu erwarten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Landau, die Organisation der Funktionsfähigkeit der Hessen-Rohstoffe ist im Herbst 2004 geschäftspolitisch auf den Weg gebracht worden. Die Geschäftsstelle ist seit dieser Zeit durch die Teilnahme an Anhörungen, der Erstellung von Positionspapieren und Stellungnahmen intensiv in die Meinungsbildung meines Ministeriums zu den Themen der nachwachsenden Rohstoffe eingebunden.

Anlässlich der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung des Kompetenzzentrums Hessen-Rohstoffe Anfang Dezember 2004 ist für 2005 ein umfangreiches Arbeitsprogramm verabschiedet worden. Es betrifft unter anderem Planungsschritte zur Realisierung von Demonstrationsvorhaben energetischer Biomassenutzung von Holz in Verbindung mit Versuchsvorhaben zur thermischen Getreidenutzung, wenn dafür die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Darüber hinaus soll durch Schulungs- und Impulsveranstaltungen die Möglichkeit zur Nutzung der Biomassepotenziale in Hessen optimiert werden. Ebenso sollen die Einsatzmöglichkeiten von Rapsöl als Treibstoff in Hessen forciert werden. Außerdem soll mit Veranstaltungen, insbesondere in der Finanzbranche, die wirtschaftliche Attraktivität ausgewählter Verfahren der Biomassenutzung kommuniziert werden. Alle Vorhaben werden in enger planerischer Abstimmung, Koordination und Durchführung mit interessierten Akteuren aus der Wirtschaft und sonstigen Institutionen in Hessen und dem Hessischen Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz auf den Weg gebracht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung: Herr Minister, es hat fast eineinhalb Jahre gedauert, bis das Zentrum dauerhaft besetzt und erreichbar ist. Halten Sie es bei diesem Tempo für realistisch, Ihre selbst gesteckte Zielvorgabe von 15 % Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung in dem von Ihnen gesteckten Zeitrahmen zu erreichen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, im Regierungsprogramm ist eindeutig festgelegt worden, dass wir anstreben, bis zum Jahr 2015 15 % der Energie aus erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen. Wenn man sich die Entwicklung insgesamt ansieht, stellt man fest, dass wir derzeit in Hessen etwa 6 % der Energie aus erneuerbaren Energien erzeugen – große Teile aus Wasserkraft, etwa 1,2 % aus Windkraft. Meiner Meinung nach ist die Gewinnung von Ener-

gie aus Windkraft kaum noch auszubauen. Daher denke ich, dass wir den Schwerpunkt auf die Nutzung von Biomasse und Biogas setzen sollten. Wir sind davon überzeugt, dass wir dieses Ziel bis zum Jahr 2015 erreichen können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Herr Minister, können Sie meine Information bestätigen, dass bisher weder Gespräche mit der Universität Kassel noch mit kompetenten Ingenieurbüros vor Ort stattfanden? Beides ist eigentlich im Paket der Maßnahmen vorgesehen, um die Ziele, die Sie genannt haben, zu erreichen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nicht sagen, ob diese Gespräche stattgefunden haben. Aber es ist unser Ziel, dass diese Gespräche stattfinden. Es hat aber auch etwas damit zu tun, dass wir den Standort Witzenhausen ganz bewusst ausgesucht haben, weil sich die Universität Kassel mit diesem Thema beschäftigt. Dort hat sich eine ganze Reihe Büros und Institutionen angesiedelt, sodass wir den Standort – es haben sich damals vier weitere Standorte beworben – als optimal empfunden haben, um über kurze Wege Absprachen treffen zu können. Ich bin überzeugt, dass es ein großer Teil der Arbeit sein wird, dies zu koordinieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 331** auf, Herr Abg. Klee.

**Horst Klee (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Vorteile verspricht sie sich durch den Internetauftritt der „Hessen-Vinothek“ für die heimischen Winzer?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Klee, die Landesregierung verspricht sich durch den Internetauftritt der „Hessen-Vinothek“ – ein Projekt im Rahmen der Landesinitiative hessen-media – Vorteile für die heimischen Winzer durch eine neuartige, an die rasant wachsenden Medien angepasste Vermarktungsform. Die steigende Beteiligung auch kleiner und mittlerer hessischer Weinbaubetriebe zeigt, dass dieses neue und in seiner Art einzigartige innovative Angebot,

welches national und international viel Beachtung findet, gut angenommen wird. Diese durchaus positive Betrachtung konnte ich feststellen, als ich das Projekt „Hessen-Vinothek“ vor wenigen Wochen in der Vertretung unseres Landes in Brüssel vor einer beachtlich großen Zahl von Gästen vorstellen konnte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Klee.

**Horst Klee (CDU):**

Sind der Landesregierung vergleichbare Marketingmaßnahmen bekannt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Klee, soweit ich von meinen Mitarbeitern unterrichtet bin, gibt es eine weitere solche Einrichtung weder in Deutschland noch international. Zumindest ist eine solche nicht bekannt.

(Lothar Klemm (SPD): Wow! – Horst Klee (CDU): Sehr gut, Herr Minister! Hessische Abgeordnete können von diesem Angebot auch Gebrauch machen! Danke schön!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Denzin.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, wer der Initiator dieses Internetauftritts war?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Die Forschungsanstalt Geisenheim.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 332** auf. Frau Abg. Lannert.

**Judith Lannert (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie waren die Ergebnisse der Genotypisierung hinsichtlich Scrapie-Resistenz bei den jüngst betroffenen drei hessischen Betrieben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es antwortet Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Lannert, die Scrapie-Genotypisierung ist ein Gentest bei Schafen, mit dem Tiere mit unterschiedlichem Scrapie-Erkrankungsrisiko unterschieden werden können. Nach dem Gentest werden die Tiere verschiedenen Genotypklassen zugeordnet und können dadurch gezielt für die Züchtung ausgewählt werden. Die Genotypklassen werden je nach ihrem Erkrankungsrisiko von 1 bis 5 eingeteilt, wobei die Genotypklasse G 1 ein reinerbig resistentes Tier mit geringstem Erkrankungsrisiko ausweist und Klasse G 5 Tiere mit höchstem Risiko.

Bei einem Betrieb wurde eine Herde mit 16 Heidschnucken genotypisiert. Zehn Tiere konnten der Genotypklasse 3 und sechs Tiere der Genotypklasse 2 zugeordnet werden. Die Schafe vom Genotyp 2 sind zur Zucht einsetzbar und können auch geschlachtet werden. Schafe der Genotypklasse 3 sind zu töten. Hier wurde jedoch von der nunmehr geltenden Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht, wonach es dem Tierhalter ermöglicht wird, einen Teil der Muttertiere, die eigentlich getötet werden müssten, für die Dauer von fünf Jahren zur Zucht zu nutzen. Sinn dieser Maßnahme ist es, dem Betrieb zu ermöglichen, aus einer Herde genetisch resistente Schafe zu züchten, um zukünftig eine Erkrankung mit Scrapie zu unterbinden. Es dürfen in diesem Betrieb deshalb nur noch reinerbig resistente Schafböcke verwendet werden.

Bei dem zweiten Betrieb handelt es sich um eine Merinolandschafherde, bei der 1.099 Tiere genotypisiert wurden. Davon hatten zwei Tiere Genotyp 1, waren also reinerbig resistent, 274 hatten Genotyp 2 und 823 hatten Genotyp 3, d. h. dass sie eigentlich getötet werden müssten. Aber auch hier wird von der Ausnahmeregelung der fünfjährigen Verschiebung Gebrauch gemacht.

Die dritte Scrapie-Herde umfasst etwa 1.400 Tiere und wird derzeit genotypisiert. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 333** auf. Herr Abg. Dr. Müller (Gelnhausen).

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Hält sie die nunmehr beschlossenen Regelungen zur zukünftigen Ausgestaltung des Dosenpfandes für sachgerecht und europarechtskonform?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, die Hessische Landesregierung hält die vom Bundesrat in der Sitzung vom 17.12. beschlossenen und zwischenzeitlich vom Bundeskabinett übernommenen

menen Änderungen der Verpackungsverordnung weder für sachgerecht noch für europarechtskonform. Die Umsetzung der Pfandpflicht wird auch zukünftig bei dem Verbraucher und bei dem Einzelhandel zu erheblichen Belastungen und Belästigungen führen. Das Pfand auf Einweggetränkeverpackungen bringt keinen ökologischen Nutzen. Die Vermüllung öffentlicher Flächen wird durch die Pfandpflicht nicht zurückgehen. Der durch die Pfandpflicht ausgelöste Verlust einer erheblichen Anzahl von Arbeitsplätzen wird festgeschrieben. Regelungen betreffend eine bundeseinheitliche Clearingstelle fehlen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann, und anschließend Herr Dr. Müller.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass zum einen der Vorschlag der hessischen CDU, die so genannte Dosensteuer, auf Ablehnung der von CDU und CSU geführten Bundesländer stieß und zum anderen eine vernünftige Pfandregelung durch die Diskussion um diese unnötige Dosensteuer zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher verhindert wurde?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
So ist es!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Nein, Frau Abgeordnete, dem stimme ich nicht zu. Wir müssen immer um die beste Lösung streiten. Wir haben versucht, uns dort mit einem anderen Vorschlag einzubringen. Wir haben einen Anteil von 90 % an Mehrwegverpackungen oder Wiederverwertung vorgeschlagen. Ich glaube, dass wir damit auf dem richtigen Weg waren und vor allen Dingen die Entwicklung berücksichtigt haben. Das Dosenpfand ist von einem CDU-Minister, Herrn Töpfer, 1992 auf den Weg gebracht worden. Meine Damen und Herren, zu der Zeit hatten wir Müllchaos.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Viele hatten damals die Sorge, dass wir möglicherweise im Müll versinken. Inzwischen werden viele neue Systeme angewendet.

Ich gebe zu, dass wir auch in den CDU-regierten Ländern keine Mehrheit hatten. Aber der Vorschlag des Landes Hessen wurde z. B. von Rheinland-Pfalz, wo die CDU noch nicht regiert, weiterentwickelt. Zugegebenermaßen gab es dafür auch keine Mehrheit.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Minister, sich eine Meinung zu bilden ist das eine, sich durchzusetzen ist das andere. Wie hat sich Hessen im Bundesrat in der Frage Dosenpfand verhalten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, wir haben diesen Vorschlag abgelehnt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wie kommen Sie zu der Aussage, dass die bisherige Pfandregelung Arbeitsplätze vernichtet hätte? Alle meine Rückmeldungen, z. B. aus der mittelständischen Brauereiwirtschaft, besagen, dass die Pfandregelung dort Arbeitsplätze geschaffen und nicht vernichtet habe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Al-Wazir, ich gebe zu, dass es unterschiedliche Meldungen gibt. Bundesminister Trittin ist sogar der Meinung, dass es in dem Bereich zusätzliche Arbeitsplätze gegeben hat. Vielleicht hat er die, die weggefallen sind, nicht mitgerechnet. Wir haben Meldungen aus der Industrie und aus dem Gewerbe bekommen: Es sind in dem Zusammenhang Arbeitsplätze weggefallen.

(Wortmeldung des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Möglichkeit derjenigen, die nicht Fragesteller sind, eine Frage zu stellen, ist erschöpft. Der Fragesteller hat noch eine Möglichkeit. Da er nicht will, ist die Frage damit erledigt.

Ich rufe als letzte Frage die **Frage 334** auf. Frau Abg. Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Maßnahmen hat sie getroffen, um zu garantieren, dass die seit Januar 2005 geltenden neuen Grenzwerte für Dioxinrückstände in Eiern in Hessen eingehalten werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.



**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hölldobler-Heumüller, meine Damen und Herren, die hessischen Lebensmittelüberwachungsbehörden wurden angewiesen, verstärkt entsprechende Kontrollen in Erzeugerbetrieben und in Eierpackstellen durchzuführen, um über den Grenzwert von 3 Picogramm je Gramm Fett belastete Eier unverzüglich aus dem Verkehr zu nehmen.

Gleichzeitig wird aber auch auf die vorgeschriebene Verpflichtung der Eier produzierenden Betriebe zu umfassenden Eigenkontrollmaßnahmen hingewiesen. Diese Betriebe haben sicherzustellen, dass von ihnen an den Handel abgegebenen Produkten keine Gefahren für die Verbraucher ausgehen und rechtlich vorgeschriebene Grenzwerte zu keinem Zeitpunkt überschritten werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, wie beurteilen Sie die Aussage Ihres bayerischen Kollegen Schnappauf, der sagte: „Das Dioxin muss aus der Umwelt, nicht die Hühner in den Käfig zurück“?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Den ersten Teil der Aussage unterstütze ich. Das Dioxin muss aus der Umwelt heraus. Zum Thema Käfighaltung habe ich unter Umständen eine etwas andere Einstellung als mein Kollege Schnappauf aus Bayern. Ich bin der Meinung, wenn die Käfighaltung in Deutschland ab dem Jahre 2007 verboten ist, dann wird die Eierproduktion in das Ausland verlagert, und die Eier werden dann nach Deutschland importiert. Das nutzt der deutschen Landwirtschaft nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, und welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit das Dioxin aus der Umwelt herauskommt?

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir uns über dieses Thema unterhalten wollen, soweit es die Produktion von Eiern betrifft. Ich bin der Meinung, dass es bei der Käfighaltung, bei der Bodenhaltung und auch bei der

Freilandhaltung möglich ist, Eier zu produzieren, die nur schwach oder gar nicht mit Dioxin belastet sind.

Wir müssen uns Gedanken darüber machen, woher die Dioxinbelastung kommt. Erste Erkenntnisse besagen, dass mit Asche oder Altöl belastete Flächen bei der Freilandhaltung dazu führen, dass die Hühner einen Teil der Erde aufnehmen und schon allein dadurch der Dioxingehalt bei Eiern aus der Freilandhaltung doppelt so hoch ist wie bei Eiern aus der Käfighaltung, auch wenn die Grenzwerte eingehalten werden. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, die Produzenten zu beraten, damit sie dioxinfreie Eier kaufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Damit ist die Fragestunde beendet, und alle Fragen sind gestellt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht alle beantwortet! – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Kollege Kaufmann, diesen Satz kenne ich aus anderen Zeiten. Damals ist er von uns gekommen.

(Heiterkeit)

Ich rufe vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 45** und **Tagesordnungspunkt 54** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessens Stärken für eine neue Wirtschaftspolitik nutzen – Drucks. 16/3496 –****Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessens Wirtschaft entwickelt sich überdurchschnittlich – Drucks. 16/3521 –**

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich erteile dem Kollegen Frankenberger für die Fraktion der SPD das Wort.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beobachten mit Sorge die wirtschaftliche Entwicklung im wirtschaftsstarken Bundesland Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Da helfen auch keine Jubelanträge der CDU, die die Probleme, die wir in diesem Bereich im Lande Hessen haben, schönreden wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung der letzten Jahre in Hessen macht vor allem eines deutlich: Die Landesregierung hat keine erkennbare Strategie, wie die vorhandenen starken Potenziale, die Hessen nach wie vor hat, im Interesse der Menschen gefördert und ausgebaut werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der uns vorliegende CDU-Antrag macht das eigentliche Problem in Hessen deutlich. Es gibt bei dieser Landesregierung kein erkennbares Konzept. Mit unserem Antrag fordern wir den Wirtschaftsminister auf, endlich ein Konzept vorzulegen, wie das Land Hessen im Bereich der Wirtschaft endlich wieder Spitze wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, der alte rhetorische Kniff, auf Berlin zu verweisen, zeugt von eitlem Selbstbewusstsein angesichts der eigenen Leistungen. Das nimmt in Hessen kein Mensch mehr ernst.

(Zurufe von der CDU)

Auch die Wirtschaftsfachleute sind nicht so blind, wie die Verfasser des vorliegenden CDU-Antrags glauben machen wollen. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt hat bei seiner Rede zum IHK-Neujahrsempfang ein großes Lob an die rot-grüne Bundesregierung ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU-Fraktion ist nicht mehr als eine unzusammenhängende Aufzählung von willkürlich zusammengetragenen Daten und Behauptungen. In diesem Antrag spiegelt sich Ihr politisches Handeln wider. Es ist genauso unzusammenhängend und konzeptionslos.

(Beifall bei der SPD)

Die Behauptung in dem CDU-Antrag, Hessens Wirtschaft entwickle sich „überdurchschnittlich“, spottet jeder Realität. Ich verweise auf die Konjunkturprognose 2005. Schon die Übersicht über die Veränderungen beim Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr zeigt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, dass Hessen in früheren Jahren wesentlich besser war. Ich zitiere aus der Konjunkturprognose: „Im Vergleich zu den hohen Zuwachsraten früherer Jahre fällt die Wirtschaftsdynamik eher bescheiden aus“. Das ist das Fazit der Konjunkturprognose 2005.

Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung und die CDU-Fraktion mit solchen Zukunftsaussichten zufrieden sind – wir sind es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Basis der konjunkturellen Erholung ist allerdings noch recht schmal. Getragen wird sie allein vom Export. Anders als in früheren Jahren sind die Wachstumseffekte auch in Hessen noch nicht auf die Binnennachfrage übergelassen, was insbesondere für den privaten Verbrauch gilt.

Hier könnte die Wirtschaftspolitik eines Landes durchaus aktiv werden, denn die überall beklagte geringe Binnennachfrage und der zurückhaltende private Konsum haben unmittelbar auch mit der Zahl der Erwerbstätigen zu tun.

Das Thema hessischer Arbeitsmarkt ist aber ein trauriges Kapitel in der Bilanz dieser Regierung. Auch im Dezember 2004 lag Hessen mit einer Arbeitslosenquote von 8,2 % erst an vierter Stelle – nach Rheinland-Pfalz – in der Länderstatistik. So viel zum Thema „überdurchschnittlich“. Das ist besonders schlimm für junge Leute bis 25 Jahre, da die Jugendarbeitslosigkeit in Hessen 8,5 % beträgt.

Meine Damen und Herren, wir können nicht wegdiskutieren, dass die Arbeitslosenquote in Hessen sowohl seit Monaten als auch im Jahresdurchschnitt gestiegen ist – im Jahre 2004 zum dritten Mal in Folge. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem Jahre 2001 um 50.000 gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 1,6 Prozentpunkte. Im Jahre 2004 ist – erstmals nach zwei Jahren – die Zahl der Erwerbstätigen wieder gestiegen. Trotzdem liegt Hessen hier mit 0,2 % unter dem Bundesdurchschnitt. Das nennen Sie in Ihrem Antrag „überdurchschnittlich“, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

Der Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit, Regionaldirektion Hessen, konstatiert seit 2001 in der hessischen Wirtschaft einen Verlust von 100.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Hier ist verstärkt der Dienstleistungsbereich betroffen. Den Mut, sich gerade in diesem Bereich antizyklisch zu verhalten, hat diese Landesregierung aber nicht. Stattdessen setzte sie noch einen drauf: Sie verschärfte durch ihre so genannte Operation – wir nennen sie „düstere Zukunft“ – den Abbau von Arbeitsplätzen im sowieso schon gebeutelten Dienstleistungssektor.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat mit ihrem Antrag die Initiative ergriffen, damit Hessen endlich in eine Phase der aktiven Gestaltung der Wirtschaftspolitik eintritt.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen ein bedarfsgerechtes und zukunftsorientiertes wirtschaftspolitisches Konzept für Hessen. Mit der jetzigen Wirtschaftspolitik ist die Landesregierung weit davon entfernt, eine langfristige Strategie für Hessens Wirtschaft erkennen zu lassen.

(Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Hessen war früher besser. Daran müssen wir uns orientieren.

(Beifall bei der SPD)

Der Landesregierung fehlt ein Leitbild, ihr fehlen wirtschaftspolitische Ziele, eine Strategie und Umsetzungs-ideen. Hessen muss wieder das wirtschaftsstärkste Bundesland werden, denn Hessen hat das Potenzial dazu.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Antrag zeigen wir auf, wo Handlungsbedarf besteht, und benennen konkret die Aufgaben. Im Jahre 2004 hat das produzierende Gewerbe in Hessen vom Aufschwung der Weltwirtschaft profitiert und wurde mit einem Anstieg seiner Wirtschaftsleistung um 3,3 % zu einem Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Für die Zukunft brauchen wir eine ausgewogene Balance von Dienstleistungs- und Produktionssektor. In für Hessen wichtigen Branchen – chemische Industrie, Elektroindustrie, Maschinen- und Kraftfahrzeugbau – mit Exportquoten bis zu 60 % gibt es neben einigen großen eine Vielfalt kleiner und mittlerer innovativer Unternehmen, die durch ihre Ausrichtung auf nationale und internationale Märkte verschärften Wettbewerbsbedingungen unterliegen. Diese Unternehmen mit den dort vorhandenen Arbeitsplätzen brauchen dringend unsere Unterstützung. Es gibt aber in Hessen keine erkennbare Industriepolitik, die hier in irgendeiner Form aktiv ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es sind nicht nur Sozialdemokraten, die in Hessen eine aktive Wirtschaftspolitik anmahnen. Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern hat mit ihrer Limburger Erklärung vom Juni 2004 eindringlich darauf hingewiesen, dass von der Hessischen Landesregierung ein Bekenntnis zum Industriestandort Hessen erwartet wird. Es heißt weiter – ich zitiere –:

Das Land muss seine Hausaufgaben machen. Schuldzuweisungen an die Bundespolitik oder an Rahmensetzungen der EU sind aus der Sicht der Landesregierung vielleicht verständlich, schaffen aber nicht die notwendigen positiven Perspektiven.

Auch im Vergleich mit den übrigen Bundesländern droht Hessen zunehmend an wirtschaftlicher Dynamik zu verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Nach einer aktuellen Studie von Ernst & Young, in der 500 internationale Unternehmen befragt wurden, sind die attraktivsten Wirtschaftsstandorte der Welt China, die USA und Deutschland. Dies ist deshalb so bemerkenswert, weil insbesondere die Konservativen und die Liberalen in diesem Land den Standort Deutschland schlechtreden.

Meine Damen und Herren, mit diesem Schlechtreden geht es Ihnen in Wirklichkeit nur darum, Arbeitnehmerrechte wie Mitbestimmung, Kündigungsschutz und die Höhe von Löhnen und Gehältern infrage zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Dagegen erfährt die Bundesregierung gerade im Ausland bei Investoren hohe Anerkennung dafür, dass sie endlich Reformen anpackt und umsetzt. Ein Ausbau der wirtschaftlichen Stärken würde Hessen wieder voranbringen – mit Mittelmaß geben wir uns nicht zufrieden – und zu weiterer Aufwertung national wie international führen.

Dieses Ziel ist jedoch nur mit einer Politik erreichbar, die sämtliche Vorteile des Standortes Hessens und speziell des Rhein-Main-Gebietes aufgreift und weiterentwickelt. Dazu gehört auch die Neugestaltung dieser Region. Denn wesentlich für das Abrutschen der Wirtschaftsentwicklung in Hessen ist die Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet.

Deshalb braucht Hessen ein Wirtschaftsförderungsinstrument, das national wie international ein präzises Standortmarketing für Hessen betreibt. Beim Standortmarketing für Hessen dürfen die vielen bestehenden regionalen Initiativen und kommunalen Wirtschaftsförderer nicht allein gelassen werden.

Meine Damen und Herren, die Errichtung der Hessen-Agentur ist nicht die Lösung. Denn die Trennung von Beratungsdienstleistungen und monetärer Förderung hat nichts mit kundenorientierter Wirtschaftsförderung zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Der Wirtschaftsminister muss auch noch den Beweis antreten, dass tatsächlich durch Ausnutzen angeblicher Synergieeffekte mit der Hessen-Agentur Spareffekte erzielt werden. Meine Damen und Herren, wir sind sicher, das wird ihm nicht gelingen.

In Wirklichkeit geht es bei der Gründung der Hessen-Agentur doch um Folgendes: Hier wird eine Marketingagentur errichtet, um die bundespolitischen Ambitionen des Ministerpräsidenten zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Reinhard Kahl (SPD): Das geht aber schief!)

Meine Damen und Herren, hier wird Imagepflege betrieben, und dazu kann ich Ihnen nur eines sagen: Machen Sie eine bessere Politik für Hessen, dann haben Sie eine solche Imagepflege nicht nötig.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Mittelstand gilt als unerschöpflicher Garant für Stabilität und Zuverlässigkeit auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Er ist Entwickler und Abnehmer innovativer Produkte und Dienstleistun-

gen und reagiert flexibel auf die Herausforderungen des Marktes. In Hessen sind über 99 % aller Unternehmen dem Mittelstand zuzurechnen. Er stellt hier 64,5 % der Arbeitsplätze und 70 % aller Ausbildungsplätze. Dafür kann man den beteiligten Unternehmen nur herzlichen Dank sagen.

In Hessen entscheiden erfreulicherweise immer mehr Menschen, sich nicht dem Schicksal des Arbeitsmarktes zu unterwerfen, sondern machen sich selbstständig. Bei Gründungswilligen ist hier in den letzten Jahren viel Beratungs- und Finanzierungsbedarf entstanden. Dieser Bedarf wird weiter wachsen.

Wir vermissen eine Mittelstandspolitik, die unterstützend aus einem Guss die Wertschätzung des Mittelstandes deutlich macht und die sowohl zentral als auch regional verankert ist.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat es mit der Mittelstandsoffensive „move“ durch die Entwicklung von Servicecentern beim Land und bei den Kommunen vorgemacht. Dazu hat dieses Land ein modernes Mittelstandsgesetz aus dem Jahr 2003. Das sieht einen Mittelstandsbeauftragten sowie ein transparentes Förderprogramm vor, das nach drei Jahren evaluiert wird. So sieht mittelstandsfreundliche Politik aus.

(Beifall bei der SPD)

Hessen braucht dringend eine Neugestaltung der Regionen. Die jetzige Wirtschaftspolitik fokussiert sich jedoch ausschließlich auf das Rhein-Main-Gebiet sowie Einzelmaßnahmen in Nordhessen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es! – Widerspruch bei der CDU)

Einzelmaßnahmen für Nordhessen dienen der Beruhigung des schlechten Gewissens und haben Alibifunktion.

(Widerspruch des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Lassen Sie sich das gesagt sein: Kassel-Calden als Konzept für Nordhessen reicht nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Mittelhessen wird trotz seiner Potenziale von dieser Landesregierung stetig ignoriert.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Der Dachmarke Rhön wird die Förderung ersatzlos gestrichen. Meine Damen und Herren, das sind die Schlagzeilen zur Regionalpolitik dieser Landesregierung. Was fehlt, ist eine Analyse der Stärken und Schwächen der Regionen und daraus resultierend ein imageförderndes Entwicklungskonzept. Wir halten an dem Ziel der gleichwertigen Entwicklung der Regionen fest. Es ist Aufgabe der Landespolitik, für gleiche Chancen zu sorgen und die benötigten Instrumente zur Verfügung zu stellen.

Dagegen ist die Landesregierung mit dem Ballungsraumgesetz längst politisch gescheitert. Zuletzt wurde das an dem Beschluss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gegen das Ballungsraumgesetz und für das Regionalkreismodell deutlich.

Die SPD-Fraktion sieht im Ausbau und der Förderung von Innovationen und Forscherkraft in Hessen einen wichtigen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt, der unsere Überlebens- und Zukunftsfähigkeit bedingt. Hier gibt es kein landespolitisches Konzept, nach dem innovative und nachhaltige Technologien gefördert werden. Zur Intensivierung des Technologietransfers brauchen wir eine ange-

messene Ausstattung mit Fördermitteln. Denn gerade die Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte und Anwendungen durch die Wirtschaft bedarf der Unterstützung der Politik zum Erhalt unserer guten Position. Im nationalen und internationalen Wettbewerb muss Technologiepolitik ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Dazu müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, die Ingenieur- und Naturwissenschaften so attraktiv wie möglich zu machen. Der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften ist schon heute sichtbar.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Meine Damen und Herren, wie dilettantisch diese Landesregierung die Verkehrsinfrastruktur – die in Hessen ausgebaut werden muss – behandelt, sehen wir an den Beispielen der A 44 und A 49.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Die A 44 wird nicht weitergebaut. Bei der A 49 hat sich noch kein einziger Stein bewegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Meine Damen und Herren, auch bei dem großen und wichtigen Projekt für das Land Hessen – dem Ausbau des Frankfurter Flughafens – zeichnet sich die Landesregierung durch Planungsfehler, Fehlentscheidungen und schlechte Öffentlichkeitsarbeit aus.

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, der Kollege Frankenberger spricht gerade zu Ihnen. Ich wollte das nur einmal sagen.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ausschließlich er hat das Wort, und deswegen bitte ich, zuzuhören.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Meine Damen und Herren – –

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Frankenberger, es besteht Aufregung. Bitte einen Augenblick. – Danke. Bitte schön.

(Lothar Klemm (SPD): Wie viele Jahre muss die CDU noch regieren, bis sie dort einen Meter baut? – Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Ich komme zum Schluss. Ihre Planungsfehler und Fehlentscheidungen beim Ausbau des Frankfurter Flughafens

fügen dem Wirtschaftsstandort Hessen schweren Schaden zu. Herr Wirtschaftsminister, mit dieser Politik ist diesem Bundesland nicht geholfen. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Herr Abg. Boddenberg für die Fraktion der CDU.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe zu, der Antrag der SPD hat mich zunächst einmal verwundert – und ich glaube, nicht nur mich. Herr Frankenberger, ich bin Ihnen eher dankbar dafür, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Denn wir – die hessische CDU und die Hessische Landesregierung – reden sehr gerne über Wirtschaftspolitik.

Wir reden deswegen gerne über Wirtschaftspolitik, weil wir innerhalb Deutschlands keinen Vergleich zu scheuen brauchen. Wir reden deshalb gerne über Wirtschaftspolitik,

(Gernot Grumbach (SPD): Immer nur reden reicht nicht!)

weil alle maßgeblichen landespolitischen Möglichkeiten bei der Wirtschaftspolitik von unserer Landesregierung, dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister so erfolgreich gestaltet werden, dass wir zu teilweise sehr erfreulichen Ergebnissen kommen.

Herr Frankenberger, wer aber wollte bestreiten, dass wir in Hessen auch eine Reihe von Aufgaben zu bewältigen haben, die sehr viel mit der Internationalität des hessischen Standorts zu tun haben?

Meine Damen und Herren, wenn man schon den Vergleich anstellt, muss man zunächst dort anfangen – Herr Frankenberger, ich weiß, dass Sie das nicht mögen –, dass wir an verschiedenen Stellen Abhängigkeiten zwischen Landes- und Bundespolitik haben. Es ist nun einmal nicht zu leugnen und von der Hand zu weisen, dass wir insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland leider in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Ländern Schritt für Schritt zurückgefallen sind. Nehmen Sie als einen Parameter nur das Bruttoinlandsprodukt: Dort sind wir von Rang 11 im Jahr 1996 auf Rang 18 im Jahr 2002 abgerutscht. Zuletzt haben uns die Italiener überholt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich glaube, man braucht diese Statistik, um zunächst einmal die internationalen Standortkriterien beurteilen zu können. Meine Damen und Herren, wenn Sie hier schon Statistiken bemühen, was das Land Hessen angeht, dann sollten Sie schon ein bisschen genauer hinschauen. Denn wenn wir uns den Vergleich der letzten fünf Jahre ansehen – also den Vergleichszeitraum, den wir zu verantworten haben –, dann stellen wir fest, wir sind hinter dem Bundesland Bayern beim Wirtschaftswachstum auf Rang 2. Das finde ich sehr erfreulich – gebe aber gerne zu, wir würden gerne Nummer eins werden. Ich denke, wir sind auf gutem Wege, auch die Bayern einzuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Als letzten Aspekt zu diesem Vergleich – den Sie, Herr Frankenberger, außen vor gelassen und völlig ignoriert haben – möchte ich daran erinnern, dass das Bundesland Hessen 1997, also zum Ende Ihrer Verantwortung, auf Rang 6 abgerutscht war, was den Ländervergleich anbelangt. Insofern glaube ich, es sprechen viele Zeichen dafür, dass wir eine überdurchschnittliche Entwicklung nehmen, und das ist die Formulierung, die wir zu Recht in unseren Antrag aufgenommen haben.

Meine Damen und Herren, international tätige Unternehmen haben – wie viele kleine und mittelständische Unternehmen – klare Standortkriterien und berücksichtigen bei der Auswahl von Standorten sehr globale, zum Teil aber auch sehr lokale Aspekte.

Zu den globaleren Themen gehören die Steuerpolitik und die Arbeitskosten. Sie sprechen vom Industriestandort. Angesichts der aktuellen Diskussion, die wir gerade hier in der Gegend über die Probleme haben und die das Unternehmen Opel betrifft, wo offensichtlich die Erkenntnis wächst, dass wir bei Arbeitskosten dringend Handlungsbedarf haben – eine erfreuliche Erkenntnis bei der Arbeitnehmerschaft –, wissen wir, dass die wesentlichen monetären Parameter für erfolgreiche Ansiedlungen am Standort Deutschland insgesamt, aber auch in Hessen vorhanden sind. Es gibt darüber hinaus viele weitere.

Ich will nur zwei oder drei wesentliche weitere Standortkriterien nennen. Dazu gehört die Infrastruktur: die Verkehrsinfrastruktur wie die Bildungsinfrastruktur. Meine Damen und Herren, es gehört auch die Infrastruktur bezüglich der behördlichen Rahmenbedingungen dazu. Wenn Sie das Thema Existenzgründung und Mittelstandsförderung ansprechen, möchte ich daran erinnern, dass es diese Landesregierung war, die in den ersten vier Jahren ihrer Amtszeit 30 % des bürokratischen Ballasts in Form von perfidesten Rechtsverordnungen in den Mülleimer geworfen hat. Das ist die erfolgreichste Mittelstandspolitik, die überhaupt gemacht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte Bemerkung zum Vergleich ziehen. Sie haben von Versäumnissen gesprochen. Wir könnten auf Sachverständige verweisen, die sich mit den jüngeren vergangenen Jahren, aber auch mit der Zukunft beschäftigen. Sie wissen so gut wie ich, dass in einer Vergleichsstudie der „Wirtschaftswoche“, der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“

(Norbert Schmitt (SPD): Die hat uns gerade noch gefehlt!)

und des Instituts Prognos Hessen im Jahre 2005 unter den drei stärksten Bundesländern liegt, nämlich gemeinsam mit Bayern und Baden-Württemberg. Prognos geht sogar so weit, zu sagen, Hessen dürfte am Ende die Nase vorne haben. Also allesamt keine unerfreulichen Entwicklungen. Allerdings – Herr Frankenberger, ich stimme Ihnen darin ausdrücklich zu – darf uns das nicht davon abhalten, Weichen für die Zukunft zu stellen. Das tun wir.

Zum Thema Technologieförderung. Den Etat haben wir gerade um 40 % auf 6,8 Millionen € erhöht. Wir haben auch erfreuliche Entwicklungen in sehr modernen Technologien teilweise implementiert, teilweise gefördert. Das ist zum einen die Biotechnologie. Dort verweise ich darauf, dass nach relativ kurzer Zeit bereits in dem neuen Technologiezentrum in Frankfurt 70 % der Fläche realisiert waren, ein sehr erfreuliches Ergebnis. Ein zweiter

Bereich ist die Nanotechnologie, ein Thema, bei dem wir in Hessen eine tolle Situation haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren und Herr Posch, da gibt es unterschiedliche Ansätze. Herr Klemm hat sich zu Recht im Wirtschaftsausschuss in die Diskussion eingeschaltet. Man kann darüber streiten, ob denn die Fläche – wie wir sagen –, die dezentrale Strukturvernetzung oder das Fokussieren auf einzelne Standorte der bessere Weg ist. Wir sind der Meinung und haben das mehrfach begründet, dass man das aufgrund der Tatsache, dass Nanotechnologie in nahezu allen Wirtschaftsbereichen vorkommt, dezentral organisieren muss. Wir müssen die vielen Kompetenzen, die wir im Bundesland sowohl in den Hochschulen wie auch in den Unternehmen haben, flächendeckend nutzen und nicht nur an einigen Stellen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie über Mittelhessen sprechen, dann müssen andere oder ich über Nordhessen und die Kompetenzen der Hochschulen dort sprechen. Ich spreche auch über den südhessischen Raum. Um ein konkretes privatwirtschaftliches Beispiel zu nennen: Sie wissen alle, wie sehr sich das Unternehmen Degussa gerade in diesem Segment bewegt. Wir haben vor wenigen Wochen dort eine hervorragend besuchte Veranstaltung zu der Vernetzung praktischer Unternehmensarbeit mit Wissenschaft durchgeführt, die sicherlich bundesweit einmalig ist.

Wenn Sie die Verkehrsinfrastruktur angesprochen haben: Dort brauchen wir von Rot-Grün keine Nachhilfe.

(Beifall bei der CDU)

Das betrifft sowohl den Luftverkehr als auch den Straßenverkehr. Wir konnten in diesen Tagen ein europäisches Luftfahrtzentrum eröffnen, mit starken privaten Partnerschaften. Damit konnten wir noch einmal sehr deutlich nach außen dokumentieren,

(Nicola Beer (FDP): Das ist ein gemeinsames Zentrum!)

dass Frankfurt und Hessen der zentrale Luftverkehrsstandort in Deutschland ist. Das ist ein wichtiges Signal, aber auch die Fortsetzung einer konsequenten Politik.

Das gilt nicht nur für das Rhein-Main-Gebiet. Das gilt gleichermaßen für den nordhessischen Raum. Herr Kollege Frankenberger, ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie sich beim Thema Kassel-Calden mit einem Satz begnügen können, wenn Sie auf der anderen Seite einfordern,

(Beifall bei der CDU)

dass produktive Wirtschaftspolitik betrieben wird. Das ist eines der deutlichen Zeichen unserer – der von der CDU getragenen – Landesregierung: dass wir Nordhessen als einen sehr starken Wirtschaftsraum entwickeln wollen und dort teilweise – ich werde nachher kurz darauf eingehen – auch sehr erfolgreiche Entwicklungen feststellen können. In diesen Tagen konnte man in der „Fuldaer Zeitung“ ein Interview mit Herrn Al-Wazir lesen. Darin hat er sinngemäß gesagt, er fände es besser, wenn die nordhessischen Menschen nicht von Kassel-Calden aus nach Mallorca flögen, sondern in die Rhön zum Schafezählen kämen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So einen Unsinn können nur Sie er-

zählen! So etwas erzählt der Kollege Al-Wazir nicht!)

Herr Al-Wazir, ich glaube, das war wörtliche Rede. Das ist so bezeichnend für die Politik, die Sie über viele Jahre in Hessen gemeinsam mit der SPD betrieben haben, dass man das nicht weiter kommentieren muss.

(Beifall bei der CDU)

Was war denn mit den Verkehrsinfrastrukturen in diesem Bundesland? Wie sehr sind wir auch wiederum von den grünen Oppositionspolitikern gescholten worden, wir würden nur in Beton denken, als wir das für das Jahr 2005 nochmals erweiterte Landesstraßenbauprogramm aufgelegt haben. Wir sind mittlerweile beim Zweieinhalbfachen dessen, was Sie uns hinterlassen haben. Das ist kein einfacher, aber ein sehr notwendiger Weg.

(Beifall bei der CDU)

Frau Evelin Schönhut-Keil schaut schon und wird sicherlich gleich sagen, man dürfe nicht nur in Beton investieren. Frau Schönhut-Keil, das werden wir genau nicht tun.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Gibt es in Kassel-Calden eine Grasbahn, oder was?)

Wir sagen: Wir müssen auch zu intelligenteren Lösungen kommen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hören wir gerne, glauben es Ihnen aber nicht!)

als Verkehrsressourcen so zu nutzen, wie wir sie heute nutzen. Es ist gerade in den letzten Tagen mit viel Aufmerksamkeit auch außerhalb Hessens registriert worden, dass wir unter dem Titel „Staufreies Hessen“, eine Vision für das Jahr 2015, ein äußerst viel versprechendes Projekt angestoßen haben – ein sehr dringend notwendiges Projekt, weil wir wissen, dass die Ressourcen in dieser Hinsicht begrenzt sind. Herr Frankenberger, ich könnte fortfahren und mit Ihnen über den ÖPNV reden. Ich weiß, es gibt jetzt erste Dementis vonseiten der Bundesregierung. Aber ich hätte schon einmal ganz gerne gewusst, was denn die Planung zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Bundesverkehrsminister bezüglich des Volumens für den ÖPNV ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten sich lieber um den hessischen ÖPNV kümmern!)

Gibt es dieses Papier, oder nicht? Es ist auf jeden Fall keine Erfindung der hessischen CDU, sondern es ist ein offensichtlicher Vorgang innerhalb dieser Bundesregierung. Wir hätten schon ganz gerne gewusst, ob das so kommen soll und, wenn ja, welche Bereiche und welche Projekte in Hessen davon betroffen sind. Ich denke, der Wirtschaftsminister wird dazu noch Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, wir reden in Hessen als dem zentralen Standort natürlich nicht nur über Verkehrspolitik, sondern wir reden auch über einen weiteren wichtigen Standortfaktor, nämlich den gesamten Bereich des Finanzplatzes Frankfurt. Hier gibt es die eine oder andere Initiative. Auch bei der Bundesregierung gab es – wie Sie wissen – eine Initiative, die allerdings nicht „Finanzplatz Frankfurt“, sondern „Finanzplatz Deutschland“ hieß. Man müsste jetzt einmal fragen, was davon eigentlich übrig geblieben ist. Die Aktivitäten der Landesregierung für den Finanzplatz Frankfurt konnten Sie in diesen Tagen

verfolgen. Wir haben an einigen Baustellen dringend notwendigen Reformbedarf. Wir haben dort Reparaturbedarf, wo Unternehmen zunehmend Liquiditätsprobleme haben, die sie eigentlich mit international modernen Investments lösen könnten, also Veräußern von Immobilienvermögen in börsennotierte Märkte. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir vorantreiben wollen und wo es – wie Sie wissen – eine Bundesratsinitiative gibt.

Ein weiterer Punkt ist nach wie vor das schwierige Problem der Umstrukturierung von Konzernen. Dort haben wir heute die Situation, dass gewerbsteuerpflichtige oder -relevante Prozesse beim Transfer von Immobilienvermögen innerhalb von Konzernen stattfinden – ein Wettbewerbsnachteil, der den Standort Deutschland ebenfalls vor einige Aufgaben stellt. Hier gibt es ebenfalls eine Bundesratsinitiative, die gewerbsteuerliche Doppelbelastung abzuschaffen.

Es geht nicht nur um Gesetzgebung bei steuerlichen Fragen für die finanzdienstleistenden Unternehmen. Es geht auch darum, dass wir diese zum Teil sehr positiven, teilweise aber auch mit einiger Unterstützung zu bedenkenden Bereiche vonseiten der Kompetenzen, also der Bildung, fördern. Ich freue mich sehr darüber, dass wir mit dem Center of Finance an der Uni Frankfurt eine Menge Persönlichkeiten gewinnen können, die sich für die Modernität dieses Frankfurter Finanzplatzes engagieren und dafür sorgen werden, dass wir dort noch mehr Politik, Wissenschaft und Unternehmen zusammenführen. Sie wissen, dass dort immerhin 15 Professuren geplant und zum Teil schon besetzt sind.

Mit dem House of Finance wollen wir eine Plattform zwischen Wissenschaft, Unternehmensvorständen und dem Finanzplatz insgesamt schaffen. Nicht zuletzt geht es auch darum, dies in dem Wettbewerb, in dem wir stehen, tagtäglich nach draußen deutlich zu machen. Deswegen ist es eine der wesentlichen Aufgaben, für alles, was Wirtschaftsförderung heißt, die Kräfte zu bündeln. Das gilt für den Finanzplatz Frankfurt genauso wie für alle anderen Wirtschaftsbereiche, auch für die mittelständische Förderung. Auch dort sind wir unterschiedlicher Auffassung, Herr Frankenberger. Aber jetzt schauen wir doch einmal zu und warten ein, zwei Jahre ab, wie sich diese Dinge entwickeln.

Ich halte es für dringend geboten, endlich diese unterschiedlichen Bereiche von Technologieförderung, Wirtschaftsförderung – finanzieller wie nur personeller Natur – unter ein Dach zu bringen. Das ist der Weg, den der Wirtschaftsminister gegangen ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist, denn zukünftig muss jedes Unternehmen, das in Hessen tätig ist oder tätig werden will, wissen, dass es einen zentralen Ansprechpartner gibt.

Meine Damen und Herren, auch dazu noch einige Zahlen. Ich habe einmal gesagt, dass Existenzgründung unter anderem sehr viel mit dem Thema Bürokratie zu tun hat. Was begegnet jungen Unternehmen an Bürokratiewust? – Ich bin zum Ergebnis gekommen, dass sich das, was wir dort erreicht haben, durchaus sehen lassen kann. Wir liegen bei den Neugründungen 12 % über dem gesamtdeutschen Wert. Meine Damen und Herren, wenn Sie in Ihrem Antrag sagen, Gründer fühlten sich in anderen Bundesländern wohler als in Hessen, dann finde ich das schon merkwürdig, denn wir sind, was diese Zahl anbelangt, hinter Bayern auf Platz zwei. Diesen Platz kann man noch verbessern. Das ist zugegebenermaßen der Fall. Aber wir sind nicht ganz unzufrieden, dass wir diesen Platz haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist bald zu Ende.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Eine Thematik möchte ich als Letztes schon noch ansprechen. Das hat noch einmal sehr viel mit dem Thema Mittelstand zu tun. Wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, dürfen wir diese nicht nur ressortbezogen sehen. Vielmehr müssen wir Wirtschaftspolitik und Mittelstandsförderung in Gänze sehen. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass es eines der wichtigsten Dinge der letzten Jahrzehnte in diesem Bundesland war, dass wir die Bildung verbessert haben. Wir haben das Humankapital für die Handwerksunternehmen und die mittelständischen Unternehmen und für die hessischen Hochschulen verbessert. Diesen Weg werden wir weiter fortsetzen. Das passt sehr gut zu dem, was wir hinsichtlich der Wirtschaftspolitik an vielen Stellen bewegt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Boddenberg, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Riege das Wort. Herr Kollege Riege, Sie haben zwei Minuten Redezeit.

**Bernd Riege (SPD):**

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, das, was Sie hier festgestellt haben, möchte ich mit dem Begriff Problembewusstsein umschreiben. Früher haben Sie bestritten, dass man überhaupt über Wirtschaftspolitik reden muss. Damals vertraten Sie die Auffassung, das sei bei Ihnen alles aus einem Guss.

(Beifall des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Hinsichtlich der nun erhobenen Behauptung, es gebe Neuerungen bei der Förderung des Mittelstandes und des Finanzplatzes Frankfurt, gilt die Frage, die mein Kollege Klemm gestellt hat: Wie lange müssen Sie noch regieren, bis es da zu Resultaten kommt?

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie regieren jetzt fast sechs Jahre lang dieses Land und berufen sich noch auf Zahlen, die aus dem Jahre 1997 stammen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie eine Bilanz vorlegen, die aufzeigt, was Sie während Ihrer Regierungszeit in Hessen an wirtschaftlichen Verbesserungen erreicht haben. Bisher besagen die Zahlen des Ländervergleichs jedenfalls, dass wir schlecht sind und schlecht bleiben. Auch wenn Sie noch 100 Jahre regieren sollten, wird sich daran vermutlich nichts ändern.

Herr Kollege Posch wird Ihnen gleich noch einmal das aufzählen, was wir Ihnen schon mehrfach aufgezählt haben. Er wird Ihnen aufzeigen, wo Sie überall versagt haben und wo noch nicht einmal jetzt angefangen wird, daran zu arbeiten. Ich will gar nicht davon reden, dass Sie nicht in der Lage sind, die Resultate zu verbessern.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der einzige Fortschritt darin besteht, dass Sie jetzt wenigstens einräumen, dass man da etwas unternehmen müsste. Das haben Sie früher immer bestritten. Ich erwarte von Ihnen aber mehr. Das

muss auch Resultate erbringen. Dazu bräuchten Sie aber einen dynamischeren Wirtschaftsminister, als Sie zurzeit haben.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Antwort erhält Herr Kollege Boddenberg das Wort.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Riege, ich bin schon wieder überrascht, und zwar nicht nur über den Antrag Ihrer Fraktion, sondern auch darüber, dass Sie Ihre Anträge jetzt offensichtlich zusammen mit Herrn Posch zu Papier bringen. Allerdings glaube ich das nicht so richtig. Herr Posch wird nachher sicherlich dazu etwas sagen.

Die Wirtschaftspolitik ist eines der originärsten politischen Felder der CDU Deutschlands.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Nicht mehr!)

Das gilt seit Ludwig Erhard. Das gilt auch und gerade für diese Landesregierung. Da wir aber gerade schon bei dem Thema sind, wie die Wirtschaftspolitik zu definieren ist, möchte ich dazu sagen: Wir setzen auf die Kraft der Unternehmen. Wir setzen auf die unternehmerische Risikobereitschaft. Wir setzen darauf, dass die Menschen in den wirtschaftlichen Prozessen Freiheit haben wollen.

Falls Sie noch irgendein Ergebnis brauchen, was eine solche Politik bewirken kann, dann sollten Sie sich die aktuellen Daten anschauen. Auch für dieses Jahr prognostizieren die Wirtschaftsinstitute für Hessen ein Wirtschaftswachstum, das um 0,4 Prozentpunkte über dem der Bundesrepublik Deutschland liegen soll. Der Vorwurf, die letzte Statistik, die wir vorlegen würden, basiere auf dem Jahre 1997, stimmt also nicht. Vielmehr haben Sie hier wieder nur einen Teil vorgetragen, der auf einer Momentaufnahme aus früheren Jahren basiert.

Diese Landesregierung und dieser Wirtschaftsminister führen mit Sicherheit dieses Bundesland innerhalb eines absehbaren Zeitraums von der Nummer zwei zur Nummer eins. Dass dies geschieht, habe ich an mehreren Beispielen bewiesen. Das geschieht auch schon in diesem Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als nächster Redner hat in der Debatte Herr Abg. Denzin für die Fraktion der FDP das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Nummer eins beim Schuldenmachen!)

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, Norbert Blüm, der allerdings nicht mehr ganz aktuell ist, Herr Seehofer, der noch etwas aktueller ist, und Ihre Bundesvorsitzende, all diese Personen lassen bei den Worten grüßen, die Sie eben gesagt haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zu den Zeiten, als wir unter dem alles überlappenden Helmut Kohl

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

eine Koalition hatten, die insgesamt auch erfolgreich gearbeitet hat, hatten wir in diesem Bereich die größten Probleme mit der CDU. Mit der hessischen CDU hatten wir, Gott sei Dank, nicht annähernd diese Probleme. Das muss ich Ihnen auch dazu sagen. Allerdings hat die hessische CDU in der Wirtschaftspolitik nicht mehr annähernd den Erfolg, wie wir ihn in der Zeit von 1999 bis 2003 hatten.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Jürgen Walter (SPD))

Wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, dann sollten wir zunächst einmal auf das ökonomische Prinzip zu sprechen kommen. Für diejenigen, die vergessen haben, was das ökonomische Prinzip ist, oder das vielleicht auch noch nie wussten, möchte ich sagen: Es bedeutet, dass man mit gegebenen Mitteln den größtmöglichen Erfolg erzielt oder ein vorgegebenes Ziel mit dem geringstmöglichen Mittelereinsatz erreicht.

(Beifall bei der FDP)

In Vorbereitung dieser Debatte habe ich mir noch einmal die Diskussion angesehen, die Ende November 2004 zum Einzelplan 07 geführt wurde. Da wurde eine Wirtschaftspolitik diskutiert und zelebriert, an die mit allem anderen als mit ökonomischen Mitteln herangegangen ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben eben zwei fast wortgleiche Reden wie in dieser November-Debatte gehört. Ich habe mir das Plenarprotokoll letzte Nacht noch einmal durchgelesen und habe mir angeguckt, was damals vorgetragen wurde. Damals war ich noch nicht so fit, wie ich es heute wieder bin, und noch nicht in der Lage, hinter dem Rednerpult zu stehen. Ich weiß nicht, was das soll. Haben Sie alle viel zu viel Zeit? Haben wir unter den etwas über 80 Tagesordnungspunkten, die in der Tagesordnung ausgedruckt sind, so viele unwichtige, dass wir es uns leisten können, innerhalb von zwei Monaten zu auf jeden Fall inhaltlich absolut gleichen Themen mit fast wortgleichen Beiträgen hier eine Debatte zu führen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe an der Plenarsitzungsrunde im November 2004 nicht teilgenommen. Deshalb kann ich hier vielleicht noch etwas befreiter sprechen.

Lassen Sie mich zunächst auf den Antrag der CDU-Fraktion eingehen. Herr Boddenberg, zu Ihren Ausführungen werde ich noch einiges anderes sagen. Aber Ihre erste Bewertung teile ich. Es gibt in den letzten zwei bzw. zweieinhalb Jahren zu wenig partielle Erfolge zu feiern. Lieber Herr Kollege Boddenberg, gerade die Wirtschaftspolitik muss doch nach vorne gerichtet sein. Bei den Weichenstellungen, über die wir heute diskutieren, werden wir, wenn sie denn so gestellt werden, vielleicht in fünf Jahren die ersten Ergebnisse sehen. Das zeigt doch, wie schief all diese Debatten geführt werden, die sich immer nur mit den Ergebnissen von gestern und den Vorwürfen befassen, was vorgestern nicht geschehen sei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Hier in Hessen gab es eine einzige Ausnahme. Das reichte über diesen engen Bereich hinaus. Herr Boddenberg, da haben Sie nämlich Recht. Wenn wir nur über die Wirt-

schaftspolitik reden, dann ist dieser Bereich zu stark fokussiert, also viel zu sehr verengt. Eine gute Wirtschaftspolitik ist das Ergebnis einer insgesamt guten Politik. Man kann Wirtschaftspolitik nicht als eine eigenständige Disziplin isoliert für sich sehen. Das gilt auch dann, wenn man die Infrastrukturpolitik noch hinzunimmt. Denn natürlich gehört die Bildungspolitik auch dazu. Natürlich gehören der Zustand und die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen dazu. Natürlich gehören alle anderen gesetzlichen Rahmenbedingungen genauso dazu.

Es geht also nicht nur um die Rahmenbedingungen, die für das enge Feld der Wirtschaft gemacht wurden, also die Wettbewerbsregeln. Natürlich gehört auch das Ambiente dazu, wie es etwa am Finanzplatz Frankfurt gegeben ist. Natürlich gehört dazu, dass die Menschen sich wohl fühlen. Natürlich gehört das Kulturangebot dazu. Ich meine, wir müssen bei diesem Thema das Feld ein Stück weit öffnen und zu einer interdisziplinären Betrachtung kommen. Wir dürfen nicht so tun, also könnten wir durch eine wirtschaftspolitische Debatte die Zukunft Hessens schön- oder weniger schönreden oder die wirtschaftliche Situation verbessern oder verschlechtern.

(Beifall bei der FDP)

Ich will den vorherigen Gedanken jetzt wieder aufgreifen. Das ist uns einmal gelungen. 1999 konnten wir in der Koalition zusammen mit der CDU in Hessen eine Aufbruchstimmung erwecken. Wir haben die Lähmung, die es während der rot-grünen Politik in den Jahren 1995 bis 1999 gegeben hat, beseitigt. Wir haben in diesem Land eine Aufbruchstimmung geweckt. Die Ergebnisse dieser Politik konnte man sehr schnell erkennen.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das zeigt, wie sehr der wirtschaftliche Erfolg in einem Land natürlich auch von der gesamten Stimmungslage abhängig ist und wie sehr er von den Erwartungen abhängt, welche Rahmenbedingungen die Politik in einem Land schafft. Ich habe allerdings jetzt die Befürchtung, dass wir wieder mehr einer Lähmung entgegengehen. Denn von einer Aufbruchsstimmung ist in diesem Land nicht mehr annähernd das zu spüren, was wir 1999 gespürt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Den Inhalt des Antrags der CDU-Fraktion werde ich ähnlich wie Herr Kollege Frankenberger. Ich muss sagen: Das ist schon erstaunlich. – Ich habe mir handschriftlich über den Antragstext geschrieben: bescheidene Ansprüche. Meine Damen und Herren, Sie formulieren darin bescheidene Ansprüche, die unter dem von Ihnen gewählten Motto laufen: Hessens Wirtschaft entwickelt sich überdurchschnittlich. – Ich lasse jetzt einmal den ersten Absatz aus. Das ist ein Absatz, in dem der Hessische Landtag etwas begrüßen soll. Einen solchen Absatz gibt es immer. Im zweiten Absatz steht dann aber:

Der Landtag stellt fest, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung Hessens überdurchschnittlich von der gesamtdeutschen Entwicklung abhebt. Das Wirtschaftswachstum in 2004 lag 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Es lag also um 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Da sind Länder dabei, die von wirtschaftspolitischen „Koryphäen“ regiert werden. Da sind auch strukturschwache Länder wie Meck-Pomm dabei. Da sind Länder dabei, die von so „Koryphäen“ wie Frau Simonis regiert werden. Da ist ein strukturschwaches Land wie das



Saarland dabei. All diese Länder tragen zu diesem Durchschnitt bei. Hessen liegt also 0,3 Prozentpunkte über diesem Bundesdurchschnitt. Sie bejubeln das als einen riesigen Erfolg. In der Tat wäre angesichts dieser Aussage Bescheidenheit angebracht. Das gilt aber nicht für den Anspruch, den Sie dann im weiteren Antragstext formulieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sprache ist herrlich, Sprache offenbart einiges. Sie stellen fest, „dass Hessen nach wie vor die höchste Wirtschaftskraft je Einwohner ... hat“. Natürlich haben wir die. „Nach wie vor“ heißt, Sie verteidigen sich. Sie sagen quasi: Obwohl wir regieren, haben wir immer noch die höchste Wirtschaftskraft. – Das kann doch nicht wahr sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Der Landtag nimmt erfreut zur Kenntnis, dass Hessen den dritten Platz bei der Anzahl von Patenten einnimmt.“ Meine Damen und Herren, das ist mir zu anspruchslos.

(Heiterkeit bei der FDP und der SPD)

Hier sind wir bei dem Thema. Herr Boddenberg, Sie haben es eben angesprochen. Wir können uns auf den einzelnen Feldern streiten. Wir können uns auch über das Vorgehen streiten. Sie haben die Nanotechnologie angesprochen, haben es aber völlig falsch verstanden. Wir wollen sie nicht an allen Forschungsstätten in Hessen abschalten, sondern wir wollen eine Schwerpunktsetzung da, wo es in die Anwendung übergeht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Alle anderen Institute haben Sie bisher auch nicht besonders beleuchtet bzw. besonders gefördert. Das heißt, was sich bisher getan hat, hat sich aus sich selbst heraus entwickelt, und das ist gut so. Aber jetzt kommen wir an ein paar Schnittstellen dahin, wo wir sagen, im internationalen Wettkampf geraten wir in eine Schiefelage, wenn wir nichts tun. Um hier mithalten zu können, müssen wir etwas tun. Das können wir nicht durch dezentrales Kleckern, sondern das werden wir nur dann schaffen, wenn wir an einer Schnittstelle, wo wir im Übergang von Forschung zu Anwendung am weitesten sind, gezielt fördern. Hören Sie einmal in den Hessischen Rundfunk hinein. Der macht im Moment eine hervorragende Sendereihe, hat gerade heute Morgen einen einschlägigen Bericht über Marburg gebracht. Sie sollten sich einmal vor Ort darum kümmern und nicht nur zu einem Kongress einladen und die Ergebnisse von dort mitbringen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kennen doch unsere schwierige Situation in der industriellen Fertigung: Lohnkosten und Lohnnebenkosten sind angesprochen, gesetzliche Rahmenbedingungen können wir in Hessen nicht verändern. Herr Boddenberg, die Situation bei Opel haben Sie genau so angesprochen, wie ich sie sehe. Da kommen Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung zur Zurücknahme von Sonderleistungen zustande, die beide Seiten in der Vergangenheit über die Tarifverträge hinaus draufgelegt hatten.

(Beifall bei der FDP)

Sie kommen deshalb dahin, weil sie in Zukunft konzerninterne Ausschreibungen für die Auftragslage an ihren Standorten, an ihren Arbeitsplätzen haben und jetzt fest-

stellen müssen, dass man bei Saab um 20 bis 30 % billiger produzieren kann, auf die Lohnkosten bezogen, als in Rüsselsheim.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist aber in Schweden!)

Dieses Thema ist kein Hessen-Thema, das wissen wir alle. Aber dieses Thema können wir natürlich nicht ausblenden, liebe Freunde von der SPD und den GRÜNEN, wenn wir über hessische Politik reden. Wir können es auch nicht ausblenden, wenn Sie hier Erwartungen äußern – zu Ihrem Antrag komme ich gleich in einigen Schwerpunkten –, die schlicht und einfach schon deshalb nicht erfüllt werden können, weil genau Sie, die diese Anträge stellen und die wie Herr Frankenberger Forderungen in den Raum stellen, dies auf Bundesebene mit einer völlig gegenläufigen Gesetzgebung konterkarieren, bzw. mit der Unfähigkeit, eine gegenläufige Gesetzgebung so zu reformieren, dass wir wieder mithalten können.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, angesichts der demographischen Entwicklung und angesichts des Abbaus der industriellen Arbeitsplätze, die wir in bestimmten Technologiebereichen überhaupt nicht mehr werden halten können, in anderen aber sehr wohl noch halten können, müssen wir hier sehr genau hinschauen. Es ist ein Alarmzeichen, dass wir – nicht in Hessen, sondern bundesweit – seit 1995 zwei Millionen Industriearbeitsplätze verloren haben. Denn es ist mittlerweile eine Binsenweisheit: Ohne einen industriellen Arbeitsplatz läuft auch keine Dienstleistung. Das gilt nicht 1 : 1, aber wir brauchen den industriellen Kern.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen wir unser Augenmerk verstärkt darauf richten. Wir müssen auch einmal feststellen – ich habe es gar nicht glauben wollen; ich weiß nicht, wie es Ihnen geläufig ist –, dass wir einen Rückgang bei den jugendlichen Beschäftigten von 15 bis 24 Jahren haben: in den Siebzigerjahren bei uns noch 70 % der jeweiligen Jahrgangsbreite, jetzt noch 42 %, OECD-weit 50 % und in Holland noch knapp 70 %. Auch das müssen wir uns einmal überlegen, wenn wir über Demographie und die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft nachdenken.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Richtig!)

Ich glaube, ich habe fast genug zu dem CDU-Antrag gesagt. Zu den Steuereinnahmen muss ich sagen, Sie hätten die fiskalischen Rahmenbedingungen noch ein bisschen deutlicher ansprechen sollen.

Jetzt komme ich zu Punkt 6. Schade, dass Herr Koch nicht da ist. „Der Landtag ermutigt die Landesregierung, ...“ Man kann Roland Koch vieles vorwerfen. Dass er mangelnden Mut hätte, habe ich noch nie festgestellt. Aber ermutigen Sie ihn weiter, vielleicht hilft das.

(Reinhard Kahl (SPD): Zu was?)

„... die bereits gesetzten Ziele weiterzuverfolgen und den Standort Hessen zu stärken“. Immerhin. „Zu den zielgerichteten Maßnahmen gehören die Investitionen in den Landesstraßenbau in Höhe von 65 Millionen €“. Da sagt Herr Boddenberg: Das haben wir doch gerade noch einmal erhöht. – Mein lieber Herr Boddenberg, Sie haben das voriges Jahr gesenkt, und jetzt haben Sie wieder ein bisschen aufgeholt.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Zurufe von der CDU)

Aber ich wollte zu diesem Punkt auf etwas anderes eingehen. Beispielsweise sprechen Sie bei der Förderung des Mittelstandes das Programm „Gründung und Wachstum“ an. Sie können ein Programm „Gründung und Wachstum“ machen, Sie können von mir aus ein Programm „Hoffnungsvolle Zukunft“ machen, Sie können ein Programm „Prosperierendes Hessen“ oder sonst etwas machen. Ich komme zurück auf das, was ich eingangs gesagt habe: Wenn es Ihnen nicht gelingt, aus dieser jetzt schon wieder erkennbar gedrückten Stimmung heraus zu einem neuen Aufbruch zu kommen, werden Sie keine zusätzlichen Impulse im Lande Hessen setzen. Das müssen Sie wieder anfangen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, damit komme ich zur SPD. – Ich komme erst dann zum Schluss, wenn mir der Vorsitzende sagt, dass die Redezeit abgelaufen ist.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

In zehn Sekunden.

(Heiterkeit – Jürgen Walter (SPD): Sag einfach: „Der Antrag ist gut“, und setz dich!)

#### **Michael Denzin (FDP):**

Nennt es Hassliebe, dass ich mich so lange bei der Union aufgehalten habe. Aber Hass ist auch dabei.

(Nicola Beer (FDP): Für die Wirtschaftspolitik der SPD genügen zehn Sekunden!)

Es tut mir Leid, liebe Genossen, ich hätte euch sehr viel zu sagen. Aber wir haben noch drei Tage. Ich bringe es noch unter.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Denzin. – Frau Schönhut-Keil, ich darf Ihnen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

#### **Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Denzin, Glückwunsch zu Ihrer Rede. Sie war wirklich sehr unterhaltsam, obwohl ich mir in manchen Punkten vorgekommen bin, als seien wir bei der Leichtathletik und nicht bei einer wirtschaftspolitischen Debatte: Wer läuft am schnellsten, wer springt am höchsten, und wer ist überhaupt der Dollste hier im Raum?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer fällt am schnellsten auf die Nase?)

Die Antwort auf diese Frage kann ich Ihnen auch nicht geben. Ich kann Ihnen nur insofern eine Antwort geben und ganz klar sagen: Die Debatten in den Ritualen, wie wir sie hier führen, gehen an den Ängsten der Menschen draußen absolut vorbei und helfen ihnen in keinsten Weise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe)

– Meine Damen und Herren, wenn Sie schon vorher brüllen, wissen Sie schon, was ich sagen will. Ich wollte es relativ versöhnlich anlegen. Ich will es auch weiterhin machen, solange Sie mich lassen.

Wir wissen alle, den globalen Wettbewerb um die billigsten Löhne, wo vor zehn Jahren noch Tschechien Maßstab war und es heute die Ukraine ist, werden wir niemals gewinnen können. Wir wissen auch, und das nicht erst seit der EU-Osterweiterung, dass wir uns in einem umfassenden und globalisierten Veränderungsprozess befinden. Diese Globalisierung verstärkt den internationalen Wettbewerb. Die Manager der großen Konzerne denken weltweit und weniger verantwortlich für die Menschen in der Region, in der ihre Firma gerade tätig ist. Die Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schrumpft gegen null.

Was wir gerade am Standort Rüsselsheim mit der Firma Opel erlebt haben, spricht doch eine sehr deutliche Sprache und hat viel mit der Hilflosigkeit der Politik gegenüber diesen ganzen gesellschaftlichen Fragestellungen zu tun. Ich bin sehr selten in der Lage, Heiner Geißler einmal Recht zu geben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist ein genauso Linker wie du!)

– Ich weiß nicht, ob ihn das jetzt freuen würde.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Den freut alles, in dem Alter!)

Aber die Forderung Heiner Geißlers, dass es ein ethisches Bewusstsein für die Managerinnen und Manager in unserer Gesellschaft geben muss, kann ich absolut unterstreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch ein Stück weiter dabei bleiben. Die Arbeitswelt und das, was die Mitbürgerinnen und Mitbürger vorfinden, verändern sich in einer geradezu dramatischen Art und Weise. Geradlinige Karrieren und eine lebenslange Vollbeschäftigung werden seltener. Besonders wenn wir in die fünf neuen Bundesländer schauen, müssen wir damit zurechtkommen, dass es in Zukunft Familien oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben wird, die wahrscheinlich noch niemals in ihrem Leben eine dauerhafte Beschäftigung gehabt haben.

Wir streiten uns hier sehr oft darüber: Die Schulabschlüsse der Kinder sind zu schlecht. Viele junge Menschen, die nicht hoch qualifiziert sind, finden erst gar keinen Arbeitsplatz. Gut qualifizierten jungen Menschen wird bereits mit 45 Jahren ein Arbeitsplatz verweigert, mit dem Vorwurf, sie seien bereits zu alt. Rente und Gesundheitsversorgung werden als nicht mehr sicher empfunden. Selbst Menschen mit einem guten Einkommen üben Kauf- und Investitionszurückhaltung. Die Situation ist so, weil sie Angst haben, und diese Angst haben wir alle, meine Damen und Herren, mit verursacht.

Insofern, so denke ich, ist es die erste Aufgabe von Politik, Vertrauen in diesem Veränderungsprozess zu schaffen, den wir betreiben. Nicht Veränderung bringt ein erhöhtes Risiko für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, sondern der jahrzehntelange Stillstand in diesem Lande. Das energische Wehren vieler, auch von Lobbyverbänden, gegen jedwede Veränderung hat diese schwie-

rige Situation verursacht, mit der wir es heute zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Schluss damit sein muss, dass wir uns die Lage gegenseitig zu schlecht oder zu gut reden, wie wir es auch gerade wieder ritualisiert erlebt haben. Die Einflüsse sind doch mehr denn je in den Weltmärkten zu suchen und viel weniger, als uns allen lieb ist, in nationalen Entscheidungen.

Wie verquer die Debatten heute wieder geführt werden, kann man wiederum nachlesen. Die einen reden von Abstieg, die anderen von Dynamik und überdurchschnittlicher Entwicklung. Natürlich, meine Damen und Herren: Das alles ist ganz normal und von Opposition und Regierung lange eingeübt. Wir wissen, dass natürlich jeder hier im Hause die Statistiken und Rankings so interpretieren kann, wie es ihm gerade passt. Tag für Tag finden wir auch in der Wirtschaftspresse Meldungen wie „Inlandsnachfrage weiter schwach“, „Arbeitslosenzahlen auf hohem Niveau“, „Weiterer Stellenabbau bei Opel und Karstadt“. All das transportiert eine negative und somit investitions-hemmende Botschaft.

Aber Andererseits – das muss man auch sehen – können wir lesen: „Deutsche Exporte boomen“, „Bruttoinlandsprodukt wächst wieder“, „Endlich funktioniert die LKW-Maut“, „Arbeitsmarktreform gestartet“. All das produziert eine andere Botschaft, nämlich diese: „Deutschland bewegt sich“, und der Aufschwung nimmt Fahrt auf.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die LKW-Maut klappt, und Hartz IV klappt auch! Was seid ihr nur für kleinkarierte Menschen!)

– Herr Kollege Hahn, darum geht es mir: Dieses Schwanken zwischen Skepsis und Zuversicht, das scheinbar die gesamte Wirtschaft erfasst hat, ist typisch für die gegenwärtige Wirtschaftsphase am Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs. Ich denke, nirgendwo ist das besser abzulesen als an den Börsenkursen.

Deswegen hilft es nichts, wenn wir in Katastrophismus machen. Das will ich an dieser Stelle sagen.

Meine Damen und Herren von der Union, ich weiß, wie das in Ihrer Vorstellung aussieht: Bis zum letzten Tag, an dem Kohl regiert hat, waren die bundespolitischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft glänzend und quasi gott- oder besser Helmut-gegeben. Seit dem ersten Tag, an dem Schröder regiert, herrschen

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Düstere Zeiten!)

– Sie sagen uns das ja seitdem immer wieder – bundesweit katastrophale Rahmenbedingungen. Das kann sich nur ändern, wenn endlich wieder ein christdemokratischer Kanzler oder besser eine christdemokratische Kanzlerin

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– aber das würden Sie ja nicht über die Lippen bringen – regiert.

Das wissen Sie auch: Das ist totaler Blödsinn. Über Nacht werden weder blühende Landschaften entstehen, noch wird sonst irgendetwas Wundergleiches passieren, und das schon gar nicht, wo Ihnen in Berlin wie bei einem Dominospiel pausenlos Ihre Ministeranwärter umkippen. So wird das mit Sicherheit nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, meine Damen und Herren, will ich noch einmal auf das zurückkommen, was ich am Anfang gesagt habe: Die Wirtschaft weiß, dass jeder konjunkturelle Aufschwung – und er wird kommen – Chancen bietet, Chancen für neue Ideen, neue Produkte und neue Unternehmen. Wer nach der Klärungsphase des Abschwungs und der Krise noch da ist, wird diese Chance auch nutzen. Jetzt werden die Investitionen beginnen, die sich auf lange Sicht auszahlen.

Auch die Wirtschaftspolitik soll und muss dieses Zeitfenster des konjunkturellen Aufschwungs nutzen – und das eben nicht um kurzfristiger Erfolge willen, sondern weil jetzt strukturelle Weichenstellungen und Veränderungen möglich sind, die sich langfristig auszahlen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie fordern in Ihrem Antrag, die Industriepolitik zu aktivieren. Jetzt einmal unabhängig davon, ob ich glaube, dass es eine Industriepolitik alter Machart in Zukunft nicht mehr geben wird, oder ob ich es nicht glaube: Aber zu den Industriesparten, die Sie dort namentlich erwähnen, nämlich Chemie, Elektro, Maschinen- und Fahrzeugbau, könnte man andere hinzufügen. Die haben Sie komischerweise nicht aufgezählt, nämlich die gesamte Pharmaindustrie.

Ich darf einmal daran erinnern, dass der Ex-Ministerpräsident von Hessen, Hans Eichel, immer von Hessen als der „Apotheke Deutschlands“ gesprochen hat. Ich stimme ihm zu, dass von einer funktionierenden Industrie zahlreiche Arbeitsplätze in Dienstleistungsunternehmen abhängen. Viele Arbeitsplätze sind in der Vergangenheit auch verloren gegangen, weil die Firmen outgesourct haben. Wir müssen uns jedoch sehr genau überlegen, mit welcher Art von Industriepolitik wir in Zukunft reagieren wollen.

Da muss ich Sie einmal fragen: Trauen Sie sich wirklich zu, im Stile französischer Wirtschaftspolitiker in Fusionen zwischen Privatunternehmen, z. B. Aventis und Sanofi, einzugreifen? Sollte die deutsche Politik tatsächlich massiv auf die Besetzung von Führungspositionen Einfluss nehmen, wie es die französische Regierung jüngst bei EADS getan hat? Meine Damen und Herren, ich denke, hier wird klar: Wir in Deutschland haben eine andere Tradition in der Wirtschaftspolitik.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass wir in Zukunft ganz stark auf neue Technologien, z. B. im Rahmen der regenerativen Energien, setzen müssen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir davon überzeugt sind, dass sich von dort wesentlich mehr Arbeitsplätze schaffen lassen als in tradierten Industrieunternehmen.

Unsere Erfahrungen in der Vergangenheit haben doch auch gezeigt, dass der Staat nicht alles regeln kann und auch nicht alles regeln soll. Wir sollten uns viel mehr auf die Bereiche konzentrieren, in denen Politik tatsächlich gefragt ist und Antworten geben muss, z. B. die Verkehrspolitik. Da wissen wir ja, dass die Meinungen hier schwer auseinander gehen. Erlauben Sie mir nur einen Satz in der Frage – sonst darf das der bewährte Kollege Kaufmann tun –: Wir glauben nicht daran, dass der Frankfurter Flughafen ein Jobmotor oder ein Jobwunder ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen das nicht! Das ist etwas anderes!)

Ganz ähnlich unterscheiden sich auch unsere Positionen in der Energiepolitik. Auch hier sind politische Auseinandersetzungen und politische Weichenstellungen unver-

meidbar und unverzichtbar. Aber wir sagen auch – das hat unsere Bundestagsfraktion mit ihrem Wörlitzer Papier auch deutlich gemacht –: Es ist überfällig, jetzt endlich umzusteuern und unsere Abhängigkeit vom Öl aufzugeben. Was muss denn noch passieren, bis Sie es endlich begriffen haben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deswegen haben wir auch Konzepte vorgelegt. Im Verkehrsbereich sagen wir: Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs schafft Arbeitsplätze im Fahrzeugbau, im Streckenbau und bei anderen Verkehrsgesellschaften.

Spitzenpositionen bei der Entwicklung Energie sparer und schadstoffarmer Fahrzeuge sichern Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Der Umbau unserer Energieversorger hin zu verantwortbaren Technologien – ich habe es eben schon erwähnt: Nahwärme, Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie – schafft Arbeitsplätze gerade auch in kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir müssen diese Chancen, die da sind, auch endlich einmal ergreifen. Es nützt nichts, wenn der sehr geschätzte Herr Wirtschaftsminister in der Welt umherfährt und allen Leuten erklärt, wie toll unsere regenerativen Energien funktionieren und dass wir das technische Know-how auch exportieren, wenn man hier sagt: Aber eigentlich wollen wir das alles nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich schon einmal entscheiden, meine Damen und Herren.

Deswegen haben wir auch Fragen gestellt, die Sie uns immer noch nicht beantwortet haben. Erste Fragestellung: Wirtschaftsförderung. Zwar haben Sie sich, Herr Minister Rhiel, inzwischen dafür entschieden, die nicht-monetäre Wirtschaftsförderung in der Hessen-Agentur zu konzentrieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was macht sie damit? Metz-Rabatt nach Indien!)

Ob und wie dieses Konzept greift, das sehen wir allerdings noch nicht. Ich vermute, dass Sie hier noch zahlreiche Fragestellungen zu beantworten haben werden, bis Sie uns endlich einmal ein umfassendes Konzept vorlegen.

Beispiel zwei: Sparkassen. Der in manchen Punkten durchaus diskussionswürdige Vorschlag der FDP zur Novellierung des Sparkassengesetzes ist längst wieder in Ihrer Schublade verschwunden. Auf den Regierungsvorschlag warten wir bis heute vergebens. Auch die Zukunft der Frankfurter Sparkasse bleibt weiter ungewiss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Allerdings will ich hier gern einräumen, Herr Minister Rhiel, dass vor allem auch die Eigentümer der Frspa gefordert sind, zukunftsfeste Entscheidungen zu treffen, also die Stadt Frankfurt und eben jene – ich sage es einmal vorsichtig – insgesamt schwierig einzuschätzende Polytechnische Gesellschaft.

Frage drei betrifft den ganzen Bereich „Finanzplatz Frankfurt“. Nach erster Durchsicht der Vorschläge, die Ministerpräsident Koch vor einer Woche in einem Paket für die Stärkung der Finanzmetropole unterbreitet hat, ergibt sich für mich folgendes Fazit: Dort, wo Sie konkret werden, versprechen Sie der Finanzbranche Steuerge-

chenke. Zum Beispiel sollen Grundstücksübertragungen von einer Konzerntochter zu einer anderen grunderwerbsteuerbefreit werden. Zum Beispiel sollen ausländische Spitzenkräfte in der Finanzbranche nach Ihrem Willen „besonders attraktiv“, also weniger, besteuert werden. Dieser Vorschlag ist nicht neu, meine Damen und Herren, und würde letztlich auch das Einkommensteueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden vermindern.

Ich bin einmal gespannt, was Herr Finanzminister Weimar zu all diesen Vorschlägen zu sagen hat, der sich ja bemüht, immer wieder zu betonen, dass die Unternehmen sich nicht ausreichend an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen.

Daraus kann man mindestens und freundlich gesagt schließen, dass sich diese Regierung nicht die Mühe macht, ein abgestimmtes und einheitliches Regierungsprogramm zu verfolgen. Allerdings könnte man auch den Verdacht hegen, dass Sie verschiedene Wirtschaftsinteressen mit unterschiedlichen Versprechungen bedienen wollen.

Meine Damen und Herren, das ist alles bequem, das ist alles nachvollziehbar, ersetzt aber keine klare Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten von Ihnen gar nicht, dass Sie hier eine große industriepolitische Gesamtkonzeption präsentieren. Ein solches Werk wäre quasi bei Fertigstellung schon überholt. Wir erwarten aber von Ihnen, dass Sie in jenen wirtschaftspolitischen Bereichen konzeptionell tätig werden, die überschaubar und beeinflussbar sind: Wirtschaftsförderung, Mittelstandsförderung, öffentliches Bankensystem und Finanzplatz Frankfurt.

Bitte wehren Sie sich doch nicht weiter mit einer solchen Vehemenz gegen jede Art des Exports von technischem Know-how für alles, wie ich eben schon gesagt habe, was im Ökologiebereich an neuen Technologien erforscht und entwickelt wurde. Wir wissen, dass hier für hessische Firmen ein Markt der Zukunft liegt. Viele Länder in Osteuropa, in Nordafrika, aber auch in Südamerika haben bereits bei uns angeklopft, weil sie sich durch diese neuen Technologien einen Fortschritt in Lebensqualität und Tourismus erhoffen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe es gehört, Herr Präsident. – Es ist aber doch ein Aberwitz, dass wir in Deutschland diese Technologien entwickeln und andere damit ein Geschäft machen.

In jedem dieser Felder bleibt viel zu tun und kann auch aus hessischer Sicht viel getan werden. Das erwarten wir von Ihnen und keine billigen Schuldzuweisungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schönhut-Keil. – Ich darf für die Landesregierung Herrn Staatsminister Dr. Rhiel das Wort erteilen.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der hessischen Wirtschaft geht es weiter aufwärts. Landesregierung und Unternehmen arbeiten gemeinsam für mehr Wachstum und Wohlstand. Die hessischen Unternehmen sind erfolgreich, weil sie die positiven Standortvoraussetzungen nutzen, und wir als Landesregierung sorgen dafür, dass die Rahmenbedingungen weiterhin gut sind und sich positiv entwickeln.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Unsere Politik ist berechenbar, kalkulierbar. Das zahlt sich aus. Das Vertrauen der Unternehmen wächst. Hessen geht den Weg der Modernisierung und der Innovation.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Amen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das lässt sich eindeutig an Zahlen ablesen. Die Ergebnisse sind wie folgt. Mit einem Plus von 2,1 % im Wachstum hat Hessen im letzten Jahr eine Spitzenposition in Deutschland erreicht, gemeinsam mit Bayern und Sachsen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

0,4 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt ist eine wesentliche Leistung, die die hessischen Unternehmen erbracht haben. So weit zum letzten Jahr.

Schauen wir nach vorne, und hier lassen wir die Institute sprechen. Sowohl die Studien von Prognos, vom „Handelsblatt“ sowie von Ernst & Young attestieren diesem Bundesland: Hessen ist der Wirtschaftsstandort Nummer eins in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Schönhut-Keil, in der Tat kann dazu nationale, aber auch landesbezogene Wirtschaftspolitik einen Beitrag leisten. Wenn Sie sagen, nationale Wirtschaftspolitik könne wenig an der globalen Unternehmenswettbewerbssituation ändern, dann ist das schlicht die Unwahrheit. Ganz im Gegenteil, wir erleben sogar, dass die landesspezifischen Rahmenbedingungen, für die die jeweilige Landesregierung einen wesentlichen Anteil hat, sehr wohl Auswirkungen auf die Leistung der jeweiligen Wirtschaft haben.

Hessen ist auch einsame Spitze bei der Arbeitsproduktivität, und das mit großem Abstand in Deutschland. Mit rund 62.000 € Bruttoinlandsprodukt pro Mitarbeiter erreicht Hessen ein Spitzenergebnis, nämlich den Platz eins unter allen Flächenländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die ökonomische Weisheit muss man nicht aus den Lehrbüchern nehmen. Wir alle wissen, dass das Wachstum zuerst kommt und dass dem Wachstum dann auch die Beschäftigung folgt.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich habe immer gemeint, die Menschen kommen zuerst!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können glücklicherweise feststellen, dass genau dort, wo sich der Nukleus der hessischen Wirtschaftspolitik und der hessischen Wirtschaft befindet, nämlich im Rhein-Main-Ballungsraum, die Arbeitslosenquote im Dezember letzten Jahres zum ersten Mal gesunken ist. Damit ist die Trendwende nicht nur im Ballungsraum Rhein-Main eingelei-

tet, sondern auch für ganz Hessen. Darüber sollten wir uns freuen und sollten dies nicht kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Offenbar sieht die Wirtschaft das genauso, auch wenn es um die Perspektiven des Jahres 2005 geht.

Ich will hier die IHK Frankfurt zitieren, die davon spricht, dass in diesem Jahr, im Jahre 2005, die Beschäftigung um 1 % steigen wird, dass alleine im IHK-Bezirk Frankfurt 19.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Auch in Nordhessen hat sich diese Situation verfestigt. Wir gehen davon aus, dass dieses Jahr die Wachstumsquote ebenso sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese positive Bewertung gilt auch für den Ausbildungsmarkt, der heute leider nicht von den Rednern der Opposition angesprochen worden ist. Wir haben es gemeinsam geschafft – die Wirtschaft, die Landesregierung und die sie tragende Fraktion –, dass die Ausbildungsabgabe nicht kommt. Die Wirtschaft hat bewiesen, dass sie erfolgreich ist. Es gibt 7 % mehr Auszubildende als im Jahr zuvor.

(Reinhard Kahl (SPD): Wer hat denn den Ausbildungspakt geschlossen?)

Wir setzen auf Freiheit, und Freiheit hat Erfolg. Freiheit besiegt den Zwang.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schwenkt ein brennendes Feuerzeug.)

Dieser wirtschaftspolitische Erfolg ist errungen worden trotz der Politik der Bundesregierung.

(Reinhard Kahl (SPD): Wer hat denn den Ausbildungspakt gemacht, Herr Minister?)

Wir wollen gar nicht verschweigen, dass mit Hartz IV ein erster wichtiger Schritt der Reform unternommen wurde. Aber ist das schon alles? Die deutschen Unternehmen und die hessischen Unternehmen haben nach wie vor einen wesentlichen Nachteil im internationalen Wettbewerb, weil das Steuerrecht zu kompliziert ist und die Steuersätze zu hoch sind,

(Reinhard Kahl (SPD): Die effektiven Steuern sind niedrig!)

weil das Arbeitsrecht nach wie vor die Beschäftigung blockiert und weil wir nach wie vor eine überbordende Bürokratisierung haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Und das nach sechs Jahren Koch!)

Diese Bundesregierung schafft es nicht, die Bürokratisierung abzubauen. Nein, sie fügt neue Folterwerkzeuge für die Unternehmen hinzu.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aloisius und die Folter! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Er kennt sich anscheinend aus!)

– Lieber Herr Kaufmann, hören Sie erst einmal zu. Vielleicht können Sie dem zustimmen, was ich sage.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich kaum!)

Ich nenne zwei Stichworte, zum einen das Folterwerkzeug Antidiskriminierungsgesetz.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne das Folterwerkzeug neues Gentechnologiegesetz, mit dem mehr Hürden aufgebaut werden als in der EU.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne, gerade bezogen auf den Standort Rhein-Main, das Folterwerkzeug der Knebelung der pharmazeutischen forschenden Industrie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Gespräch gestern Abend beim Bundeskanzler ist leider wieder einmal erfolglos ausgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wachstumspolitik in Hessen wird fortgesetzt, und Wachstumspolitik braucht Infrastruktur und Innovation. Es braucht vor allem in Hessen gut ausgebildete Menschen. Darauf hat Herr Boddenberg schon aufmerksam gemacht, auf die ganzheitliche Politik dieser Landesregierung in diesem Zusammenhang.

Hessen ist dort besonders wirtschaftsstarke, wo wir pulsierende Verkehrsadern haben, wo der Flughafen zu Hause ist. Wir wissen, dass die Verkehrswege wirtschaftliches Wachstum generieren. Deshalb haben wir in der Tat unseren Beitrag geleistet. Das Landesstraßenbauprogramm Hessens hat eine einsame Rekordhöhe erreicht, und zwar 66 Millionen € in diesem Jahr. Diese Summe gab es noch nie vorher.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten in diesem Zusammenhang, dass auch der Bund seine Hausaufgaben im Rahmen des Straßenbauprogramms erledigt. Bis zum heutigen Tag steht nicht fest, ob die Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan, die wir in diesem Jahr für Hessen bereits mit der Verwaltung des Bundesverkehrsministeriums abgesprochen haben, tatsächlich finanziert und gebaut werden können. Wir fordern heute und hier noch einmal, endlich Klarheit zu schaffen, damit die Ortsumgehungen und die Lückenschlüsse auf den Autobahnen in Hessen – Sie kennen sie alle – endlich realisiert werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir arbeiten auch weiter an der Realisierung der A 44 und der A 49, und wir werden in diesem Jahr den ersten Teilabschnitt einweihen. Lieber Herr Klemm, es mutet geradezu wie ein Witz an, dass ausgerechnet Sie sich hierhin stellen und laut dazwischenrufen.

(Zurufe von der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Er hat gegessen!)

Meine Damen und Herren, wenn ich mich recht erinnere, war es doch so, dass in der entscheidenden Phase nach der Wiedervereinigung, als unter dem Programm Deutsche Einheit der Bund eine Vielzahl an Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt hat, als die Planungsrechtsituation so vereinfacht war, dass eine einfache Planung durchgeführt werden konnte, Hessen nicht gebaut hat, und Sie waren damals der zuständige Verkehrsminister, Herr Klemm.

(Beifall bei der CDU – Lothar Klemm (SPD): Das ist doch gar nicht wahr! Wenn Sie Ihre Akten kennen würden, wüssten Sie, dass das nicht wahr ist! – Hildegard Pfaff (SPD): Das ist falsch, Herr Minister!)

– Ich glaube, Sie waren es. Herr Klemm, wir können doch gemeinsam an der Ahnengalerie im Wirtschaftsministerium vorbeigehen. Dann wissen wir, wann Sie Wirtschaftsminister waren.

(Lothar Klemm (SPD): Gucken Sie, in wie vielen Jahren Sie wie viele Meter gebaut haben, ehe Sie solche Sprüche machen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will den Flughafen als ein Kernstück der hessischen Verkehrspolitik ansprechen. Ich möchte nur so viel dazu sagen, dass wir die Planung kontinuierlich, verlässlich, transparent und zügig gestalten und vorantreiben werden.

Zur Verkehrspolitik gehört die ÖPNV-Politik. Es ist vieles dazu gesagt worden. Wir haben mit einem Budget, das wir mit den Verkehrsverbänden vereinbart haben, in der Größenordnung von insgesamt 2,7 Milliarden € eine verlässliche, zukunftsfähige Vereinbarung getroffen. Die hessischen Verkehrsverbände stehen so gut da wie kein anderer in Deutschland. Das wird überwiegend anerkannt.

(Reinhard Kahl (SPD): Das sind alles Regionalisierungsmittel! Das sind alles Bundesmittel!)

Der Landesanteil hat einen hohen Beitrag von immerhin mehr als dem, was wir für den Straßenbau mit über 66 Millionen € einsetzen.

Wir fordern den Bund auf, bei der Schiene auch die Strecke Frankfurt – Mannheim im Planungspaket zu belassen. Wir fordern den Bund und die Bahn auf, 16 Millionen € zur Verfügung zu stellen, sodass die Planung auf dieser Strecke vorangetrieben werden kann und dass ebenso die Strecke durch das Kinzigtal zügig weitergeplant werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sagte bereits, Wachstum wird durch Innovation generiert. Dabei setzen wir vor allem auch auf die Förderung der Zukunftstechnologien. Ich nenne die Biotechnologie, Life Sciences, also Pharma, Medizintechnik und Gesundheit.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich nenne ganz oben die Nanotechnologie, die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Umweltechnologie und nicht zuletzt die Mobilitätswirtschaft mit dem Schwerpunkt Nordhessen.

In der Biotechnologie werden in Hessen weiterhin 17.000 Beschäftigte in 253 Unternehmen tätig sein. Diese Unternehmen beschäftigen nicht nur eine hohe Anzahl von Mitarbeitern, sondern diese Mitarbeiter haben auch den höchsten Produktivitätswert aller hessischen Unternehmen, nämlich einen Produktivitätswert von 170.000 € pro Jahr.

Es ist selbstverständlich – deswegen muss es eigentlich nicht betont werden; Sie können es an den einzelnen Förderprogrammen ablesen –, dass die Nanotechnologie bei uns einen sehr hohen Stellenwert hat. Für die Nanotechnologie entwickelt sich weltweit ein großer Markt, an dem die hessischen Unternehmen sicherlich einen großen An-

teil haben werden. Das gilt insbesondere deshalb, weil die Nanotechnologie eine Querschnittstechnologie ist.

Wir haben für dieses Technologiefeld einen zusätzlichen Titel zur Verfügung gestellt. Wir fördern mit 2 Millionen € Starter. Die Aktionslinie Hessen Nanotechnologie ist, analog zu anderen Aktionslinien wie Biotech oder Umwelttechnologie, eine rote Linie, an der sich die Wissenstransferentwicklungen von den Hochschulen hin in die Unternehmen vollziehen. Ich denke, dass es der richtige Ansatz bei der Wirtschaftsförderung ist, wenn die Unternehmen durch die Kooperation über die Unternehmensgrenzen hinweg und durch die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft die Wertschöpfung erzielen, die für den Standort Hessen von größtem Vorteil ist.

Das, was wir als Wissenstransfer bezeichnen, erfordert einen hohen Einsatz aller Institutionen, gerade auch der Institutionen des Handwerks und der Industrie- und Handelskammern. Ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass hier insbesondere in Kooperation mit den in Hessen dicht vorhandenen Hochschulen in vorbildlicher Weise ein Netzwerk entstanden ist, das sich auch auf nationaler Ebene sehen lassen kann.

Trotz schwierigster Haushaltslage haben wir bei diesem Förderansatz keine Abstriche gemacht. Ich bin sehr dankbar, dass dies auch vom Landtag so gesehen und im Haushalt beschlossen worden ist.

Über den Finanzplatz Frankfurt ist bereits ansatzweise gesprochen worden. Der Finanzplatz Frankfurt erlebt eine neue Stärke. Die Unternehmen und die Banken haben sich weitgehend rekonstruiert. Sie stehen auf einer neuen Basis. Sie haben – wenn Sie die Geschäftsberichte lesen, erkennen Sie das – diesen Standort in ihrer Bewertung als stabil eingeschätzt. Die Landesregierung trägt mit den verschiedensten Ansätzen ihren Teil dazu bei – Herr Boddenberg hat darauf hingewiesen –, ob es nun das House of Finance oder die Förderung von bestimmten Finanzprodukten ist. Das können Sie dem Programm im Einzelnen entnehmen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister, ich weise Sie darauf hin, dass die Redezeit der Fraktionen abgelaufen ist.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich komme zum Schluss. – All das ist wichtig. Dennoch kommt es darauf an, dass wir in Hessen immer das Gemeinsame sehen. Das Erfreuliche ist, dass diese Gemeinsamkeit gerade im Ballungsraum Rhein-Main entsteht. Die neue Wirtschaftsfördergesellschaft, die mit der für ganz Hessen zuständigen Hessen-Agentur verzahnt wird, wird eine wichtige Schaltstelle sein, mit deren Hilfe wir, gemeinsam mit den hessischen Unternehmen, die Leistungsfähigkeit der hessischen Wirtschaft nicht nur im Plenarsaal feststellen, sondern sie auch in der Kooperation auf den internationalen Märkten wieder zu einer neuen Blüte führen.

Wir haben allen Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Wir wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir appellieren an die Bundesregierung, endlich den Reformprozess voranzutreiben, damit die heimischen Unternehmen auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig

sind und damit sie sich von den Hemmschuhen befreien können, die sie hier noch tragen müssen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Grumbach zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Herr Grumbach, Sie haben zwei Minuten Redezeit.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, was Ihre gesamte Rede betrifft, möchte ich sagen, dass Ihre Verehrung für die Nanotechnologie offensichtlich zu einer minimalistischen Wirtschaftspolitik führt, die lediglich aus Ankündigungen besteht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitaus mehr begeistert hat mich jedoch Ihr emphatisches Bekenntnis zur Freiheit. Als Sie nach Ihrem emphatischen Bekenntnis zur Freiheit anfangen, von den „Folterwerkzeugen“ zu sprechen, habe ich mich gefragt: Wessen Freiheit meinen Sie eigentlich? Meinten Sie, als Sie davon sprachen, das Antidiskriminierungsgesetz – die Freiheit von Frauen, Behinderten und älteren Menschen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Meinten Sie die Freiheit dieser Menschen, einen Beruf auszuüben und Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen zu haben? Oder meinen Sie andere Freiheiten? Als Sie von dem Folterwerkzeug bei der Pharmaindustrie sprachen, habe ich mich wiederum gefragt, wessen Freiheit Sie eigentlich meinen. Meinen Sie die Freiheit der Beitragszahlerinnen und -zahler, immer höhere Beiträge zu zahlen, um Gewinne zu erzielen, die in anderen Ländern nicht erzielt werden können? Niemand will die Pharmaunternehmen in ihrer Forschung behindern. Keiner will ihnen verbieten, Gewinne zu erzielen – nicht einmal die Sozialdemokraten.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Aber Sie machen es!)

Aber wenn die Preise für die Medikamente in anderen Ländern 60 % niedriger sind, wollen wir, dass die Menschen in diesem Lande, die die Sozialversicherung finanzieren, auch die Freiheit haben, die gleichen Beiträge wie ihre englischen und französischen Kollegen zu zahlen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Ihr Pathos wäre dann angebracht, wenn Sie über alle Menschen redeten und nicht nur über die, die Gewinne machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Grumbach. – Zu einer weiteren Kurzintervention hat sich Herr Kaufmann gemeldet.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, man kann wirtschaftliche Fragen, bei denen es sehr stark um ökonomische Interessen, Gewinninteressen und vielerlei andere Interessen geht, sicherlich unterschiedlich beurteilen. Aber Sie als Wirtschaftsminister sollten in einer Rede nie den Eindruck erwecken – das haben Sie eindeutig getan –, dass Sie den Sinn des Wirtschaftens nicht mehr verstehen, der schließlich darin besteht, den Menschen zu dienen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich knüpfe an das an, was der Kollege Grumbach eben gesagt hat, gehe aber noch einen Schritt weiter: Wer meint, in dem Zusammenhang von „Folterwerkzeugen“ sprechen zu müssen, hat seine Aufgabe in der Tat nicht verstanden.

(Norbert Schmitt (SPD): Deswegen darf die Verfassung auch nicht geändert werden!)

Foltern bedeutet das Quälen von Menschen. Sehr verehrter Herr Minister, erklären Sie bitte, warum derjenige Menschen quält, dem es verboten ist, andere Menschen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Identität oder wegen einer Behinderung zu benachteiligen? Das müssen Sie hier noch einmal darlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Staatsminister, es liegt nahe, dass Sie einen merkwürdigen Blick auf die Realitäten haben. Das haben Sie gerade im Zusammenhang mit dem Antidiskriminierungsgesetz deutlich gemacht. Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es dabei geht. Sie belegen das mit völlig falschen Beispielen und ziehen dann peinliche Schlüsse. Ich kann nur sagen: Das, was wir hier unter dem Stichwort „Folterwerkzeuge“ gehört haben, ist politisch unverantwortlich und obendrein auf eine peinliche Weise dumm.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel, Sie haben die Gelegenheit, zu antworten.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Politik dient den Menschen; die Wirtschaft hat das Wohlergehen der Menschen im Sinn. So muss die Ordnung gestaltet sein. Ein wichtiger Punkt im menschlichen Leben ist die Arbeit – Arbeit als Sinnerfüllung des menschlichen Lebens, sich seinen Lebensunterhalt selbst erarbeiten können. Wenn wir in Deutschland über 5 Millionen Arbeitslose haben, ist diese Sinnstiftung der Wirtschaft nicht gegeben. Dort müssen wir ansetzen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht, indem die Arbeitslosen diskriminiert werden!)

Damit dies möglich ist, muss die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den internationalen Märkten erhalten bleiben, wie Sie hier eben deutlich dargelegt haben.

Es ist für die deutschen Unternehmen in der Tat nicht wettbewerbsfördernd, wenn die EU-Richtlinien in allen EU-Ländern so umgesetzt werden, wie es die EU-Kommission empfiehlt. In Deutschland aber – nur in Deutschland; das gilt für das Gentechnologiegesezt wie für das Antidiskriminierungsgesetz – werden die Hürden für die Unternehmen wesentlich höher gelegt als in anderen Ländern. Dadurch werden Hindernisse aufgebaut, die das Schaffen von Arbeitsplätzen letztlich verhindern. Ihre Politik wird zu einer menschenfeindlichen Politik.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Frankenberger zu Wort gemeldet. Herr Frankenberger, Ihnen stehen noch fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Lübcke, wenn sich hier einer entschuldigen sollte, dann der Wirtschaftsminister Dr. Rhiel. Er sollte sich für den Ausdruck „Menschenfeindlichkeit“ entschuldigen, den er eben benutzt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben eben lange geredet. Aber Sie haben nicht gesagt, wie Sie die Zukunft des Landes Hessen gestalten wollen.

(Reinhard Kahl (SPD): Er hat wenig gesagt!)

In diesem Bereich vermissen wir Antworten. Ich will Ihnen einmal sagen, was Ihr Problem ist: Sie haben sich, ordnungspolitisch gesehen, einmal als Wirtschaftsliberaler bezeichnet.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Ordoliberaler!)

– Oder Ordoliberaler. – Das kann doch nicht dazu führen, dass man sozusagen überall in seinen Reden immer den Eindruck hinterlässt, als ginge es nur um eines: Man muss die Wirtschaft wirtschaften lassen, und dann richtet sich schon alles von selber. – Der Gipfel ist dann Ihr letzter Satz in Erwiderung auf die Kollegen Kaufmann und Grumbach. Herr Rhiel, das ist nicht unser Anspruch an Wirtschaft. Ich habe einmal gelernt, Wirtschaft sei für den Menschen da.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Deswegen braucht Wirtschaft auch ordnungspolitische Rahmenbedingungen. Darüber können wir in der Tat streiten. Aber hier vorzuwerfen, man würde menschenfeindliche Politik betreiben, das war ganz tief unten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Problem dieses Landes ist, dass Sie vom Tagesgeschäft leben, vom Reagieren und nicht vom Agieren. Es rächt sich, dass es in diesem Land seit nunmehr über zwei Jah-



ren keine vorausschauende Wirtschaftspolitik gibt, die die Stärken dieses Landes ausbaut und vertieft.

(Helmut Peuser (CDU): Vor allem in Nordhessen!)

Ein Gemischtwarenkatalog nach dem Motto „Wir fördern einmal hier, wir fördern einmal da“, ersetzt perspektivisch keine ausgewogene und zielgerichtete Wirtschaftspolitik.

Jetzt noch einmal zu dem Punkt A 49/A 44. Herr Kollege Klemm hat eben zu Recht angemahnt, Sie sollten einmal sagen, wie lange Sie noch regieren wollen, bis sich etwas bewegt. Als Kollege Klemm Wirtschaftsminister war, hat sich zumindest für die A 49 von Borken bis Bischhausen etwas getan.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Das war uns zu wenig, das war auch Herrn Klemm zu wenig.

(Zurufe von der CDU)

Sie wollen Ihre fünf Jahre Tatenlosigkeit kaschieren, indem Sie vermeintlich immer andere für Ihr Versagen verantwortlich machen. Das ist keine Politik, das ist nicht in Ordnung.

(Zurufe von der CDU)

Seit fünf Jahren suggerieren Sie den Menschen im Schwalm-Eder-Kreis, dass sich bei der A 49 etwas bewegt. Ich habe mit Vergnügen gelesen, dass die FDP diesen Punkt wieder auf die Tagesordnung bringt. Außer der CDU glaubt in diesem Lande keiner mehr, dass das Problem mit den Kammolchen nicht zu handeln ist. Herr Kollege Dr. Rhiel, Sie kriegen es nicht in den Griff.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Sie sind es, der den Menschen hier im Land versprochen hat, dass der Ausbau der A 49 weitergeht. Sie können dieses Versprechen nicht einlösen, genau wie bei der A 44. Die Menschen erwarten zu Recht Taten von Ihnen.

(Frank Gotthardt (CDU): Politik ist nicht nur Politik am Kammolch, sondern auch am Menschen!)

Zum Schluss: integriertes Verkehrskonzept. Sie haben das eben betont. Ich bin ein Freund davon, dass man Schlagworten wie „integriertes Verkehrskonzept“ auch Taten folgen lässt. Ich nehme Ihnen Ihr Bekenntnis zu einem integrierten Verkehrskonzept, zu dem nach unserer Ansicht auch der ÖPNV gehört, nicht ab, da Sie dem ÖPNV im Kommunalen Finanzausgleich 16,5 Millionen € entzogen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, damit machen Sie sich nicht glaubwürdig, in diesem Punkt sind Sie unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank Herr Frankenberger. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir hatten eine verbundene Debatte des Antrags der Fraktion der SPD betreffend Hessens Stärken für eine neue Wirtschaftspolitik nutzen und des Antrags der Fraktion der CDU betreffend Hessens Wirtschaft entwickelt sich überdurchschnittlich.

Es ist vorgesehen, die beiden Anträge dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen, dann können wir so verfahren.

Gemäß unserer Tagesordnung kommen wir dann zu **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **Nachwahl eines Mitglieds der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk nach § 49 Abs. 1 Satz 2 Nr. 26 HPRG**

hierzu:

#### **Wahlvorschlag der Fraktion der FDP – Drucks. 16/3499 –**

Nach § 49 des Hessischen Privatrundfunkgesetzes gehören der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk fünf Abgeordnete des Hessischen Landtags an, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen sind. Listenverbindungen sind zulässig. Gewählt wird nach dem System Hare-Niemeyer.

In der Ihnen vorliegenden Drucks. 16/3499 schlägt die Fraktion der FDP als Nachfolger für den zurückgetretenen Abg. Michael Denzin Herrn Abg. Dieter Posch für die Nachwahl als Mitglied der Versammlung vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Widerspruch dagegen, dass wir per Handzeichen abstimmen können? – Ebenfalls nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen. Ich darf Herrn Kollegen Posch gratulieren.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Kollege Posch ist damit als Mitglied der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk gewählt.

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Siebentes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz – Drucks. 16/3469 –**

Dazu liegt ein **Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/3554**, vor

Für die Landesregierung wird Herr Dr. Wagner das Gesetz einbringen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bitte ausführlich!)

#### **Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Abgeordneter Hahn, ich habe ein Redemanuskript von ca. einer Dreiviertelstunde. Ich bemühe mich, es auf 40 Minuten zu konzentrieren. – Spaß beiseite.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht tatsächlich mehr um Gesetzestechnik in Form von Ausführungen entsprechender Entscheidungen des Bundesgesetzgebers. Genau genommen geht es darum, das Vorschlagsrecht der Kreise und kreisfreien Städte zur Berufung von ehrenamtlichen Richtern der Sozialgerichtsbarkeit in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylwerberleistungsgesetzes zu regeln.

Dies ist als Folge der entsprechenden Entscheidungen des Bundesgesetzgebers erforderlich geworden. Ich bin gerne bereit, auf Nachfragen hierzu noch einiges vorzutragen. Ich glaube aber, die Vorlage ergibt sich aus sich selbst. Aus diesem Grund will ich es mit diesen wenigen Sätzen bewenden sein lassen und damit einen kleinen Beitrag zur Verkürzung und Straffung dieser Sitzung leisten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank Herr Dr. Wagner. – Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Klein das Wort zur Erläuterung des Änderungsantrags erteilen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nicht eingebracht und schon ein Änderungsantrag!)

#### **Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heute vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Siebentes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz ist weit weniger spektakulär als ein Großteil der Gesetze, die wir im vergangenen Jahr im Landtag abgewickelt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie Recht!)

Lassen Sie mich zunächst einige Sätze zu unserem vorgelegten Änderungsantrag sagen, der drei unproblematische redaktionelle Änderungen beinhaltet.

In Art. 1 ist eine redaktionelle Änderung der Gesetzesbezeichnung notwendig, da zwischenzeitlich das Zweite Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform vom 20.12.2004 in Kraft getreten ist. In diesem Gesetz sind auch Änderungen des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz enthalten.

(Reinhard Kahl (SPD): Wusste das die Landesregierung nicht?)

Weiterhin ist in Art. 2 aufgrund der zeitlichen Rahmenbedingungen eine Anpassung der In-Kraft-Tretens-Regelung erforderlich. Im vorliegenden Änderungsantrag heißt es: „Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.“ Eine weitere Befristung ist nicht mehr notwendig, da dies bereits mit dem Zweiten Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform geschehen ist. – So weit zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Zum Gesetzentwurf selbst. Sie alle wissen, seit dem 1. Januar 2005 sind die Sozialgerichte sowohl für die Angelegenheiten der Sozialhilfe als auch für die Angelegenheiten des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständig. Mit dem Siebenten Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes, das am 14. Dezember 2004 veröffentlicht wurde, wird den Landkreisen und kreisfreien Städten zum ersten Mal ein Vorschlagsrecht für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter eingeräumt. Dies macht eine Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz erforderlich, wenn die Landkreise und kreisfreien Städte ein Vorschlagsrecht wahrnehmen sollen. Somit sind Regelungen erforderlich, die den Landkreisen bzw. den kreisfreien Städten vorgeben, zu welchem Sozialgericht sie das Vorschlagsrecht erhalten sollen.

Wenn im Vorfeld Kritik geübt wurde, der heutige Gesetzentwurf würde zu spät vorgelegt, ist dies nach meiner Auffassung nicht gerechtfertigt und muss an dieser Stelle auch – Herr Dr. Jürgens – zurückgewiesen werden.

Wie wir alle wissen, hat der Bundesgesetzgeber die Veröffentlichung erst zum 14. Dezember 2004 vorgenommen. Somit konnte zwangsläufig auch der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz nicht auf die Tagesordnung des Dezember-Plenums vom 13. bis 16. Dezember gesetzt werden. Dazu hat die bundesrechtliche Ermächtigungsgrundlage gefehlt.

Mit dem heute vorgelegten Gesetzentwurf soll jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ein Vorschlagsrecht für eines der sieben Sozialgerichte in Hessen ermöglicht werden. Wir haben in der Diskussion bereits erfahren, dass es Kritik gibt, wenn mehrere Sozialgerichte für einen Kreis zuständig sind. Für den Main-Kinzig-Kreis z. B. sind sowohl das Sozialgericht Fulda als auch das Sozialgericht Frankfurt zuständig. Das Gesetz besagt, dass nur ein Vorschlagsrecht für das Sozialgericht Fulda möglich ist. Trotz alledem wollen wir dies so akzeptieren, weil damit gewährleistet ist, dass eine fehlerhafte Besetzung der Richterbank nicht stattfinden kann und mehr Klarheit bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter herrscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen bzw. das Gesetz in der zweiten Lesung am Donnerstag verabschieden.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Klein. – Herr Dr. Jürgens, ich darf Ihnen das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen. Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klein, Sie haben Recht: Der Inhalt dieses Gesetzentwurfes ist relativ wenig spektakulär. Andererseits ist die Zumutung, dass wir jetzt schon beim ersten Gesetzentwurf, der in diesem Raum in diesem Jahr eingebracht wird, unter Hintanstellung der Geschäftsordnung ein Hauruckverfahren in der Gesetzgebung durchführen sollen, schon ein paar Worte wert.

Sie haben Recht, dass das Bundesgesetz erst im Dezember veröffentlicht worden ist. Aber wer trägt die Verantwortung dafür, dass es so lange gedauert hat? Der Gesetzentwurf hat im April vorgelegen. Der auch in diesem Fall auf Krawall gebürstete Bundesrat hat dafür gesorgt, dass es sich so lange hingezogen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Bundesrat hat im Mai seine inhaltlichen Bedenken dagegen vorgetragen und erklärt, dass das Asylbewerberleistungsgesetz nach seiner Auffassung bei den Verwaltungsgerichten bleiben sollte. Keiner wird bestreiten, dass das Asylbewerberleistungsrecht materiell-rechtlich Sozialhilferecht ist. Deswegen gehört es auch in den Zuständigkeitsbereich der Sozialgerichte. Das ist an sich, wie ich finde, vernünftigerweise nicht zu bestreiten. Auch die Tatsache, dass dort vielfach ausländische Vorfragen zu

berücksichtigen sind, ist keine Besonderheit. Die Sozialrichter mussten auch bisher schon über familienrechtliche Vorfragen, über Erbschaftsfragen oder Eigentumsrechte inzidenter entscheiden. Das ist also überhaupt kein neues Problem.

Unabhängig davon: Nach dem Gesetzesbeschluss des Bundestages war klar, dass dieses Gesetz so in Kraft tritt. Sie haben im Bundesrat dafür gesorgt, dass es erst zwei Monate später im Bundesgesetzblatt gestanden hat. Sie haben den Vermittlungsausschuss im Oktober angerufen. Hätten Sie zugestimmt, hätte es im Oktober im Bundesgesetzblatt gestanden. Sie hätten hier in Hessen ein ordnungsgemäßes Verfahren durchführen können. Im November hat der Bundesrat dagegen gestimmt und vorsorglich Einspruch eingelegt. Deswegen hat es so lange gedauert. Das Problem ist: Ihnen war die Krawall- und Blockadestrategie im Bundesrat wichtiger als die Funktionsfähigkeit der Sozialgerichtsbarkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Sozialgerichtsbarkeit ist Ihnen so egal, weil Ihnen die Menschen so egal sind, die dort ihre Hilfe suchen. Das ist das Problem. Sie sind Ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

(Widerspruch bei der CDU)

Hätten Sie vernünftig gehandelt, hätten Sie die Bedenken zurückgestellt und im Oktober zugestimmt, dann hätten Sie ein ordnungsgemäßes Verfahren durchführen können. Dann hätten wir auch ernsthaft und ordnungsgemäß darüber reden können, ob es nicht sehr viel sinnvoller ist, die Zuständigkeitsbereiche der Sozialgerichte von den Zuständigkeiten der Amtsgerichte loszulösen und an den Grenzen der kommunalen Gebietskörperschaften auszurichten. Das wäre eine inhaltliche Frage gewesen, die wir sehr gut hätten besprechen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Dass wir jetzt in dieses Hauruckverfahren hineingeraten sind, ist also über den Bundesrat von der Hessischen Landesregierung mit zu verantworten. Wir werden uns diesem Verfahren nicht verweigern. Wir werden dem Verfahren nicht entgegentreten – nicht, weil wir glauben, dass die Hessische Landesregierung vernünftig gehandelt hat, sondern weil wir glauben, dass den Rechtsuchenden im Lande Hessen eine weitere Verzögerung nicht zugemutet werden kann, nur weil die Hessische Landesregierung mit ihrer Verantwortung für das Land offensichtlich überfordert ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich sage auch ganz klar: Sie können sich nicht darauf verlassen, dass wir immer den Ausputzer für das Versagen der Landesregierung spielen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Dr. Jürgens. – Frau Hofmann, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

#### **Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat von meinem Vorredner schon gesagt worden: Der vorgelegte Gesetzentwurf, über den wir heute beraten, ist inhaltlich recht unspektakulär und aus unserer Sicht weitestgehend unproblematisch. Der Änderungsantrag der CDU trägt dazu bei, dass einige Ungereimtheiten – etwa dass jetzt das zweite Verwaltungsstrukturreformgesetz besteht, oder auch die Frage des In-Kraft-Tretens – noch nachgebessert werden. Das sind alles unspektakuläre Dinge.

Wir halten es auch für folgerichtig, dass es für jeden Landkreis nur ein Vorschlagsrecht für ein Sozialgericht gibt, um diese Regelung praktikabel und in der Anwendung möglichst fehlerfrei gelingen zu lassen.

Was wir aber auf keinen Fall akzeptieren können, ist das Prozedere dieser Gesetzgebung. Wir sollen jetzt – damit möchte ich an das anknüpfen, was Herr Dr. Jürgens gesagt hat – diesen Gesetzentwurf in Hauruckmanier in diesem Plenum in zwei Lesungen verabschieden. Diese Hektik ist völlig unnötig. Sie haben diese Hektik durch Ihr dilettantisches Vorgehen verschuldet. Denn zum einen haben Sie – das hat Herr Dr. Jürgens ausgeführt – das entsprechende Bundesgesetz im Bundesrat blockiert. Wir hätten im Plenum, das letztes Jahr vom 13. bis 16.12. stattgefunden hat, noch genügend Zeit für die erste Lesung des Gesetzentwurfes gehabt. Denn die Inhalte des Bundesgesetzes sowie die wenigen Regelungsmöglichkeiten des Hessischen Ausführungsgesetzes waren bekannt. Das Bundesgesetz selbst datiert vom 09.12.2004. Es wurde am 14.12.2004 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. In der Tat wäre noch Zeit gewesen, den Gesetzentwurf in erster Lesung einzubringen und im Dezember zu beraten, da die Regelungen bekannt waren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt anführen. Sie haben den Gesetzentwurf so spät eingebracht und wollen ihn jetzt in Hauruckmanier verabschieden, weil Sie noch darauf spekuliert haben, dass der Bundespräsident das Bundesgesetz nicht gegenzeichnen wird. Deswegen haben Sie die Einbringung des Gesetzentwurfes verzögert. Deswegen werden wir Ihnen dieses dilettantische Vorgehen nicht durchgehen lassen. Es ist ein Beweis mehr dafür, dass Sie es nicht können. Deswegen wird sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hofmann. – Ich darf Frau Beer für die FDP-Fraktion das Wort erteilen.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis vorab: Die FDP-Fraktion wird dem Gesetzentwurf in der von der CDU beantragten geänderten Fassung zustimmen.

Zu den Formalien ist zu sagen, dass man darüber streiten kann, ob wir diesen Gesetzentwurf schon im Dezember in erster Lesung hätten beraten können. Sicher wäre es mög-

lich gewesen, hier schon parallel zum Gesetzgebungsverfahren im Bund Vorkehrungen zu treffen. Es ist meines Erachtens aber auch nicht zu kritisieren, dass zunächst einmal die Veröffentlichung des Gesetzes abgewartet worden ist.

Sehr verehrter Herr Justizminister, wenn Sie den Gesetzentwurf schon erst zum Plenum im Januar einbringen, dann hätte ich allerdings erwartet, dass dieser Gesetzentwurf auch richtig ist. Da auch im Justizministerium bekannt war, dass das Zweite Verwaltungsstrukturreformgesetz in dritter Lesung am 16. Dezember verabschiedet wurde, hätte ich erwartet, dass die Änderung, die sich aus diesem Gesetz ergibt, bereits in Ihrem Hause eingearbeitet wird und dem Plenum dann der richtige Gesetzentwurf vorgelegt wird

(Beifall der Abg. Reinhard Kahl (SPD) und Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und es nicht der CDU quasi aufgebürdet wird, die handwerklichen Fehler bis hin zu Regelungen zum In-Kraft-Treten – die gar nicht stimmen konnten, als wir den Gesetzentwurf ausgehändigt bekommen haben – hier im Plenum zu korrigieren. – So viel zu den Formalien.

Inhaltlich hätten wir es auch wünschenswert gefunden, die örtlichen Zuständigkeiten der Sozialgerichte nach den Kreisen und kreisfreien Städten auszurichten, statt diese weiterhin an den Amtsgerichtsbezirken zu orientieren. Das ist aufgrund der vielfältigen Folgeeregungen, die wir hier vornehmen müssten, in dem zwischen den Fraktionen verabredeten Verfahren jetzt nicht mehr möglich. Herr Justizminister, ich darf Sie aber herzlich bitten, dies folgende Änderungen im Blick zu behalten, weil dann die Kritik, über die der Kollege Klein referiert hat – dass Vorschlagsrechte zum Teil nicht wahrgenommen werden können, obwohl Zuständigkeiten der Sozialgerichte bestehen –, aus dem Weg geräumt werden könnte.

Von daher ergibt sich in der Gesamtschau für uns als FDP-Fraktion eine Zustimmung zu der Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz. Bei aller Kritik am Justizministerium und an dem Verfahren darf ich für meine Fraktion Dank sagen, dass – wenn es schon ein eiliges Verfahren ist – die frühzeitige Information insbesondere über die stattgefunden Kabinettsanhörung aus dem Justizministerium meines Erachtens vorbildlich war. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass wir das bei anderen Verfahren, insbesondere in der Bildungspolitik, in der Vergangenheit nicht gewohnt waren. Verbunden mit diesem Dank kann ich sagen, dass die FDP-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgesehen, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Siebentes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der CDU an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung und Vorbereitung der zweiten Lesung zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann können wir so verfahren.

Wir kommen dann zu **Tagesordnungspunkt 5:**

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagesgesetzes (HFeiertagsG) – Drucks. 16/3494 –**

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Hahn, wird den Gesetzentwurf einbringen und begründen. Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Bitte sehr.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass der erste inhaltliche Gesetzentwurf, der vom Hessischen Landtag in seinem neuen Zuhause diskutiert wird, das Thema „Deregulierung – weniger Staat“ zum Inhalt hat. In unserer Gesellschaft wird so viel verboten. In unserer Gesellschaft wird so viel reguliert. Viele Gesetze erschweren es dem Bürger, sich so zu verhalten, wie er meint, dass es für ihn am besten ist. Deshalb ist es sehr schön, dass wir heute ein Thema andiskutieren und im Ausschuss sicherlich noch weiter bearbeiten werden, in dem „weniger Staat“ in der Überschrift steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir möchten mit diesem Gesetzentwurf erreichen, dass in Hessen an Wochenenden, an Sonntagen ab 13 Uhr, das möglich ist, was in acht anderen Bundesländern bereits möglich ist: nämlich dass Videotheken ihre Tore öffnen können. In Berlin, in Brandenburg, in Bremen, in Hamburg, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein gibt es das Verbot, das es bei uns gibt, dass Videotheken am Sonntag nicht geöffnet haben dürfen, nicht.

Unserer Auffassung nach ist die von uns vorgetragene Öffnungsklausel sinnvoll und im Interesse der Bürger. Die Bürger haben die Möglichkeit, am Wochenende, auch am Sonntag, das zu tun, was sie tun möchten, nämlich sich zu unterhalten. Es gibt verschiedene Arten der Unterhaltung. Es gibt Menschen, die gehen ins Kino. Es gibt Menschen, die gehen auf Fußballplätze oder zu anderen sportlichen Veranstaltungen, und es gibt Menschen, die sich gerne Videos anschauen. Warum jedenfalls das Ausleihen von Videos verboten sein soll, obwohl man z. B. ins Kino gehen oder Spiele von Eintracht Frankfurt oder andere sportliche Ereignisse am Sonntag genießen kann, ist uns Liberalen nicht verständlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Geht es um erstklassige oder um zweitklassige Videos? – Weitere Zurufe von der CDU)

Gleiches gilt auch für Theater, für Freizeitparks und für eine Reihe von Vergnügungs- und Freizeitbetrieben. Alle diese Betriebe sind nicht mit dem Verbot belegt, am Sonntag nicht aufmachen zu dürfen. Es wäre fast widersinnig, wenn jemand sagen würde, dass Theater an Wochenenden geschlossen werden müssten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum meinen wir im Hessischen Landtag aber, dass es immer noch sinnvoll ist, dass Videotheken geschlossen haben sollen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die verleihen noch mehr!)

Ich glaube, dass das ein bisschen eine Geschmacksfrage ist. Der Zuruf des Kollegen Gotthardt, der sich auf Erst- und Zweitklassigkeit bezog, verbindet sich möglicherweise damit, dass es das eine oder andere Video gibt, das

der eine oder andere von uns nicht sehen will. Ich darf Ihnen versichern, dass in unserem Gesetzentwurf nicht steht, dass jeder von uns bestimmte Videos ausleihen muss.

(Heiterkeit)

In dem Gesetzentwurf steht, dass jeder die Möglichkeit haben soll, aus dem breiten Tableau die ihm entsprechenden Videos auszuleihen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit das Ganze nicht zu sehr kabarettistisch wirkt, darf ich darauf hinweisen, dass es zwei Argumentationslinien gegen mehr Freiheit für die Bürger in Hessen gibt. Die erste Argumentationslinie ist die der Gewerkschaften, die sagen, man dürfe den Menschen nicht zumuten, am Sonntag zu arbeiten, das sei unsozial. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Argument als Gewerkschafter in Zeiten, wo wir fast 5 Millionen Arbeitslose haben, überhaupt in den Mund zu nehmen, heißt, die Probleme unserer Zeit nicht erkannt zu haben.

(Beifall bei der FDP)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass die Chance, zusätzliche Arbeitszeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu generieren, nämlich am Sonntag Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, mit dem Argument niedergemacht wird, das gehe aber nicht, dann müssten die Menschen ja am Sonntag arbeiten. Ich glaube, viele Menschen wären froh, wenn sie am Sonntag arbeiten könnten. Deshalb ist dieses Argument in unseren Augen unbeachtlich.

(Beifall bei der FDP)

Das zweite Argument, vom katholischen Bistum in Limburg gerade jetzt wieder auf die Tagesordnung gesetzt, in die Medien gebracht, lautet: Der Sonntag muss heilig bleiben, der Sonntag muss ein Tag der Besinnung bleiben. – Die FDP-Fraktion in diesem Hause hat sehr deutlich gemacht – gerade auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Aufhebung des Ladenschlussgesetzes und der Möglichkeit, ein Ladenöffnungsgesetz im Lande Hessen zu verabschieden –, dass wir genau wissen, dass es Tage der Besinnung geben muss.

Die Kirchen sind aber gerade überhaupt nicht dazu berufen, dieses Argument im Zusammenhang mit Videotheken auf die Tagesordnung zu setzen. Ich habe mir in den letzten Tagen fast schon einen Spaß daraus gemacht, im Internet zu surfen und zu schauen, wie viele katholische Kirchen eigene Bibliotheken haben. Ausweislich der entsprechenden Internetseiten sind diese Bibliotheken in aller Regel sonntags ab 10 Uhr oder 11 Uhr geöffnet – am Ende der Messen bzw. der Gottesdienste. Diese Bibliotheken leihen nicht nur das gute Buch, sondern auch gute oder möglicherweise nicht so gute Videos aus. Daher: Wenn uns die Kirchen erzählen, dass man das bestehende Gesetz nicht ändern dürfe, aber ihrerseits am Sonntag Videos ausleihen, dann wird deutlich, dass unsere Argumentation die richtige ist. Der Staat soll nur das verbieten, was andere bei der Durchführung in nicht hinnehmbarer Weise stört. Es stört aber keinen Menschen, wenn die Leute am Sonntag in Videotheken gehen und sich Videos ausleihen.

(Beifall bei der FDP)

Die zweite Bemerkung betrifft das Thema Autowaschanlagen. Wir haben im Lande Hessen hierzu eine relativ irre rechtliche Konstruktion. Ein Teil der Autowaschanlagen,

nämlich die so genannten Portalwaschanlagen, dürfen an Sonntagen betrieben werden, Selbstwaschanlagen und andere Waschanlagen aber nicht. Gerade bei den Selbstwaschanlagen ist diese Regelung von einer besonderen Lustigkeit, weil gesagt wird, derartige Anlagen dürften nicht betrieben werden, weil entsprechende Druckschläuche benutzt würden, um die Autos abzuspritzen. Portalwaschanlagen benutzen ebenfalls derartige Druckschläuche, aber ihr Betrieb ist auch sonntags erlaubt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das Thema Waschanlagen hier nicht weiter ausbreiten, weil es um das gleiche Prinzip geht. Es geht um die Frage, warum wir als Landesgesetzgeber etwas verbieten müssen, was Menschen machen wollen und womit sie andere nicht stören. Natürlich darf eine Waschanlage unter bestimmten Bedingungen nicht genehmigt werden, z. B. in Wohngebieten. Das ist aber eine Angelegenheit des Bauplanungsrechts und des Bauordnungsrechts. Mithilfe dieses Rechts wird verhindert, dass die Anwohner zu sehr belastet werden. Es geht also schlicht und ergreifend um die Frage, wie viel Eigenverantwortung man den Bürgern in unserem Lande zubilligt. Wir als Freiheitspartei billigen den Bürgern unseres Landes sehr viel Eigenverantwortung zu. Deshalb haben wir diesen Gesetzentwurf eingebracht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich mit Freude aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von heute sinngemäß zitieren und darauf hinweisen, dass es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der größten hessischen Stadt, nämlich der Stadt Frankfurt, gibt, mit dem mit der Mehrheit von Sozialdemokraten, GRÜNEN und FAG das sonntägliche Öffnungsverbot für Videotheken aufgehoben wird.

(Günter Rudolph (SPD): Das allein ist kein Kriterium!)

– Es macht aber deutlich, Herr Kollege Rudolph, dass man nicht mit Moralien an die Sache herangehen, sondern schlicht und einfach die Frage beantworten sollte, für wie erwachsen und für wie mündig wir die Bürger unseres Landes halten. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns mutig sein und mehr Freiheit geben.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Hahn. – Frau Kölsch, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion. Sie haben zehn Minuten Redezeit.

#### **Brigitte Kölsch (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzentwurf für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes eingebracht. Hierbei geht es insbesondere um die Öffnung von Videotheken an Sonn- und Feiertagen ab 13 Uhr und um die Öffnung sämtlicher Waschstraßen an Sonn- und Feiertagen.

Als wir im vergangenen Jahr über die Flexibilisierung der Ladenschlusszeiten diskutiert haben, waren wir uns eigentlich parteiübergreifend einig, dass die Sonn- und Feiertagsruhe unangetastet bleiben soll, d. h. eines besonderen Schutzes bedarf. Meine Damen und Herren, wir wissen natürlich, dass der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats bei der Novellierung des Filmförderungsgesetzes den Ländern empfohlen hat, in den landesrecht-

lichen Vorschriften eine Öffnung der Videotheken auch an Sonn- und Feiertagen zu ermöglichen. Wir wissen natürlich auch, dass die Videotheken nicht unter das Ladenschlussgesetz fallen. Dennoch ist meine Fraktion der Meinung, dass hier kein Handlungsbedarf für eine Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes besteht.

Ich möchte dies ganz klar begründen. Mit jeder Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg, auch den Sonntag zu einem normalen Geschäftstag zu machen. Jede weitere Gesetzesänderung kann jeweils nachvollziehbar begründet werden. Die CDU-Fraktion hat sich jedoch dafür entschieden, ganz bewusst darauf zu achten, dass die Sonn- und Feiertagsruhe im Sinne unseres Grundgesetzes auch weiterhin eines besonderen Schutzes bedarf.

Meine Damen und Herren, es gibt doch genügend Ausnahmeregelungen, nicht nur für einzelne Branchen. Es gibt auch zahlreiche Möglichkeiten, Sonderverkäufe oder verkaufsoffene Sonntage in touristischen Regionen oder bei Festen und anderen besonderen Anlässen durchzuführen. Wenn wir hier eine Gesetzesänderung vornehmen würden, garantiere ich Ihnen, dass verständlicherweise weitere Branchen entsprechende Forderungen nach Ausnahmeregelungen für die Öffnung an Sonn- und Feiertagen stellen werden.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion – Herr Hahn, Sie haben es gerade eben wieder gesagt –, beziehen sich darauf, dass andere Bundesländer eine entsprechende Regelung getroffen haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auch!)

Natürlich erwähnen Sie Nordrhein-Westfalen nicht.

(Günter Rudolph (SPD): Das hat er vergessen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das wird rot-grün regiert! Das ist für mich nicht erstrebenswert, Frau Kollegin!)

– Moment, warten Sie ab. – Hier mussten die Videotheken aufgrund eines Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf ab Dezember 2000 an Sonn- und Feiertagen wieder schließen. Ich will einige Passagen aus der Urteilsbegründung zitieren, da diese die Gründe für unsere Ablehnung untermauern. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Videotheken liegen im innerstädtischen Bereich an öffentlichen Straßen und sind für Kunden ohne weiteres erkennbar und zugänglich. Die gewerbliche Vermietung von Videofilmen in Ladengeschäften ist eine öffentlich bemerkbare Arbeit, auch wenn die eigentliche gewerbliche Tätigkeit, das Vermieten der Filme, sich im Inneren der Geschäftsräume der Betriebe abspielt ... Der Schutz der Sonn- und Feiertage soll dem öffentlichen Leben, soweit möglich, seine werktägliche Unruhe und Geschäftigkeit mit Verpflichtungen und Beanspruchungen nehmen.

(Nicola Beer (FDP): Was ist mit den Kinos? Liegen die in den Hinterhöfen?)

– Ich zitiere aus dem Gerichtsurteil, Frau Beer.

Er erfüllt diesen Zweck nur, wenn an den geschützten Tagen die werktägliche gewerbliche Tätigkeit ruht, sofern sie nicht gerade zur Befriedigung sonntäglicher Bedürfnisse erforderlich oder durch Gesetz besonders zugelassen ist.

An anderer Stelle heißt es:

Videokassetten können nämlich an Werktagen zum Gebrauch an Sonn- und Feiertagen gemietet werden. Hinter dem Wunsch von Verbrauchern, ihren Bedarf an Videofilmen aufgrund eines spontan gefassten Beschlusses auch an Sonn- und Feiertagen zu decken, hat der durch Art. 140 Grundgesetz und Art. 139 Weimarer Reichsverfassung gewährleistete Schutz der Sonntagsruhe nicht zurückzutreten.

Sie lächeln. Sonst nehmen Sie doch auch Gerichtsurteile ernst.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ach, hören Sie doch auf! Frau Kollegin, das ist unter Ihrem Niveau! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Aber ich bitte Sie, ich zitiere hier aus einem Gerichtsurteil. – Das Gericht kommt auch zu dem Schluss:

Videotheken sind deshalb nicht anders zu beurteilen als Buchhandlungen, Sportartikelgeschäfte, Musik- und auch Getränkegeschäfte.

So weit diese Passage aus dem Urteil.

Ich wiederhole: Durch eine Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes zugunsten der Öffnung von Videotheken an Sonn- und Feiertagen würden nur weitere Begehrlichkeiten anderer Branchen geweckt. Allein die Diskussion um die Öffnung der Videotheken an Sonn- und Feiertagen hat den Bundesverband Tankstellen und gewerbliche Autowäsche Deutschland veranlasst, hier wieder besonders aktiv zu werden und neben den Portalanlagen mit Tankstellen auch den Betrieb jedweder automatischer Fahrzeugwäschen zu erlauben, d. h. zusätzlich Waschstraßen und SB-Waschplätze. Dies ist auch Ziel des Gesetzentwurfs der FDP-Fraktion.

Aber wenn Sie sich noch an die seinerzeitige Diskussion bei der Genehmigung der Autowäsche am Sonntag erinnern, dann wissen Sie, es waren gerade die Sonntagsruhe und die Lärmbelästigung der Anwohner, die nur zu einer gesetzlichen Genehmigung der Öffnung der Portalanlagen geführt haben. Auch damals wurde schon sehr unterschiedlich argumentiert. Auch damals gab es bereits Bedenken innerhalb der CDU-Fraktion.

In der Nachfolge sehen wir heute, dass einem ersten Schritt meist ein zweiter folgt. Tankstellen sind geöffnet, die Kunden haben dort die Möglichkeit, ihre Autos auch an Sonn- und Feiertagen waschen zu lassen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Videos zu kaufen!)

Es werden deshalb sicher nicht mehr Autos gewaschen – aus wirtschaftlicher Sicht ist das zu vernachlässigen. Aber es ist so entschieden und soll auch so bleiben. Eine Erweiterung dieses Angebots hält die CDU-Fraktion jedoch nicht für notwendig.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang noch eine andere Anmerkung machen. Wir reden immer von einer veränderten Gesellschaft und leiten daraus zu treffende Entscheidungen ab. Das ist sicher in vielen Bereichen richtig und notwendig. Aber wir müssen nicht immer der Meinung sein, das Diktat des Zeitgeistes in allem erfüllen zu müssen.

Sonn- und Feiertage sind ein besonderer Schutzraum und haben für die Familie, für jeden Einzelnen von uns sicher eine unterschiedliche, aber vielleicht auch eine besondere

Bedeutung. Der Sonntag ermöglicht gemeinsame Zeit für Familie und Partner, für Unternehmungen mit Freunden. Wir brauchen diese Zeit als Ausgleich für die besonderen Belastungen und Aktivitäten der Geschäfts- und Arbeitswoche. Auch Menschen, die sonntags arbeiten müssen, schätzen einen freien Sonntag ganz besonders, an dem es kein geschäftsmäßiges, werktätliches Treiben gibt.

Wir sind uns auch unserer religiösen Wurzeln bewusst. Daher ist es für uns als Christdemokraten von besonderer Bedeutung, dass beide Kirchen eine Ausweitung der bereits bestehenden Ausnahmeregelungen an Sonn- und Feiertagen entschieden ablehnen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir sind für eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag. Bereits bestehende Genehmigungen für Sonn- und Feiertage müssen die Ausnahme bleiben. Wir müssen eine Grenzziehung vornehmen. Wir sehen auch nicht, dass nur dann die Überlebenschance von Videotheken gesichert ist, wenn sie sonn- und feiertags ab 13 Uhr öffnen. Eine längere Öffnungszeit am Samstagabend reicht sicherlich aus.

Wir wollen ebenfalls, dass es bei der Ausnahmeregelung für Portalwaschanlagen bleibt. Daher lehnen wir den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion ab.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Kölsch. – Herr Al-Wazir, ich darf Ihnen das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir tagen jetzt in einem neuen Saal, aber spätestens bei diesem Tagesordnungspunkt habe ich gelernt: Es kommt alles wieder. Dafür bin ich den Kolleginnen und Kollegen von der FDP sehr dankbar. Im Parlamentarismus kommt früher oder später alles wieder.

(Jürgen Walter (SPD): Auch der Löwe kommt wieder!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich noch sehr gut an den blutjungen Abg. Al-Wazir erinnern.

(Heiterkeit und Zurufe – Günter Rudolph (SPD): Das ist schon ein paar Jahre her! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jahrzehnte!)

Er hatte wegen eines FDP-Antrags zur Änderung des Feiertagsgesetzes zwecks Erlaubens des Waschens von Autos an Sonntagen seinen allerersten Auftritt im damaligen landespolitischen Magazin des Hessischen Rundfunks. Das hieß damals noch „PPP“ und nicht „de facto“ und beinhaltete auch noch mehr Landespolitik – aber das ist jetzt eine andere Geschichte.

Durch diesen FDP-Antrag – das Autowaschen sonntags erlauben – kam ich zum ersten Mal als Abgeordneter ins Fernsehen. Damals gab es die Regelung, dass man sonntags noch nicht einmal die Portalwaschanlagen benutzen durfte. Damals war ich der Meinung, ganz so doof wäre eine solche Neuregelung nicht. Die SPD hatte eine andere Meinung. Dann gab es darüber eine kleine Auseinandersetzung innerhalb der Koalition. Das ist immer schön spannend.

(Jürgen Walter (SPD): Und dann haben wir die Wahl verloren! – Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

– Dann haben wir nicht die Wahl verloren, Jürgen, das hat noch ein bisschen gedauert. Dann aber kam der Korrespondent des Magazins „PPP“ auf die Idee, um den Sachverhalt zu visualisieren, könne ich doch mein Auto waschen.

Das aber hat mich vor mehrere Probleme gestellt: Erstens war mein damaliges Auto nicht vorzeigbar. Zweitens. Hätte ich es durch die Waschanlage gefahren, wäre die Hälfte des Wassers im Auto gelandet.

(Heiterkeit)

Deswegen musste ich mir damals das Auto des Abg. Kaufmann ausleihen. Das hatte wiederum zwei Effekte: Erstens wurde das Auto des Abg. Kaufmann noch nie so langsam gefahren,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von allen Fraktionen)

und zweitens war dieses Auto danach so sauber wie nie zuvor.

Jedenfalls haben wir uns damals nach intensiven Diskussionen in der Koalition auf die jetzt geltende Regelung geeinigt. Der Kollege Hahn hat eben die jetzige Regelung eine „irre Konstruktion“ genannt. Aber ich habe es noch einmal nachgelesen: Sie haben damals dieser „irren Konstruktion“ zugestimmt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist doch kein Widerspruch, oder? – Michael Siebel (SPD): Das ist der irre Hahn!)

Insofern, meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Wir sind in diesem Punkt weiterhin diskussions- und waschbereit. Aber Sie müssen im Ausschuss einmal begründen, was sich seit 1996 geändert hat.

Auch bei den Videotheken sind wir diskussionsbereit. Eine Mehrheit in unserer Fraktion würde dem schlicht zustimmen, eine Minderheit in unserer Fraktion hält die jetzige Regelung für ausreichend. Aber wir GRÜNEN alle miteinander halten – im Gegensatz zu dem, was Sie hier gerade gesagt haben, Herr Hahn – die Videoausleihe nicht für das Zentrum des Liberalismus.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist doch schade, echt schade!)

Insofern – und das ist jetzt spannend – könnte sich am Ende sogar die Minderheit bereit finden, Ihnen zuzustimmen, Herr Kollege Hahn. Und wissen Sie, warum? Aus einem einzigen Grund: Wenn wir diesem Gesetzentwurf zustimmen könnten, dann wäre der letzte Existenzzweck der FDP entfallen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An diesem Punkt kann ich vielleicht Hans Zippert aus der „Welt“ zitieren. Er hat gesagt, eigentlich dürfte man den Ladenschluss aus genau diesen Gründen nicht abschaffen, und er hat weiter gesagt: Wir brauchen den Ladenschluss auch aus touristischen Erwägungen. Ausländische Besucher sind immer wieder begeistert, wenn sie vor einer geschlossenen Ladentür stehen. Bücher wie „Die 1.000 geschlossenen Geschäfte in Deutschland“ sind in den

USA Bestseller. Die FDP bezieht sogar ihre gesamte Da-seinsberechtigung aus dem Ladenschluss.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Tata, tata, tata!)

Wenn der kippt, dann kann sie nur noch gegen das Rasenmäherverbot am Sonntag kämpfen.

Warum darf man dann demnächst sonntags einen Rasenmäher kaufen, ihn aber nicht benutzen? Wo leben wir denn eigentlich?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dafür muss sich die FDP einsetzen: dass jeder Deutsche sonntags mit dem Rasenmäher zum Supermarkt fahren darf. – Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Rudolph, SPD-Fraktion.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der Nordhesse kann scherzen.

(Allgemeine Heiterkeit – Norbert Schmitt (SPD): Theoretisch! Theoretisch oder praktisch?)

Er kann das insbesondere dann, wenn Leute von außerhalb Nordhessens meinen, sie hätten die Schlaueit erfunden und mit Löffeln gegessen – oder wenn Mitglieder der Landesregierung arroganterweise meinen, das Elend sei in Nordhessen zu Hause. Dann nämlich hört es mit dem Spaß auf.

Aber zum Ernst der Sache. Herr Hahn, wenn Sie in der Tat nichts Besseres anzubieten haben, als diesen Landtag mit solchen Gesetzentwürfen zu beschäftigen, dann muss ich Ihnen sagen, es tut mir um den Liberalismus in Hessen langsam fast schon Leid.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wenn Sie inhaltlich nichts Besseres zu bieten haben, ist das ein Armutszeugnis für Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD – Zurufe des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Der Ansatz dieses Gesetzentwurfes ist: mehr Freiheit für Videotheken. Sie wollen die Öffnung von Videotheken sonntags ab 13 Uhr zulassen. Die Bürger sollen sonntags ihre Autos waschen. Sie haben das mit Moralin und großem Pathos beschrieben. Ich denke, darin steckt schon ein tieferer Kern – nämlich die Philosophie: Wir machen alle Schranken auf.

Wo sind denn für Sie die Grenzen? Warum sagen Sie nicht gleich, es soll keinen Ladenschluss mehr geben, sondern amerikanische Verhältnisse mit Öffnungszeiten rund um die Uhr? Alles immer offen, jeder kann tun, was er will, von 0 bis 24 Uhr. In der Tat ist es nicht die Philosophie der Sozialdemokratischen Fraktion, grenzenlos alles zu öffnen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hahn, Ihre Behauptung zur Begründung des Gesetzentwurfes, das Freizeitverhalten der Bevölkerung hätte sich geändert, die gesellschaftlichen Verhältnisse hätten sich geändert, mag richtig sein. Aber wenn wir dem Zeitgeist überall nachgeben, ist das noch keine Begründung für einen solchen Gesetzentwurf, wie Sie ihn zu verabschieden begehren. Auch die Begründung, dass die Viererbande in Frankfurt etwas Gemeinsames beschließt, reicht nicht aus, im Hessischen Landtag dem irgendwie zuzustimmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die CDU ist nicht dabei!)

Herr Hahn, allein zu sagen: „Den Gesetzentwurf brauchen wir aus kommerziellen Gründen“, ist schlicht und ergreifend falsch. Die Menschen haben deswegen nicht mehr Geld in der Tasche, weil es längere Ladenöffnungszeiten oder anderes gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Verlagerung der Diskussion. Deswegen ist das falsch.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, sich hierhin zu stellen und mal locker vom Hocker die Gewerkschaften zu beschimpfen, das können Sie ja tun. Aber ich finde, es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, sich für die Arbeitnehmer und für deren Schutzrechte einzusetzen. Deswegen haben die Ihre Beschimpfungen überhaupt nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Sich locker über die Bedenken der Kirchen hinwegzusetzen, wie Sie das tun, halte ich auch für falsch.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Och, ja!)

Das Sonn- und Feiertagsgesetz hat seinen Sinn und Zweck behalten. Unterhalten Sie sich einmal mit Ihrer Landesvorsitzenden. Ich habe den Eindruck, dass Frau Wagner in der Vergangenheit durchaus mit nachvollziehbaren Argumenten für das Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot eingetreten ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Zumindest Sonntagsarbeitsverbot!)

Deswegen sage ich, wir sollten in dieser Gesellschaft überlegen, ob es nicht noch Werte gibt, die sich lohnt, gemeinsam aufrechtzuerhalten. Sie können nicht ernsthaft begründen, warum man sonntags nach 13 Uhr irgendwelche dummen und schwachsinnigen DVDs oder Sonstiges ausleihen muss. Das können Sie nicht begründen, und deswegen ist das auch nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt aber auch gute!)

Meine Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie hatten einmal eine Kollegin, die wirtschaftspolitische Sprecherin war. Es war Ronja Perschbacher. Sie hat Anfang der Neunzigerjahre einmal gesagt, sie wäre auch für den Erlebniseinkauf rund um die Uhr und ohne Ladenschlusszeiten. Das kann man alles diskutieren – Zeitgeist hin, Zeitgeist her. Aber das Thema ist zu ernst, als dass man das abhandeln kann, wie es der Kollege Hahn hier getan hat – mehr Freiheit für Videotheken, ein erbärmliches Armutszeugnis für eine liberale Politik. Wir haben wichtigere Probleme in Hessen, etwa die verfehlte Wirtschaftspolitik. Dagegen lohnt es sich zu kämpfen und nicht um diesen verfehlten Gesetzentwurf der FDP. Wir werden ihn daher konsequenterweise ablehnen.

(Beifall bei der SPD)



**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph.

(Clemens Reif (CDU): Das Elend hat ein Ende!)

Das Wort hat der Innenminister, Herr Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das ist eine sehr engagierte Debatte.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für die Landesregierung will ich einige wenige Bemerkungen machen. Das geht hier von sehr grundsätzlicher Überzeugung, wie sie Frau Kollegin Kölsch vorgetragen hat, über eher das humoristische Fach bis hin zu sehr emotionalen Beiträgen. Ich hatte schon in der letzten Legislaturperiode Gelegenheit, mich mit dem Thema auseinander zu setzen. Dann gab es eine Zwischenlösung. Ich will einige wenige Striche hinzufügen. Ich fange beim Kollegen Rudolph an.

Es geht wahrscheinlich vielen von uns so: Ob man das für klug, weise und erstrebenswert hält, was wer auch immer aussagt, ist letztlich eine höchstpersönliche Angelegenheit. Es ist nicht Gegenstand unserer Bewertung, ob man an solchen Tagen eine Möglichkeit einräumt, auszuleihen, oder nicht. Das hat den Staat letztlich nichts anzuangehen.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Umgekehrt ist es aber auch nicht ganz so frei, wie es hier zum Teil diskutiert wurde. Weil es noch nicht zitiert wurde, darf ich darauf hinweisen. Frau Kollegin Kölsch hat Art. 140 Grundgesetz und Art. 139 Weimarer Reichsverfassung zitiert. Ich will noch eine Vorschrift hinzufügen, damit wir wenigstens gemeinsam auf einem Stand sind: Art. 53 der Hessischen Verfassung. In der Hessischen Verfassung steht, das will ich wenigstens einmal vortragen:

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Als man 1946 diese Verfassung verabschiedete, gab es vielleicht andere Überlegungen zum Freizeitverhalten und Ähnlichem als heute. Aber so gänzlich können wir die Sache nicht zur Seite legen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn das so ein entscheidendes Thema ist, dann sollten wir uns die zwei Minuten Zeit nehmen, um uns der Sache so zu nähern, dass es nicht bei dem Punkt bleibt: „Finde ich gut“, oder: „Finde ich schlecht.“ Es ist am Schluss eine schlichte Frage, die niemand bestreiten kann: Sonn- und Feiertage sollen nach unserer Verfassung vorrangig der Erholung, der Arbeitsfreiheit und der Freizeitgestaltung dienen.

Wenn dem so ist, dann ist für mich die Linie die: Viele Menschen müssen am Sonntag arbeiten – das darf auch nicht verkannt werden –, bei der Polizei, bei der Feuerwehr, beim Nahverkehr, in den Krankenhäusern. Viele Menschen müssen sonntags arbeiten. Das steht nicht zur Debatte. Die Frage ist: Muss Sonntagsarbeit dort möglich sein, wo es aus der Sache nicht zwingend ist? – Das ist die Grenze, wo wir entlang marschieren.

Jetzt sage ich einmal zur FDP: Meine Damen und Herren, ich halte den Gesetzentwurf nicht für zielführend. Es bringt uns nicht weiter, eine Stelle herauszugreifen. Das verweigert die Antwort auf das Grundsatzproblem. Es gibt keinen Sinn, über Waschsalons für Autos zu reden, aber nicht über Waschsalons für Kleidung. Mit welcher Begründung wollen wir jemandem, der eine Reinigung offen halten will, der einen Waschsalon offen halten will, das verweigern? Man müsste also die Debatte weiterführen. Ich halte den Gesetzentwurf für zu kurz gesprungen. Das Zweite ist: Das Arbeitsmarktargument ist überschaubar. Das Dritte ist: Ich habe gehört, dass wir dazu im Innenausschuss eine Anhörung machen. Dann können wir uns noch intensiv damit auseinander setzen.

Herr Kollege Hahn, damit Sie das mitnehmen können: Es gibt einen entscheidenden Unterschied.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich würde Sie gerne hören, es ist aber unmöglich!)

Wenn es wirklich ein Thema ist, das die Menschen bewegt, wo ist der Unterschied zwischen einer Freizeiteinrichtung, einem Theater und einer Videothek? – Das ist relativ einfach zu beantworten. Der arbeitsfreie Tag soll den Menschen dienen, um ihre Freizeit zu gestalten, oder, wie es früher hieß, sich seelisch zu erheben. Das kann ich mit meiner Familie nur, wenn es an diesem Sonntag ein solches Angebot gibt. Das heißt, wenn der Zirkus auftritt. Das heißt, wenn das Theater auftritt, oder anderes mehr. Wenn die nicht auftreten dürfen, kann ich das am Sonntag als Nutzer nicht wahrnehmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das verstehen wir!)

Das ist völlig anders bei der Videogestaltung.

(Michael Siebel (SPD): Da haben Sie Recht!)

Ich kann mir am Sonntag das Video mit meiner Familie anschauen. Ich habe die ganze Woche mit Ausnahme des Sonntags Gelegenheit, mir das auszuleihen, damit ich damit am Sonntag meine Freizeitgestaltung mache. Das ist der juristische Unterschied.

(Michael Siebel (SPD): Das ist scharfsinnig!)

Im Übrigen eine letzte Bemerkung dazu.

(Unruhe)

– Es ist so unruhig. Wir wollen es zu Ende bringen. – Der hessische Staatsgerichtshof hat sich im Jahre 1999 grundlegend dazu geäußert. Damit wir, wenn wir darüber noch einmal diskutieren, auch das dabei haben, möchte ich gerne auf Folgendes hinweisen. Aus der Sicht der Landesregierung besteht ein Handlungsbedarf nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Ich räume ein, dass man das alles unterschiedlich sehen kann. Die juristischen Grenzen sind sicherlich so, dass ein Gesetzgeber Ermessensspielraum hat. Was ich aber nicht für richtig halte, ist, dass wir einen Aspekt herausgreifen und sozusagen scheinbar immer vor neuen Fragen stehen. Wer das grundsätzlich anders haben will, der muss das Gebot der Sonntagsruhe sehr grundsätzlich behandeln. Das gibt dieser Gesetzentwurf nicht her. Deshalb ist aus der Sicht der Landesregierung keine Zustimmung zu erwarten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache beendet.

Vereinbarungsgemäß überweisen wir den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes an den Innenausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung. – Das ist so geschehen.

Wir rufen jetzt keinen Punkt mehr auf.

Ich teile Ihnen mit, dass Sie Ihre Akten auf den Tischen liegen lassen können, denn der Sitzungssaal wird direkt nach der Plenarsitzung verschlossen. Papiere, die Sie entsorgen möchten, werfen Sie bitte in die am Rande des Sitzungssaals bereit stehenden Papierkörbe. – Das waren die Mitteilungen der Verwaltung.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Plenarsitzung des heutigen Tages. Ich darf mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Wir sehen uns morgen Vormittag um 9 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen. Der Rechtsausschuss tagt jetzt.

(Schluss: 17.47 Uhr)